



Feueralarm: Was für den Schutz der Wälder getan werden müsste

3

Heißes Pflaster: Grünen-Chef Banaszak auf Wahlkampftour in Sachsen-Anhalt

4–5

Einer von vielen Brennpunkten in diesem heißen Sommer in Europa: Feuer in einem österreichischen Föhrenwald Foto: BFK Neunkirchen/dpa

Kommentar von **Gunnar Hinck** zum sommerlichen Medien- und Politikthema Brände

Und nach der Hitze?

In ein paar Wochen wird die Hitze in Deutschland vorbei und auch der letzte Brand gelöscht sein. In Südeuropa wird es noch ein paar Wochen länger dauern, bis spätestens im Oktober auch dort hitze- und feuermäßig Ruhe eingekehrt. Gleichzeitig wird – und das ist so sicher wie das deutsche nasskalte Herbstwetter – das Interesse von Medien und Politik zurückgehen. Was gut daran ist: Politiker wie der SPD-Fraktionsgeschäftsführer Dirk Wiese behelligen die Öffentlichkeit dann nicht mehr mit überflüssigen Wortmeldungen, die nur dazu dienen, auch noch mal was zum Thema gesagt zu haben. Gerade fordert Wiese höhere Strafen für Brandstifter. Doch da muss gar nichts verschärft werden; auf vorsätzliche Brand-

stiftung können jetzt schon hohe Freiheitsstrafen verhängt werden. Was aber schlecht daran ist: Die globale Erwärmung mit ihren offensichtlichsten Auswirkungen wie gesundheitsgefährdenden Hitzewellen, dürrebedingten Missernten und großflächigen Waldbränden wird für den Großteil des Jahres wieder aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwinden. Trotz Klimakatastrophe bleibt Hitze in unseren Breitengraden auf wenige Monate beschränkt, und einen milden Dezember empfindet der Mensch als weniger bedrohlich als 39 Grad heiße Juli-Tage. Nur ist die Häufung von zu milden – oder stürmischen – Wintermonaten genauso eine Folge der globalen Erderwärmung.

Dazu kommen mediale Logiken, die durch Social Media und die Tendenz zu „emotionalen“ Bildern verstärkt werden. Luftaufnahmen von brennenden Wäldern mit dramatischen Rauchsäulen, Interviews mit abgekämpften Feuerwehrleuten und verzweifelten Menschen, die vor ihrem abgebrannten Haus stehen, sind eher TV-tauglich als scheinbar unspektakuläre Bilder von der „Zeit danach“. Dabei erzählen diese Bilder und Geschichten genauso eindrücklich, was die globale Erwärmung anrichtet: Wie sieht so ein abgebrannter Wald im Winter eigentlich aus? Wie regeneriert er sich, regeneriert er sich überhaupt? Wie geht es der Familie, die im Sommer ihr Haus verlor? Wie bereiten

sich Altenheime auf den nächsten Sommer vor? Davon ist, Jahr für Jahr, medial zu wenig bis gar nichts zu sehen – obwohl das alles dankbare Themen für journalistische Kreativität sind. Politiker:innen sollten ihre klima- und hitzepolitischen Anstrengungen nicht auf die wenigen Sommermonate beschränken. SPD-Umweltminister Carsten Schneider kann seinen vernünftigen Vorschlag, den Hitzeschutz als Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz zu schreiben, gern noch mal im Winter wiederholen – wie antizyklisches Verhalten von Politik und Medien bei dem Thema generell dringend nötig ist: Die Klimakrise macht nicht Pause, nur weil gerade Winter ist und der weniger quotenträchtige Bilder liefert.

Schock in Seoul
Wie Trump auch die treuen US-Verbündeten in Südkorea verwirrt

2, 12



Schon wieder Lula gegen Bolsonaro
Brasilens linker Präsident kämpft gegen den Sohn seines Vorgängers

11

Krank ohne Karte
Warum Hunderttausende in Deutschland nicht krankenversichert sind

7

Straßenverkehr macht wütend
Was tun gegen die zunehmenden Aggressionen?

13

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Anders als der *Spiegel* im Fall von AfD-Siegmund sieht die taz keinen Grund, die Auswahl ihres letzten Titelbilds mit Cem Özdemir in einer Erklärung der Chefredaktion zu rechtfertigen. Aber wir haben ja auch nicht auf der Seite 1 behauptet, der bei manchen Grünen umstrittene Grüne sei:

Der ungefährlichste Mann Deutschlands.

26.000

GenossInnen ermöglichen die taz, indem sie in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder unter 030 | 25 90 22 13



Rastafari und Regimekritiker „Ras Bath“ in Mali zu 10 Jahren Haft verurteilt

Verhärmt und abgemagert, mit finsterner Miene, aber gereckter Faust wurde Malis bekanntester Demokratieaktivist Mohamed Youssouf Bathily am 10. August in der Hauptstadt Bamako von schwerbewaffneten Soldaten zum Gericht gebracht. „Ras Bath“, wie er genannt wird – wobei Ras für „Rasta“ steht und Bath die Abkürzung seines Nachnamens ist – musste sich wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“ und „Verunglimpfung des Staates“ verantworten. Die Staatsanwaltschaft forderte für ihn und seine Mitangeklagte Rokiatou Doumbia zehn Jahre Haft, fünf davon auf Bewährung. Am 17. August erging das Urteil – und es fiel noch härter aus, als befürchtet: zehn Jahre Haft, nur drei davon auf Bewährung, sowie eine Geldstrafe.

Ob der 53-Jährige jemals wieder als freier Mann in Mali auftreten kann, ist fraglich. Seit seiner Festnahme im März 2023 hat der unerschrockene Polemiker, Radiojournalist und Regimekritiker in der Untersuchungshaft offensichtlich gelitten. Seit genau sechs Jahren herrscht in Mali das Militär, Kritik daran ist gefährlich. Ras Baths Festnahme fand zu einer Zeit statt, als Militärherrscher Assimi Goita die ursprünglich versprochene Rückkehr zur zivilen Demokratie endgültig absagte.

Ein Jahr vorher war der frühere Premierminister Soumeylou Boubèye Maiga in der Haft verstorben. Ras Bath wurde festgenommen, nachdem er sich in den sozialen Medien mit den Worten äußerte: „Er ist nicht gestorben, er wurde ermordet, so muss man das sagen.“ Die Verbreitung dieser Aussage habe die öffentliche Ordnung gestört und falle deshalb unter das Gesetz gegen Cyberkriminalität, behauptete die Staatsanwaltschaft jetzt. Und: Die Aussage verunglimpfe die Träger staatlicher Autorität. Da Ras Bath im Radio die Aktivistin Doumbia zu ihrer Kampagne gegen hohe Lebenshaltungskosten interviewt hatte, hieß es außerdem, die beiden bildeten eine kriminelle Vereinigung. In einem autoritären Staat ist so etwas logisch.

Bath ist Teil einer Generation mutiger westafrikanischer Kämpfer für Bürgerrechte und gegen Korruption und Autoritarismus, die in Senegal und Burkina Faso erfolgreicher gewesen ist als in Mali. Der Reggaemusiker und Sohn eines malischen Ministers war an der Gründung der Jugendbewegung „Y'en a marre“ (Es reicht) in Senegal beteiligt, die 2012 den verfassungswidrigen Verbleib des damaligen Präsidenten an der Macht vereitelte. In Mali entstand 2013 das CDR (Kollektiv zur Verteidigung der Republik), das Frankreichs Vormachtstellung kritisierte. Ras Bath war sein Sprecher, im Radio und bei anderen öffentlichen Auftritten geißelte er die vielen Korruptionsaffären des Landes.

„Boua ka bla“ – „der Alte muss weg“ – hieß der Slogan, mit dem Malis Musikwelt um Ras Bath gegen Malis damaligen zivilen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita mobil machte. Mehrmals wurde er festgenommen, zu Geldstrafen verurteilt, sein Radiosender geschlossen. Auch Ras Bath war daher zunächst zufrieden, als 2020 in Mali das Militär putschte.

Diese Zeiten sind längst vorbei. Schon im Dezember 2020 wurde Ras Bath unter bizarren Umsturzvorwürfen wieder festgenommen und saß vier Monate in Haft, bis das Oberste Gericht das Verfahren aus Mangel an Beweisen einstellte. Im April 2023 wanderte er endgültig hinter Gitter. Eine Unterstützergruppe des Militärregimes nannte ihn einen „Dämon“.

Klein beigegeben hat er bis heute nicht. Vor Gericht nannte er sich einen „republiktreuen Demokraten“ und erwiderte auf die Vorwürfe der Anklage, seine Radiosendungen hätten zum Ziel gehabt, die Bürger aufzuklären. Das genügt in Mali heute, um als Staatsfeind hinter Gitter zu wandern.

Dominic Johnson

Diese Menschen sehen es wie Trump: „Stoppt das Manöver Ulchi Freedom Shield“, steht am Montag auf einem Demoschild in Seoul
Foto: Ahn Young-joon/AP/dpa

Schockwelle in Seoul

Bei Donald Trump ist längst nicht mehr klar, welches der beiden Koreas für ihn Verbündeter ist und welches ein Schurkenstaat. Das hat auch für Europa Folgen

Aus Seoul **Fabian Kretschmer**

Am Sonntag kündigte der US-Präsident in einem scheinbar spontanen, konfusem Onlinepost auf Truth Social an, dass er die gemeinsamen Militärübungen mit Südkorea „deutlich reduzieren“ möchte, nachdem eine vollständige Streichung so kurzfristig nicht mehr möglich sei.

Denn die Militärmanöver würden ein „feindseliges“ Signal an Nordkorea senden, das sich während seiner Amtszeit stets „respektvoll“ verhalten habe und keine Bedrohung darstelle. Mit Machthaber Kim Jong Un habe Trump zudem eine „sehr gute Beziehung“. Südkoreas Präsident Lee Jae Myung hingegen habe den USA nicht bei ihren Bemühungen geholfen, Iran atomar abzurüsten.

In Seoul sorgte Trumps Onlinepost für Schockwellen. Trotz nationalem Feiertag versuchte die Regierung rasch, die Wogen mit einer zurückhaltend formulierten Stellungnahme zu glätten. Man nehme die Botschaft von Präsident Trump „zur Kenntnis“, hieß es aus dem Präsidentenamt in Seoul. Man hoffe, dass das „freundschaftliche Verhältnis zwischen den Staatschefs der USA und Nordkoreas“ zu konstruktiven Friedensgesprächen führe.

Dass Trump ohne Absprache mit seinem Verbündeten der

art forsch vorprescht, dürfte die südkoreanische Regierung zutiefst besorgen. Rein inhaltlich liegen Seoul und Washington, was eine Annäherung mit Nordkorea betrifft, auf derselben Linie: Auch Präsident Lee hatte erst am Samstag gegenüber Kim Jong Un Friedensgespräche angeboten.

Nur: Nordkoreas Staatschef zeigt bisher keinerlei Anzeichen, dass er auch nur das geringste Interesse an einem Austausch mit Washington oder Seoul hat. Wozu auch? Kims Partner in Peking und Moskau garantieren Pjöngjang ausreichend Sicherheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Tatsächlich hat Kim sein letztes Treffen mit Trump 2019 in Hanoi bis heute nicht vergessen. Noch vor dem geplanten Mittagessen reiste Nordkoreas Machthaber erbost vom Gipfel ab. Knackpunkt waren die Verhandlungen über sein Atomwaffenprogramm: Der US-Präsident bestand darauf, dass Kim erst vollständig abrüsten müsse, ehe Washington Konzessionen liefert. Für Nordkoreas Staatsführer war dies – wenig überraschend – inakzeptabel. Wieso sollte sich also Kim Jong Un sieben Jahre später erneut dem Risiko eines solchen Gesichtsverlusts aussetzen?

Trumps Avancen gegenüber Pjöngjang sollten auch Europa

alarmieren. Denn Nordkorea als „nicht bedrohlich“ zu charakterisieren, während das Land eine historisch beispiellose Militärkooperation mit Russland eingegangen ist, blendet den anhaltenden Krieg in der Ukraine vollständig aus.

In einer ersten Entsendungswelle hatte Nordkorea laut südkoreanischen Geheimdienstangaben mindestens 15.000 Soldaten geschickt, um Putins Angriffskrieg zu unterstützen. Hinzukommen riesige Lieferungen an Artilleriemunition und Raketen. Erst zu Beginn des Monats hatte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Alarm geschlagen, dass Nordkorea bis zu 50.000 weitere Soldaten entsenden könnte. Seine Angaben lassen sich bislang nicht unabhängig bestätigen.

Doch Fakt ist: Nordkoreas Militär lernt moderne Kriegsführung auf den Schlachtfeldern der Ukraine und wird zudem von russischen Sicherheitsgarantien ermutigt. Insofern hat Südkorea derzeit ein hohes Interesse, dass die „eiserne Allianz“ mit den USA nicht öffentlich infrage gestellt wird.

Und die alljährlichen Militärübungen, die die US- und südkoreanischen Streitkräfte jeden Sommer abhalten, sind ein Kernpfeiler der gemeinsamen Abschreckung von Nordkorea. Aufgrund der hohen Ro-

tation, insbesondere unter den 28.500 in Südkorea stationierten US-Soldaten, ist es essenziell, dass sie Befehlsketten regelmäßig üben. Am Montag hat das sogenannte Ulchi Freedom Shield nun zwar planmäßig begonnen, doch ist es im Vergleich zum vorherigen Jahr deutlich abgespeckt.

In Südkorea laufen längst Überlegungen, wie man die Sicherheit des Landes auch ohne die USA langfristig gewährleisten kann. Dazu gehört, dass die Stimmen nach einer eigenen Atombombe immer mehr Gehör finden. In repräsentativen Umfragen, etwa des Asan-Instituts, befürworten inzwischen 80 Prozent aller Südkoreaner eigene Nuklearwaffen. Im Vorjahr waren das noch 76 Prozent. Der Anstieg dürfte eine direkte Auswirkung von Trumps regelmäßigen Androhungen sein, das US-Militär aus Südkorea abziehen zu wollen.

Langfristig dürften sich die Vereinigten Staaten aber vor allem selbst schaden. Denn je mehr Trump seine militärischen Ressourcen in Nahost bündelt, desto stärker wäre er bei seiner Chinapolitik auf die Unterstützung der Alliierten im Indopazifik angewiesen. Insofern sollte sich der US-Präsident zweimal überlegen, welche der beiden Koreas er vor den Kopf stößt – und welches er hofiert.

meinung + diskussion 12



Die Löscharbeiten vor dem Wind

Im belgischen Naturschutzgebiet Hohes Venn hat ein Waldbrand übers Wochenende 3.000 Hektar vernichtet. Regen hat beim Löschen geholfen. Doch jetzt kommt der Wind

Aus Monschau Laura Verseck



Von Monschau-Kalterherberg aus konnte man am Sonntag die Flammen besonders gut sehen, die im Hohen Venn wüten
Foto: Thomas Banneyer/dpa

Chaotisch und schlaflos“ – so beschreibt Claudia Weißensee die vergangenen beiden Nächte. Die 58-Jährige lebt in Kalterherberg, einem südwestlich gelegenen Stadtteil von Monschau kurz vor der Grenze zu Belgien. Nur wenige Kilometer entfernt brennt es im Nachbarland – im Naturschutzgebiet Hohes Venn. Seit Freitag wurden mehr als 3.000 Hektar Fläche vernichtet. Wie nah das Feuer ihrer Wohnung gekommen ist, zeigt Weißensee auf ihrem Handy. Fotos der vergangenen Abende zeigen am Horizont eine leuchtende Feuerlinie. Besonders am Sonntagabend sei der Brand deutlich zu sehen gewesen. „Die Flammen waren höher, die Farben intensiver“, sagt sie. Tagsüber sind es vor allem die Rauchschwaden über der Landschaft, die die Weißensee von hier aus sieht.

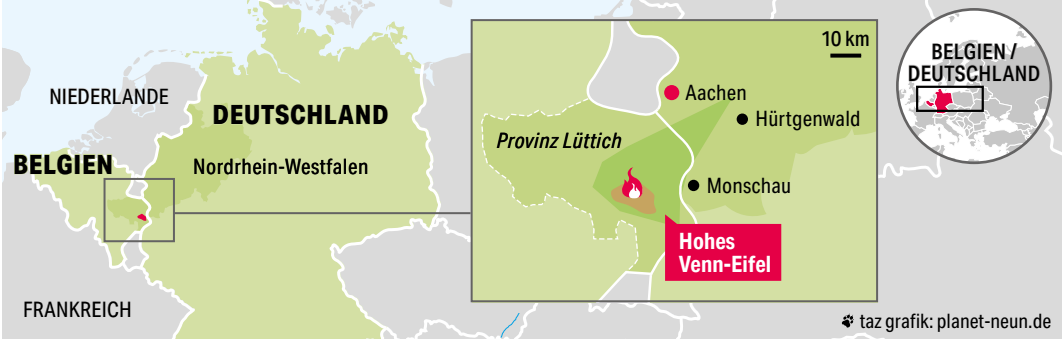
Für die Menschen in Kalterherberg änderte sich die Lage

am Sonntag mehrfach. Am Vormittag hieß es zunächst, der Stadtteil müsse möglicherweise geräumt werden. Am Nachmittag folgte Entwarnung – vorerst. Doch am Abend rückte das Feuer auf belgischer Seite erneut so nah an die deutsche Grenze heran, dass rund 30 Menschen ihre Häuser verlassen mussten. Betroffen waren die Straßenzüge Ruitzhof und Geisberg. Weißensee selbst musste nicht evakuiert werden. Trotzdem veränderte die Räumung in ihrer unmittelbaren Umgebung ihren Blick auf die Situation. „Vorher waren es nur Richtlinien, aber jetzt musste man handeln“, sagt sie. Innerhalb einer halben Stunde sei die Umgebung voller Einsatzkräfte gewesen: Katastrophenschutz, Feuerwehr, Fahrzeuge für die Wasserversorgung. „Es ist gigantisch“, sagt Weißensee. Auch am Montag ist die angespannte Lage in Kalterherberg deutlich wahrzunehmen. Vor der Feuerwehrwache stehen Fahrzeuge von Feuerwehr, Poli-

zei und Technischem Hilfswerk. Der Regen am Morgen habe die Löscharbeiten zwar unterstützt, zugleich aber den Rauch verstärkt. Anwohner und Touristen in Monschau berichten von starkem Brandgeruch. Einer von ihnen ist Guido Mannheims. Er arbeitet am Montagvormittag in der Monschauer Altstadt, dem touristischen Zentrum der Stadt. Dort ist von der Aufregung in den höheren gelegenen Ortsteilen weniger zu spüren. „Hier in der Altstadt sind wir beruhigt“, sagt Mannheims. Für die evakuierten Bewohner von Kalterherberg gibt es dagegen zunächst keine Entwarnung. Sie können am Montag noch nicht in ihre Häuser zurückkehren. Die Brandlage sei unverändert, sagte Monschauer Bürgermeisterin Carmen Krämer (parteilos) bei einer Pressekonferenz. Der Regen am Morgen habe zwar etwas geholfen, zum Löschen des Feuers sei er jedoch bei Weitem nicht ausreichend gewesen. Oberste Priori-

tät sei, niemanden in Gefahr zu bringen. Der Leiter der Monschauer Feuerwehr Philipp Krüger sagte, die Einsatzkräfte beobachteten die Lage fortlaufend. Mitarbeiter überflügen das betroffene Gebiet und lokalisierten mithilfe einer Spezialkamera einzelne Brandherde. Derzeit unterstützen rund 60 Feuerwehrleute aus Monschau die belgischen Einsatzkräfte bei den Löscharbeiten. Vor Ort werde unter anderem mit Schläuchen gearbeitet. Der Einsatz sei körperlich sehr belastend, weshalb das Personal regelmäßig ausgetauscht werden müsse, sagte Krüger. Wie kräftezehrend die Arbeit ist, zeigte auch dieser Zwischenfall: Eine Einsatzkraft der Freiwilligen Feuerwehr aus Eschweiler wurde mit Verdacht auf einen Herzinfarkt in ein Krankenhaus gebracht. Krüger richtet seinen Blick bereits auf Dienstag. Denn es werden starke Winde und einzelne kräftige Böen aus Südwest erwartet. Das sei eine „ganz neue Lage“, auf die man sich nun vorbereite. Mit weiteren Evakuierungen in Monschau oder den umliegenden Dörfern rechne er derzeit dennoch nicht. Die

Brandfront liege momentan etwa zwei Kilometer von der deutschen Grenze entfernt. Trotzdem bleibt Weißensees Notfalltasche gepackt. Ein solches Feuer könne auch etwas Befreiendes haben, sagt sie. Beim Gang durch ihr Haus habe sie plötzlich anders auf viele Dinge geblickt, von denen sie lange dachte, sie seien wichtig. In ihre Notfalltasche packte Weißensee ein paar Kleidungsstücke und wichtige Unterlagen. Die lagert nun in ihrem Wohnmobil. Viel mehr, sagt sie, brauche es am Ende vielleicht gar nicht.



„Das Ausmaß der Schäden wird sich im Frühjahr zeigen“

Süddeutschland ist von extremer Dürre betroffen, die zunehmend den Wäldern zusetzt. Fortwissenschaftler Ulrich Schraml warnt vor häufigeren Waldbränden

Interview **Bernward Janzing**

taz: Herr Schraml, wie dramatisch ist die Situation der Wälder?
Schraml: Für uns galt schon der trockene Sommer 2018 als Ausreißer, doch der Sommer 2026 ist noch extremer. Dieses Jahr sind wir im Juni schon mit Hitzerekorden und einer Dürre gestartet, die sich immer weiter zuspitzt. Jetzt werfen einige Laubbäume bereits ihre Blätter ab – die Wälder leiden erheblich.
taz: Sind die Bäume damit dauerhaft geschädigt, oder werden sie sich regenerieren können?
Schraml: Das werden wir erst im kommenden Frühjahr wissen. Die Laubbäume versuchen sich zu schützen, indem sie ihre Blätter abwerfen, weil sie auf diese Weise ihre Verdunstung reduzieren. Deswegen sind auch nicht alle Bäume, deren Blätter jetzt braun werden, verloren. Ob ein Baum überlebt, hängt vor allem auch von ande-

ren Organismen ab. Zumeist sterben die Bäume ja nicht unmittelbar aufgrund des Wassermangels, sondern weil der Trockenstress ihre Abwehr schwächt. Dann haben Borkenkäfer, die durchaus auch die Buche angreifen können, oder Pilze – wie die Weißfäule – leichtes Spiel. Es ist immer eine Kette von Ereignissen, die einem Baum zum Verhängnis wird. Von daher ist derzeit schwer zu prognostizieren, welche Schäden in den Wäldern mittelfristig entstehen.
taz: Hat dieser Sommer der Forstwirtschaft neue Erkenntnisse gebracht, oder allein die Bestätigung geliefert, dass der Wald trocken- und hitzeresistenter werden muss?
Schraml: Grundsätzlich wissen wir, in welche Richtung der Wald sich verändern muss, entsprechend läuft der Umbau seit Jahrzehnten. Wir kennen die Eigenschaften verschiedener Baumarten

bei Hitze und Trockenheit heute recht gut. Die Fichte leidet oft zuerst, aber auch hochgewachsene Tannen schaffen es bei Dürre nicht mehr, genug Wasser bis an ihre Spitze zu bringen. Unter den Nadelbäumen hat die Schwarzkiefer als Art mit südeuropäischer Herkunft eine gute Prognose. Bei der Buche haben wir gelernt, dass sie mit der Trockenheit doch mehr Probleme hat als lange angenommen. Sie ist an regenreiche Sommer angepasst und verliert viel Wasser über ihre Blätter. Die Eiche ist da effizienter. Bei Buchen kann es dann passieren, dass bei Trockenheit der Wasserfaden in einem Trieb abreißt. Wenn dann Luft in die Leitbahnen kommt, ist das wie eine Embolie. Der Krone stirbt dann von oben nach unten ab.
taz: Aber irgendwelche Schlüsse werden Sie aus diesem Sommer ziehen?
Schraml: Die wichtigsten Antworten auf diesen Sommer lie-

gen zunächst abseits der Forstwirtschaft. Wir müssen an erster Stelle den Klimaschutz verbessern. Auch andere Fragen, die sich stellen, betreffen die Gesellschaft in ihrer Breite; zum Beispiel, wie gut wir aufgestellt sind, um Waldbrände zu vermeiden. Dieser Sommer zeigt uns, dass die Bedrohung durch Waldbrände auch bei uns zunimmt.
taz: Die Zusammensetzung der Baumarten in den Wäldern muss man nach diesem Extrem-sommer also nicht neu bewerten?
Schraml: Die Suche nach dem vermeintlichen „Superbaum“ sollten wir nicht in den Mittelpunkt stellen – zumal neun von zehn jungen Bäumen in den Wäldern aus Naturverjüngung kommen, also gar nicht gepflanzt werden. Idealerweise unterstützt der Forstbetrieb dann den Aufwuchs der Mischbaumarten, die vielleicht in der Jugend wenig konkur-

renzkünftig sind, aber eine gute Prognose haben.
taz: Die öffentliche Debatte dreht sich oft um die richtige Baumart.
Schraml: Genau, zugleich geht unter, dass es noch ganz andere Aspekte gibt, die die Resilienz der Wälder unterstützen. Die Art des Wegebaus im Forstbetrieb ist zum Beispiel ein wichtiger Faktor. Die Anlage der Infrastruktur entscheidet nämlich darüber, ob Wasser schnell in die Bäche abfließt, oder aber dem Waldboden zugeführt wird. Da der Waldboden nur zu wenigen Zeiten mit Wasser gesättigt ist, sollten wir alles tun, um möglichst viel Regenwasser im Wald zu halten. Da können Versickerungsgruben oder kleine Tümpel helfen. Ähnliches gilt für Stadtbäume: Wir brauchen mehr Flächen, auf denen Regenwasser versickern kann. Die gute Durchfeuchtung der Böden ist das Beste, was wir den Bäumen bieten können.



Foto: Nikk Wagner

Ulrich Schraml ist Direktor der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg in Freiburg



Felix Banaszak bei einer Wahlkampfveranstaltung in Burg bei Magdeburg vor den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt

Heißer Wahlkampf in Sachsen-Anhalt

Das Dorf Drewitz hält den bundesweiten Hitzerekord. Wie empfänglich ist man hier für die klimapolitischen Botschaften der Grünen? Unterwegs mit Parteichef Banaszak

Aus Loburg, Möckern und Drewitz Tobias Schulze Fotos Sebastian Wells/Ostkreuz



Landwirt Peter Deumelandt auf seinem Hof in Drewitz

Was für ein Garten! Von Familie Deumelandts Terrasse aus geht der Blick erst auf eine Reihe Lavendel, dann auf einen großen Ahorn mit zwei Hängematten und einer Schaukel. Links dahinter wachsen Obstbäume, rechts geht die Aussicht weit ins Grüne.

Wer genau in Richtung Horizont schaut, kann aber auch ein Problem erkennen. Dort stehen drei Birken, die nur noch wenige Blätter tragen. „Die muss ich im Winter zu Brennholz machen“, sagt Peter Deumelandt. „Es ist Wahnsinn, dass uns so große Birken vertrocknen. Aber das sehen wir hier überall.“ Wenn er Bäume nachpflanzt, dann solche, die mit der Hitze besser zurechtkommen. Aber bis sie so groß sind, dass sie seinen Rindern auf den Wiesen Schatten werfen, dauert es.

„Mhm“, sagt zwischendurch Felix Banaszak, der Bundesvorsitzende der Grünen, der neben dem Landwirt am Gartentisch sitzt. „Ja.“ Und: „Klar.“

An diesem Donnerstag ist die Luft in Drewitz noch verhältnismäßig kühl: 30,1 Grad registriert die Messstation des Deutschen Wetterdienstes, die keine 500 Meter entfernt liegt. Zwei Tage später werden es 34 Grad sein. Und selbst das ist nichts gegen den Wert, der das Dorf Ende Juni in die Nachrichten brachte: 41,8 Grad, die höchste jemals in Deutschland gemessene Temperatur.

Das Dorf Drewitz, Gemeinde Möckern, östliches Sachsen-Anhalt, steht damit symbolhaft für den Sommer 2026. Landesweit fallen Hitzerekorde. Die Klimakrise wird in vielen Orten so spürbar wie nie zuvor. Politisch bewirkt das aber anscheinend nichts: Der Kanzler schweigt. Die Wirtschaftsministerin setzt weiterhin auf Öl und Gas. Und in Umfragen spricht sich zwar immer noch die Mehrheit der Bevölkerung für mehr Klimaschutz aus. Rekordwerte erreicht gleichzeitig aber auch die AfD, die davon so gar nichts wissen will.

In einem langen Blogpost von Felix Banaszak von Anfang August heißt es, die Gleichzeitigkeit von „dystopischem Erleben“ und „offensiv-ignorantem Handeln“ sei „ohne eine ganze Menge Selbstbetäubung kaum auszuhalten“. Während des Familienurlaubs in Frankreich hat der Grünen-Chef über die Frage geschrieben, wie man da wieder rauskommt, wie seine Partei und andere Ökos die Deutungshoheit zurückgewinnen könnten.

„Mhm. Ja. Klar.“

Felix Banaszak als Zuhörer

Seine Suche nach der Antwort ist noch nicht fertig, das ist den 23.000 Zeichen anzumerken. Knapp zusammengefasst schreibt er: Es braucht eine Sprache, die der Dramatik der Lage gerecht wird, aber die Leute nicht abschreckt. Falsch sei es, sie dafür zu beschämen, dass sie es nicht kapiert hätten. Man müsse ihnen stattdessen Möglichkeiten geben, mit anzupacken. Der Post endet in der Feststellung, Klimakommunikation solle „nicht als Individualisierung von Verantwortung, sondern als Ermutigung zur gemeinsamen Aktion“ daherkommen.

Klingt kompliziert. Die taz hat Banaszak deshalb vorgeschlagen, doch mal in das heißeste Dorf Deutschlands zu fahren, wo seine Partei bei der Bundestagswahl zwei Stimmen holte und die AfD über 50 Prozent. Gewissermaßen wie unter dem Brennglas ließe sich dort nachschauen, ob die Hitze wirklich gar nichts auslöst – und welche „gemeinsame Praxis“ der 36-Jährige den Leuten denn genau anbieten könnte.

Das passte gut, weil der Grünen-Vorsitzende seit dieser Woche im Landtagswahlkampf ist, ohnehin eine Veranstaltung in der Nähe plante und

im Terminkalender noch ein paar Stunden frei hatte. Sein Team führte einige Telefonate, zwei Tage später stand der Besuch.

Banaszak ist an diesem Donnerstag nicht der einzige Wahlkämpfer in der Gegend. Am Vormittag hat auf dem Marktplatz von Loburg, zwei Dörfer weiter, die AfD ihre Stände aufgebaut. Ulrich Siegmund ist zu Besuch, der dauernd fröhliche Spitzenkandidat der Rechtsextremen. Als er vom Reporter hört, dass auch der Grünen-Vorsitzende Termine in der Nähe hat, grinst er. „Na prima, auf den warten die Leute hier“, sagt er und dreht sich wieder zur Schlange vor ihm.

Siegmunds Fans warten, um ihm die Hand zu schütteln, Autogramme zu holen und Fotos zu schießen. Eine Rentnerin und ihre Tochter stehen neben dem Pavillon, sie haben ihr Bild schon. Die Frauen erzählen, sie fänden den AfD-Mann gut, weil er einer von ihnen sei. Die Themen, die sie bewegten: Angst vor Krieg, vor Kriminalität und vor hohen Pflegekosten.

Und die Hitze? Die Beiden stutzen, dann wiegeln sie ab: Im Sommer sei es schon immer warm gewesen. Aber was ist mit dem Mais, der am Ortsrand nur noch bis zur Hüfte wächst? Ach, die Landwirte meckerten doch immer. Und der Temperaturrekord im Nachbardorf? Na, so sei das mit dem Klima: Mal wärmer, mal kälter. Im Moment spucke die Sonne besonders kräftig.

Es ist nicht so, dass die Frauen für Ökologie überhaupt nicht zugänglich wären: Sie erzählen vom Recycling-System in der DDR, in der sie als Kinder ein Taschengeld bekommen haben, wenn sie Altstoffe an Sammelstellen abgegeben haben. „Ermutigung zur gemeinsamen Aktion“ gab es im Osten also schon Jahrzehnte vor Banaszak.

Aber jenseits der Mülltrennung bleiben die beiden kategorisch. Fragt man nach der Hitze, gehen auch andere auf dem Platz mit dem konform, was die AfD in ihrem Wahlprogramm schreibt: Selbst wenn es den Klimawandel gibt, ist er nicht menschengemacht, und selbst wenn er es wäre, kann Sachsen-Anhalt nichts daran ändern. Eine praktische Argumentation: Wer wirklich keinen Klimaschutz möchte, kann auch noch bei 45 Grad an ihr festhalten. „Sie wollen es nicht verstehen“, sagt ein Anwohner mit „FCK AfD“-Aufkleber am Fahrradhelm, der den Auflauf aus einigen Metern Entfernung beobachtet.

Anderthalb Stunden später beginnt Banaszaks erster Termin in Möckern, dem Hauptort der Gemeinde. Im Rathaus trifft er Bürgermeisterin Doreen Krüger. Das Gebäude aus dem 19. Jahrhundert hat dicke Mauern, im Büro ist es angenehm kühl.

Ihre Kommune sei jetzt ja deutschlandweit bekannt, sagt der Grünen-Chef zur Begrüßung. „Wieso?“, fragt Krüger. Banaszak erinnert an den Temperaturrekord. „Ach so, ja“, sagt die Bürgermeisterin. „Die Hitze, das ist schon so.“ Aber die Bürger hätten sich darauf eingestellt.

Krügers Gemeinde ist flächenmäßig die viertgrößte in Deutschland. Die 13.000 Einwohner verteilen sich auf 27 Ortsteile. Zwischen den Dörfern gibt es viel Wald und viele Teiche, außerdem unterhält die Gemeinde drei Freibäder. Wer die Erderhitzung ausblenden will, hat es hier zumindest in der Hinsicht leichter als in Berlin-Kreuzberg, wo auf 150.000 Menschen nur ein Schwimmbad kommt.

Krüger, die einer freien Wählergemeinschaft angehört, blendet das Klima nicht aus. Es hat für sie aber auch nicht Priorität. Die Bürgermeisterin muss sorgsam haushalten: Jeder ihrer 27 Ortsteile hat eine eigene Feuerwehr, alle brauchen Gebäude und Fahrzeuge. Das gehört zu den Pflichtausgaben, die sich Kommunen nicht aussuchen dürfen – genauso wie Schulen, Kitas und Straßenbau. Was mit Klima zu tun hat, ist dagegen oft die Kür.

„Wir haben es auf dem Schirm“, sagt Krüger. „Wir wissen, zum Beispiel, dass Wasserrückhaltung gemacht werden müsste. Aber das ist teuer, verstehen Sie das ein bisschen?“

„Klar“, sagt der Grünen-Chef, und fragt, was die Bürgermeisterin bräuchte. Soll der Bund in die Klimaanpassung einsteigen, wie es gerade in Berlin diskutiert wird? Kommt nicht dieses oder jenes Förderprogramm für die Gemeinde infrage? Müsste es für die Kommunen einfacher werden, Mittel zu beantragen?

Krüger will lieber von einem anderen Problem erzählen: In einem Ortsteil an der A2 wollte sich vor kurzem eine Firma ansiedeln. Das Projekt zer-

schlug sich, weil die Stromversorgung nicht ausreichte. Das Netz ist zu schwach und eine neue Leitung bauen die Betreiber frühestens in zehn Jahren. Drei Millionen Euro Gewerbesteuer seien der Kommune dadurch entgangen. „Das ist eine Riesensumme und davon hätte ich was in den Klimaschutz geben können“, sagt Krüger.

Der Grünen-Chef macht sich Notizen. Vielleicht könnten die Bürgermeisterin und er ja hier gemeinsam wirksam werden: Seine Partei fordert in Berlin auch einen schnelleren Netzausbau, während die Wirtschaftsministerin bremst. Aber das Gespräch ist dann schnell vorbei: Krügers Sekretärin platzt herein und erinnert ihre Chefin an den Beginn der Bürgersprechstunde. Herr Banaszak dürfe gerne nach 16 Uhr wiederkommen.

20 Minuten dauert die Fahrt nach Drewitz. Am Dorfeingang hängt ein Plakat der AfD („Tanken ohne Tränen“), vor dem Kulturhaus im Zentrum eines der Grünen („Klima bleibt Thema“). Die Wetterstation befindet sich hinter einem Grundstück am Ortsrand, von der Straße aus sind die Gerätschaften durch Bäume und Gebüsch zu erahnen.

Die Messstation ist eine von mehreren Hundert, die der Deutsche Wetterdienst bundesweit betreibt. Dass ausgerechnet hier der Rekord gefallen ist, habe nicht viel zu sagen, heißt es von den Experten beim DWD. Die Gegend um Drewitz gehöre nicht regelmäßig zu den heißesten im Land und am letzten Juni-Wochenende hätten viele andere Stationen ähnliche Temperaturen gemessen. Dass am Ende ein Ort noch ein Zehntelgrad mehr hat: Zufall. Heißt andersherum: Das Dorf ist trotz seiner Rekordhitze kein Sonderfall. Drewitz ist überall.

Peter Deumelandt, der Landwirt, begrüßt Banaszak in seiner Einfahrt. Ihn muss der Grünen-Vorsitzende nicht erst an das Hitzewochenende erinnern. „War schon ein erschreckendes Erlebnis. Hätte ich mir auch anders gewünscht“, erzählt er. „Aber alles gut. Kaffee?“ Ab auf die Terrasse, seine Frau hat Apfelkuchen gebacken.

Banaszaks Leute hatten beim Bauernverband angefragt, ob es im Dorf Landwirte gebe, die mit ihm sprechen wollen. Damit waren sie direkt an der richtigen Stelle: Deumelandt selbst ist im Hauptberuf Geschäftsführer des Verbands im Landkreis. Im Nebenerwerb führen seine Frau und er ihren Betrieb in Drewitz. Er ist hier aufgewachsen und hat 2011 den Hof vom Vater übernommen.

Der Bauernverband hatte vor zweieinhalb Jahren zu den großen Protesten gegen die Ampel aufgerufen, weil sie den Steuerrabatt auf Agrardiesel streichen wollte. Im Landkreis organisierte Deumelandt die Treckerblockaden. Aktuell fordert der Verband wieder billigeren Spirit, weil wegen der Hitze eine schlechte Ernte droht. Ganz toll, schreiben manche Ökos auf Social Media: Die Bauern wollen Feuer mit Feuer bekämpfen.

Man würde Peter Deumelandt aber unrecht tun, wenn man ihn in eine Schublade steckt. Banaszaks Fahrer reicht er an der Garage erst mal das Ladekabel für dessen Elektro-Van. Seine Augen leuchten, als er von seinen Solarpanels und dem großen Speicher erzählt. 22.000 Kilowattstunden erzeugt die Anlage im Jahr, zu 85 Prozent versorgt sich die Familie mit eigenem Strom. Der Hof, auf dem sie einen Bullen, rund 30 Mutterkühe und deren Kälber halten, ist bio-zertifiziert.

Es drängt sich fast die Frage auf, ob Deumelandt und seine Frau wissen, wer die beiden Grünen-Wähler im Dorf sind. Aber um ihn nicht in Schwierigkeiten zu bringen, verkneifen wir uns das: Verbandsvertreter müssen parteipolitisch neutral sein. Deumelandt will auch nicht darüber sprechen, wie er über die AfD denkt und ob er sich deren Zuspruch im Ort erklären kann.

Um keinen falschen Eindruck zu erwecken: In die Schublade des Oberökos passt der 48-jährige ebenso wenig. An der Hitze hält er sich nicht lange auf. Würde Banaszak das Gespräch nicht ab und an dahin zurückführen, wäre das Klima auf seiner Terrasse nur am Rande Thema – obgleich das bei ihm nicht daran liegt, dass er das Problem verdrängt.

Noch schlimmer als dieser Sommer war für den Bauern das Dürrejahr 2018, in dem es fast fünf Monate lang kaum regnete. „Das war brutal. Ich habe für sehr teures Geld Futter zukaufen müssen. Daran habe ich lange zu knabbern gehabt.“ An das neue Klima hat sich Deumelandt schon da-



Wahlplakate in Loburg vor den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt

mals angepasst: Er hat Tiere verkauft und seine Vorräte vergrößert, so dass auch in einem Jahr mit schlechter Ernte das Futter ausreicht. Zumindest im Moment kommt er damit zurecht. Andere Bauern in der Region würden es ähnlich handhaben: „2018 war für alle ein Erweckungserlebnis.“

Dafür hat Deumelandt, ähnlich wie die Bürgermeisterin, neben dem Klima noch andere Probleme. Nach ihnen muss Banaszak nicht erst fragen. Aus dem Landwirt – oder aus dem Verbandsmitarbeiter? – sprudelt es von alleine raus.

„War schon ein erschreckendes Erlebnis. Hätte ich mir auch anders gewünscht. Aber alles gut. Kaffee?“

Peter Deumelandt, Landwirt

Als Ökolandwirt ist er von Subventionen abhängig. Deren Höhe wird politisch aber alle paar Jahre neu ausgehandelt, auf das Geld verlassen kann er sich nicht. Andere Bauern in seinem Verband haben mit dem Verbot für sie wichtiger Insektengifte zu kämpfen, der Rapsanbau rechne sich schon nicht mehr. Der Mindestlohn mache der Branche Probleme, ihm persönlich auch der Wolf: Der habe ihm letztes Jahr mindestens ein Jungtier gerissen. Seine Liste geht noch lange so weiter.

„Mhm“, sagt zwischendurch immer mal wieder Felix Banaszak, dessen Partei den Wolf und den Mindestlohn eigentlich gut und das Bienensterben schlecht findet.

Dann kommt Peter Deumelandt an den Punkt, ab dem auch er beim Klimaschutz nicht mehr mitgeht. Ab dem er es ungerecht findet, weil er anders als mit seiner Solaranlage nichts verdient und noch nicht mal auf null rauskommt, sondern auf den Kosten sitzenbleibt.

Er erzählt von einem Stück Grünland, das er vor einigen Jahren gekauft hat. Kurze Zeit später habe der Staat den Großteil der Fläche zu einem zukünftigen Feuchtgebiet erklärt. Er dürfe es nicht mehr entwässern, weil der Boden CO₂ aufnehmen soll. Eine Kompensation für den Wertverlust bekommt er nach eigenen Angaben nicht. „Das kann alles nicht wahr sein. CO₂ hat doch einen Preis. Warum bekomme ich dann kein Geld für die CO₂-Senke, die ich auf meiner Fläche aufbaue?“

nahaufnahme 05

Der Grünen-Chef setzt zu einer Gegenfrage an. Das CO₂ spare der Landwirt doch nicht nur für andere. Profitiere er im besten Fall nicht selbst davon, wenn sich der Klimawandel verlangsamt? Die Antwort wartet Banaszak dann aber nicht ab. Er gibt sie sich selbst: „Das steht in dem Fall in keinem Verhältnis.“

Am Abend wird er auf einer Veranstaltung in der Kreisstadt Burg von der Begegnung erzählen. Rund 30 Gäste kommen, um ihn zu sehen. Das sind fast so viele, wie der Kreisverband Mitglieder hat. Solche Grünen-Veranstaltungen sind das Kontrastprogramm zu den Infoständen der AfD und ihres Spitzenkandidaten: Um ein paar Fotos wird zwar auch Banaszak gebeten. Davor stellt ihm das Publikum aber zweieinhalb Stunden lang ausführliche Fragen, auf die er noch ausführlicher antwortet.

Für mehr Klimapolitik brauche es wieder den Druck einer Bewegung, sagt Banaszak. Die nächste Bewegung müsse aber breiter sein als vor ein paar Jahren die Fridays mit ihren wütenden Jugendlichen. Menschen wie Deumelandt würden den Grünen nicht in allem zustimmen, aber jetzt, da die Klimakrise ernst wird, ließen sich mit ihnen vielleicht Bündnisse schließen. Man dürfe es eben nur nicht mit Vorwürfen probieren: Nicht aus schlechtem Gewissen ließen sich Menschen mobilisieren, „sondern aus Freude an der Veränderung heraus, wo sie gemeinsam etwas erreichen können“.

Wieder so ein schöner Satz wie im Blogpost aus dem Familienurlaub. Aber was das genau heißt? Ganz fertig ist Banaszaks Antwort darauf auch in Drewitz nicht geworden.

Doch manches geht auch voran, obwohl der Grünen-Chef noch sucht, der Kanzler schweigt, die Wirtschaftsministerin bremst und die AfD vom Wahlsieg träumt. Am Nachmittag erzählt Peter Deumelandt auf seiner Terrasse noch: Wenn seine E-Autos und sein Solarstrom im Ort Thema sind, dann spricht er über die Rendite, die er damit macht. „Ich versuche zu erklären, dass es auch eine ökonomische Entscheidung war“, sagt er.

Achtet man auf der Fahrt durchs Dorf darauf, entdeckt man auch auf anderen Dächern Solarpaneele. Sie sehen neu aus.



Wetten, die Demokratie gewinnt?
Nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern droht erstmals eine AfD-Regierung. Die taz berichtet, was auf dem Spiel steht – und wer jetzt die Demokratie verteidigt. Alle Texte zur Serie finden Sie unter taz.de/ltw26

 **kurzreisen**
in Deutschland

CASTELL (STEIGERWALD)

Wanderungen in der fränkischen Weinregion zwischen Steigerwald und Iphofen, unser Gastwirt (und taz-Autor) Jörn Kabisch ist den Werten der Slow-Food-Bewegung für verantwortungsvollen Genuss verpflichtet.

Nähere Informationen zu allen taz-Reisen im Internet: www.taz.de/tazreisen oder unter Telefon (0 30) 2 59 02-117
taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

21. bis 25. Sept.

mit Lukas Walraff

4 Übernachtungen im Gasthaus zum Schwan

ab 930 € (DZ/HP/ ohne Anreise)



Reportage & Recherche

Die Geschichte
hinter der Geschichte

.....

Ein Blick hinter die Kulissen der taz
Recherchen – exklusive Einblicke
in die Arbeit unseres Investigativ-Teams.

**Jeden zweiten Samstag
im Newsletter:**

taz.de/recherche

Erst Baseball-schlägerattacke, dann Alkoholfahrt

Der EU-Abgeordnete Bausemer soll Jugendliche brutal attackiert haben. Tags darauf geriet er noch in eine Polizeikontrolle – mit 1,2 Promille

Von **Gareth Joswig**

Der Landesvorstand der AfD Sachsen-Anhalt, Arno Bausemer, hat sich gleich zwei Skandale innerhalb weniger Tage geleistet. In der Nacht zum Freitag soll er einen 14-Jährigen mit einem Baseballschläger angegriffen haben, nachdem er diesen zusammen mit einem anderen Jugendlichen beim Zerstören von AfD-Wahlbannern erwischt hatte. Einen Tag später soll Bausemer dann alkoholisiert in eine Verkehrskontrolle geraten sein, wie die Deutsche Presseagentur unter Berufung auf Sicherheitskreise berichtet.

Grüne und Linke forderten schon wegen des mutmaßlichen Baseballschlägerangriffs Konsequenzen bis hin zum Rücktritt des EU-Abgeordneten. Susan Sziborra-Seidlitz, grüne Spitzenkandidatin sagte, dass Gewalt niemals ein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein dürfe. Nun sei klar, was die AfD mit der Forderung nach Bürgerwehren meine, so Sziborra-Seidlitz. Wer einen Baseballschläger gegen einen 14-Jährigen einsetze und dabei eine gefährliche Verletzung in Kauf nehmen, sei für ein politisches Amt nicht geeignet.

Die Linken-Kandidatin Eva von Angern sagte: „Wer als Abgeordneter einen Menschen mit einem Baseballschläger attackiert, hat jedes Maß verloren.“ Die Beschädigung von Wahlplakaten rechtfertige keine Selbstjustiz in „Wildwest-Manier“. Solche Schläger gehörten nicht ins Parlament, sondern strafrechtlich verurteilt.

Der CDU-Generalsekretär Mario Kaschunke wiederum kritisierte Bausemers mutmaßliche Trunkenheit am Steuer: „Mutmaßliche 1,3 Promille am Steuer sind kein Ausrutscher, den man kleinreden kann“, die Polizei hatte indes von 1,2 Promille gesprochen und leitete ein Ermittlungsverfahren ein. Für Ermittlungen in beiden Angelegenheiten müsste das Brüsseler Parlament die Immunität von Bausemer aufheben.

Bausemer selbst prahlte zunächst auf Social Media mit seiner Tat. „Erwischt, festgenommen und der Polizei übergeben“, schrieb er zu einem Foto, das ihn beim Festhalten eines Jugendlichen zeigt. Er sprach von „asozialen Jugendlichen“, die er auf frischer Tat ertappt und „nach kurzer Verfolgung und Gegenwehr“ gestellt habe.

Dass er offenbar mit einem Baseballschläger lauerte und diesen gegen einen 14-Jährigen einsetzte, verschwieg er zunächst. Später räumte er dies in der rechtsradikalen Zeitung Junge Freiheit ein. Demnach habe er mit einem Parteifreund zusammen vor einem großformatigen AfD-Wahlbanner Wache gehalten, weil es in den Tagen zuvor zu Beschädigungen an AfD-Plakaten gekommen sein soll. Von seinem Angriff allerdings erzählte er nichts.

Der angegriffene Jugendliche soll 14 Jahre alt sein und nach taz-Informationen eine Nacht im Krankenhaus verbracht haben. Der MDR berichtete von einer „leichten Gehirnerschütterung“, mehreren Prellungen sowie Verletzungen an Lippe und Zahnfleisch. Der zweite Jugendliche berichtete dem Sender, Bausemer habe seinen Freund mit dem Baseballschläger „vom Roller geholt“. Tobias Krenkau vom örtlichen Grünen-Kreisverband teilte der taz zudem mit, dass Bausemer von der Polizei Handschellen angelegt bekommen habe. Das habe ihm ein Mann berichtet, der den anschließenden Polizeieinsatz beobachtet habe.

Das LKA ermittelt nun wegen einer mutmaßlichen körperlichen Auseinandersetzung zwischen „einer der Immunität unterliegenden Person“ und Jugendlichen, die bei der Beschädigung eines AfD-Plakats beobachtet worden sein sollen. „Dabei soll es zum Einsatz eines mutmaßlichen Schlagwerkzeugs gekommen sein“, so ein LKA-Sprecher.

Innerhalb der AfD erhält Bausemer Solidaritätsbekundungen, die gewalttätige Interpretationen zulassen. Ein AfD-Stadtrat, der in der Vergangenheit wegen eines Hitlergrüßes verurteilt wurde, schrieb auf Facebook: „Durchhalten Arno (Faust-Emoji), es kommt die Zeit wo diese Schmierfinken ihre Strafe bekommen!!!!“ (*Fehler im Original*).

Bausemer war bereits zuvor in seiner Partei gerügt worden, weil er falsche Angaben zu seinem Lebenslauf bei der Aufstellung für das Europaparlament gemacht hatte. Konsequenzen blieben aus. Ob die aktuellen Vorfälle innerparteiliche Folgen haben, ist unklar. Der Landesverband und Bausemer selbst reagierten nicht auf Anfragen der taz. Der Bundesvorstand will die Ermittlungen abwarten.



Stets um Interessensausgleich bemüht: SPD-Spitzenkandidat Armin Willingmann Foto: Peter Gercke/dpa

Ein Kampf für die Kompromissmaschine

Die SPD bemüht sich trotz mieser Umfragen, in Sachsen-Anhalt etwas zu reißen. Dabei hat die Partei es nicht nur mit der AfD zu tun, sondern auch mit dem Frust über die eigene Parteispitze

Aus Dessau und Elbingerode **Cem-Odos Güler**

Der junge Mann, den die Landtagskandidatin eben noch freudig umarmte, fühlt sich entfremdet. „Im Herzen bin ich immer noch Sozialdemokrat“, sagt Clemens, als er auf dem Dessauer Bahnhofsvorplatz an den Wahlkampfstand der SPD herantritt. Seine Kritik kreist um ein Gefühl: „Was in Berlin passiert, hat mit dem Alltagsgefühl der Menschen nichts mehr zu tun“, sagt der 29-Jährige, der seinen Nachnamen nicht in der Zeitung lesen will. Die drei Jusos, die extra aus Halle angereist sind, um die Dessauer Kandidatin Larissa Wallner an diesem Tag im Wahlkampf zu unterstützen, halten noch tapfer dagegen. Es geht um Bürokratiekosten, Atomkraft und um die Frage, ob die deutsche Außenpolitik zu wenig „interessengeleitet“ sei. Die SPD-Kandidatin Wallner gibt zu bedenken, dass dies alles keine Themen für die anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt seien – doch es ist vergebens.

„Die Partei ist nicht mehr die, in die ich damals eingetreten bin“, sagt Clemens. Von 2011 bis 2023 war er SPD-Mitglied, hat sogar hier in Dessau Wahlkämpfe mitorganisiert. Jetzt möchte er die CDU wählen, um eine mögliche Alleinregierung der AfD im Land zu verhindern, wie er sagt. Larissa Wallner bleibt nichts anderes übrig, als diese Entfremdungsgeschichte hinzunehmen. „Alle sind erwachsen, die persönlichen Themen ändern sich“, sagt sie, als der Mann weg ist.

Es ist eine doppelte Auseinandersetzung, die die SPD in Sachsen-Anhalt derzeit führen muss. Einerseits ist da der Kampf gegen die AfD, die alle Umfragen im Land mit Werten um die 43 Prozent dominiert. Andererseits sieht man sich hier auch immer wieder gezwungen, die Arbeit der Parteispitze in Berlin erklären zu müssen: Die drohende Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren und die Kürzungen im Gesundheitswesen sind eine zusätzliche Belastung für die Wahlkämpfer*innen. Hinzu kommt die Unbeliebtheit der beiden Minister*innen und Parteichefs Lars Klingbeil und Bärbel Bas.

„Es ist nicht meine Methode, Briefe an die Parteivorsitzenden zu schreiben“, sagt Wallner auf die Frage, wie sie mit den Herausforderungen aus Berlin umgehe. Sie spielt damit auf

die Forderungen an, die aus der zweiten und dritten Reihe der SPD, inzwischen auch ganz offen in Richtung der Parteivorsitzenden gestellt werden. Zuletzt hatte die SPD in Berlin-Mariendorf angemahnt, Bas und Klingbeil müssten endlich Partei- und Ministerämter voneinander trennen, damit die SPD wieder an ihrem Profil arbeiten könne.

„Noch vor den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin“ brauche es einen inhaltlichen Kurswechsel in der SPD und innerhalb der Regierung, hin zu größeren Entlastungen für Arbeitnehmer*innen, heißt es in dem Papier, das auch der taz vorliegt. Zuvor hatte bereits die AG Migration in der SPD einen Sonderparteitag gefordert, bei dem über die Doppelrolle von Klingbeil und Bas diskutiert werden sollte.

Ein Unterbezirksvorstand der SPD Bielefeld hatte Klingbeil und Bas Ende Juli gar vorgeworfen, „in historischer Mitverantwortung für den Niedergang“ der SPD zu sein. Anstatt wie angekündigt das Ergebnis der AfD zu halbieren, sei man dabei, auf Bundesebene das mit Abstand schlechteste Wahlergebnis nochmal zu halbieren, so Markus Kollmeier in seinem schnell öffentlich gewordenen Brief an die beiden Parteivorsitzenden.

Larissa Wallner hält diese Diskussionen für „nicht hilfreich“. Sie hat einmal einen Post gegen die Abschaffung der Rente nach 45 Beitragsjahren abgesetzt, ansonsten versucht sie, sich so gut es geht aus der Bundespolitik herauszuhalten. Es gehe darum, inhaltlich zu überzeugen und dabei Sachsen-Anhalt im Blick zu behalten.

Zur Parteipolitik ist die 42-Jährige erst später gekommen – seit einem Jahr sitzt sie für die SPD im Dessauer Stadtparlament. Dazu arbeitet sie im Gewaltschutz für Frauen und Kinder und ist ehrenamtliche Kreisvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Für den Wahlkampf opfert sie nun ihren Jahresurlaub – und das, obwohl sie auf dem aussichtslosen Listenplatz 16 kandidiert. Wallner ist mit Anfang 20 aus Kasachstan nach Deutschland gekommen, war lange im Migrationsrat aktiv und ist gut in der Stadt vernetzt.

Ihre zugewandte und direkte Art kommt gut an, auch bei den weni-

gen Leuten, denen sie am vergangenen Dienstag im Haustürwahlkampf in direkter Nachbarschaft zum Dessauer Bahnhof einen Flyer in die Hand drückt. Eine Frau wünscht ihr viel Erfolg für die Wahlen, eine andere sagt, sie habe viele Jahre die SPD gewählt und sei nun enttäuscht. Doch die allermeisten Türen bleiben geschlossen, als sie mit der Unterstützung der drei Jusos am Nachmittag durch die Mehrfamilienhäusersiedlung zieht.

Die Umfrageinstitute sehen die SPD in Sachsen-Anhalt bei Werten zwischen 6 und 7 Prozent. Damit wäre die Partei zwar weiterhin im Landtag vertreten und steht etwas bes-

„Wir sind die Partei, die sich um den Interessensausgleich bemüht“

Armin Willingmann,
SPD-Spitzenkandidat

ser da als zuletzt, als es noch so aussah, als könnte die SPD tatsächlich an der Fünfprozenthürde scheitern. Dennoch werfen diese katastrophalen Stimmungswerte für die SPD, die seit 20 Jahren ununterbrochen an den Landesregierungen in Magdeburg beteiligt ist, existenzielle Fragen auf.

SPD-Spitzenkandidat Armin Willingmann erteilt vorsorglich all jenen, die eine inhaltliche Neuaufstellung der SPD in der Opposition für geboten halten, eine Absage. „Wir können uns diesen Luxus in dieser Wahl nicht erlauben“, sagt der amtierende Wissenschaftsminister am Sonntag auf einem kleinen Spaziergang bei Elbingerode im Harz, zu dem der lokale Juso-Verband eingeladen hat – der Altersdurchschnitt der etwa 15 Teilnehmer*innen liegt aber doch eher bei 60 Jahren, bis erneut eine Abordnung von Jusos aus Halle eintrifft.

Willingmann versucht in einer kurzen Ansprache die SPD-Wandergruppe auf die nächsten Schritte im Wahlkampf einzuschwören. „Wir sind die Partei, die sich um den Interessensausgleich bemüht“, sagt er. Das „echte Gegenangebot“ zur AfD bestehe eben darin, dialogfähig zu sein

und Kompromisse zu schließen, die das Land voranbrächten.

Es wirkt schon fast etwas lustig, wie Willingmann hier so abgeschieden auf einem kleinen Wanderweg eine solch staatstragende Rede hält, und das auch noch vor seinen eigenen Leuten. Doch so wird auch die Stoßrichtung seiner Kampagne deutlich, die er angesichts des schlechten SPD-Bundestrends durchaus auch nach innen hin führen muss: Wenn der Einzug in den Landtag gelingt, soll eine Regierungsbildung jenseits der rechtsradikalen AfD nicht daran scheitern, dass die Kompromissmaschine SPD nicht gut geölt war.

Auch Willingmann, der als Professor für Wirtschaftsrecht von 2003 bis 2016 die Hochschule Harz geleitet hat, ist ein Quereinsteiger in der Politik. Wäre seine Partei nicht so zusammengeschrunpft, könnte er mit seiner freundlichen und durchaus bestimmenden Redensart auch einen Ersatz für den langjährigen CDU-Landesvater Reiner Haseloff abgeben. Doch davon träumt die SPD nicht einmal, und so bleibt zumindest die etwas pastorale Rede zum Interessensausgleich.

Was dem Kandidaten dabei gar nicht den in Kram passt, sind Personaldebatten. „Das hilft uns gerade überhaupt nicht weiter“, sagt er. Mit den Renten- und Gesundheitsplänen gelte es, sich inhaltlich auseinanderzusetzen. „Wir können da nicht von einem unveränderlichen Gesamtkunstwerk sprechen, nur weil es eine Expertenkommission so vorgeschlagen hat“, so Willingmann mit Blick auf Aussagen von Arbeitsministerin Bas. Er habe sich schon gegen eine Abschaffung der Rente nach 45 Beitragsjahren ausgesprochen, bevor das die CDU-Ministerpräsidenten getan hätten.

Eine Kritik von ihm lautet auch: Die SPD-Spitze habe bei ihren Reformplänen Anfang des Jahres mehr Rücksicht genommen, als die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz anstanden. Das ist eine Vorhaltung, die an der Parteispitze bestimmt nicht vorbeigeht. Am Donnerstag kann sich Lars Klingbeil dazu verhalten – er wird bei einem der etwas spärlich angesetzten Wahlkampftermine in Halle erwartet.

Keine Kasse machen

Hunderttausende leben in Deutschland ohne Krankenversicherung. In einer Hamburger Praxis versuchen ehrenamtliche Ärzt:innen, einigen von ihnen trotzdem zu helfen

Aus Hamburg **Amelie Sittenauer**

Wer hier reinkommt, steht mittendrin. Links vor den Fenstern eine lange Bank, auf der vier Männer warten, bis sie an der Reihe sind. Das kleine Rezeptionspult rechts ist nah an die Tür herangerückt, helles Deckenlicht, Büropflanzen in jenem Graugrün, das immer etwas staubig aussieht. Ein Mann sieht besonders mitgenommen aus, vermutlich ist er krank. Seine Körperhaltung und seine Stirnfurchen erzählen aber auch von einem Leben harter Arbeit. Jetzt sitzen er und die drei anderen hier in dem kleinen Wartezimmer einer Praxis in Hamburg-Willhelmsburg.

In den gedrängten Räumen von westend open.med gibt es jede Woche eine allgemeinmedizinische und alle zwei Wochen eine gynäkologische Sprechstunde. Kinder und Erwachsene, die aus dem Regelsystem herausgefallen sind und nicht einfach zum Haus- oder zur Fachärztin gehen können, kommen hierher. Ärzt:innen, Pfleger:innen, Medizinstudierende behandeln sie hier ehrenamtlich, kostenlos und wenn sie wollen auch anonym.

Wie ein Oktopus mit hundert Armen fühle sie sich an solchen Sprechstundentagen, sagt Bronwyn-Maria Margolis, eine von zwei Leiterinnen der Praxis. Ihre langen Haare hat sie zurückgebunden, auf ihrer Daunenweste ist „westend open.med“ gestickt. An diesem Dienstag läuft Margolis ständig zwischen Wartezimmer, Behandlungsraum und Küche hin und her. Sie spricht mit dem Arzt, der Sprachmittlerin und den Patient:innen. Sie kontaktiert Fachärzt:innen, führt Erstberatungsgespräche, allein heute sind es fünf. Manchen Patientinnen können sie durch eine ebenfalls angebotene Sozialberatung sogar wieder zurück in die reguläre Krankenversicherung helfen.

Seit 2009 gilt in Deutschland die Versicherungspflicht. Doch laut Statistischem Bundesamt leben mindestens 62.000 Menschen ohne Krankenversicherung. Die Dunkelziffer dürfte sogar weit höher liegen. Die Organisation Ärzte der Welt schätzt, dass es Hunderttausende sind.

Die Wege in diesen Ausschluss sind verschieden: Manche Versicherte haben seit Jahr-

zehnten, noch vor Einführung der allgemeinen Versicherungspflicht, aufgehört, ihre Krankenversicherungsbeiträge zu bezahlen und stehen dann vor einer akuten Gesundheitssituation. „Das sind oft die, die fest im Leben standen, hauptberuflich selbstständig, die Familie geht davon aus, es läuft alles. Und dann hat plötzlich der 85-Jährige einen Schlaganfall, muss ins Krankenhaus und die Angehörigen kriegen mit: Oh Gott, der ist ja gar nicht krankenversichert seit 20 Jahren“, erzählt Beraterin Petra Heinevetter von der Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland.

Wie ein Oktopus mit hundert Armen fühle sie sich an Sprechstundentagen, sagt Bronwyn-Maria Margolis

Andere waren in Deutschland noch nie krankenversichert. EU-Bürger:innen ohne Sozialleistungsanspruch oder Menschen aus Drittstaaten, mit oder ohne Aufenthaltsstatus. Diese Menschen kommen oft nach Deutschland, um zu arbeiten. Dann geraten sie in prekäre, teils illegale Beschäftigungsverhältnisse. Sie übernehmen Jobs, die viele Deutsche nicht mehr machen wollen: auf dem Bau, in der Reinigung oder in der Fleischindustrie. Das kann eine Zeit lang gutgehen.

Zum Problem wird es, wenn es nicht mehr gut geht. Wenn der Körper schmerzt oder nicht mehr funktioniert, vielleicht schon lange. „Die Menschen, die hierherkommen sind unglaublich vulnerabel“, sagt Margolis, als sie sich kurz in die Teeküche mit den sonnengelben Schränken setzt. Heißes Wasser röchelt durch die Kaffeemaschine.

Oft fehlt den Menschen nicht nur die Krankenversicherung. Es fehlt auch legalisierte Arbeit, eine feste Unterkunft oder ein Aufenthaltsstatus. 43 Prozent der Menschen, die hier behandelt werden, kommen aus anderen EU-Ländern, vor allem aus Bulgarien, Rumänien und Polen. 53 Prozent kommen

aus Drittstaaten, 4 Prozent aus Deutschland. Für all diese Menschen ist die Praxis ein Schutzraum. Deshalb bittet Margolis auch die taz, nicht direkt mit den Patientinnen und Patienten zu sprechen.

In einer Pause zeigt sie den Behandlungsraum. Dort stehen Geräte und eine dunkelblaue Multifunktionsliege, die sich zu einem gynäkologischen Stuhl umbauen lässt. „Da sind wir sehr stolz drauf“, sagt Margolis. Die gynäkologische Sprechstunde, zu der viele Schwangere kommen, findet am nächsten Tag wieder statt.

In der anderen Ecke des Raums, neben einem leise surrenden Kühlschrank für Impfstoffe, sitzen die heutigen Ehrenamtlichen: der pensionierte Allgemeinarzt Hermann Müller-Dornieden und die Anästhesieassistentin Annett Morawietz-Grau. Vor ihnen stehen vier leere Stühle. Gerade saß hier noch eine Patientin aus Georgien, die über Kribbeln in den Fingern klagte. Neben ihr über setzte eine Freundin ins Türkische, was die Sprachmittlerin dann ins Deutsche übertrug. „Da geht leider immer viel verloren“, sagt Müller-Dornieden, der sich seit 2016 beim westend open.med engagiert.

Vieles sei wie in jeder allgemeinmedizinischen Praxis, sagt Müller-Dornieden: „Rücken, Blutdruck, Zucker.“ Häufig blieben die Krankheiten aber längere Zeit unbehandelt als im Regelbetrieb, seien fortgeschrittener. Auch schwere Erkrankungen begegnen den Ärzt:innen immer wieder – Menschen mit fortgeschrittenen Krebserkrankungen oder Menschen, die sie notfallmäßig in die Psychiatrie vermitteln müssten.

Margolis erinnert sich an einen Fall vor einiger Zeit. Ein Mann konnte seit Samstag seine linke Körperhälfte nicht mehr spüren. „Am Dienstag ist er dann erst zu uns gekommen.“ Viele Patientinnen und Patienten wissen nicht, dass Krankenhäuser in Notfällen alle Menschen behandeln müssen. Auch Aufklärung gehöre zum Job, sagt Margolis. „Den haben wir natürlich sofort ins Krankenhaus geschickt.“ Doch das sei inzwischen nicht mehr so leicht wie früher.

Seit der umstrittenen Schließung der Notaufnahme im Krankenhaus Groß-Sand in Willhelmsburg ist die Vermittlung an Krankenhäuser in Hamburg

schwieriger geworden. Und auch ihr Netzwerk an Ärzten sei kleiner geworden, berichtet Margolis. Ärzte gingen in Rente, die Nachfolger arbeiten nicht mehr mit ihnen zusammen, oder Praxen würden zu medizinischen Versorgungszentren und es ändere sich die Inhaberkonstellation. Darüber hinaus habe sich die politische Stimmung gegenüber Menschen ohne Krankenversicherung und gegen illegalisierte Menschen gewandelt so Margolis, vor allem durch die AfD: „Der Alltagsrassismus nimmt zu, das bekommen die Patient:innen zu spüren, auf der Straße, im Bus.“

Dann muss Margolis wieder los, vorne im kleinen Beratungsraum herrscht Durcheinander. Eine Patientin soll zum Facharzt überwiesen werden, doch dafür muss es erst Absprachen mit der sogenannten Clearingstelle geben, mit denen die Praxis eng zusammenarbeitet. Diese Stelle vermittelt Menschen ohne Krankenversicherung, die dringend medizinische Hilfe benötigen, aber keinen regulären Zugang haben. Die Patientin wird unruhig, sie müsse doch jetzt zum Arzt, sie sei jetzt krank. „Der Leistungsdruck ist in einer solchen Situation immens hoch“, erzählt Margolis später zurück in der Teeküche, als der Trubel wieder vorbei ist. Gleichzeitig kämen die Informationen durch die Sprachbarrieren nicht immer an.

Die Rolle der Praxis ist in solchen Lagen ein Balanceakt. „Wir dürfen keine falschen Erwartungen wecken, wir sind nicht die Lösung“, sagt Margolis. Vor allem bei Menschen mit chronischer Erkrankung könne die Praxis lediglich eine Überbrückung in das richtige System sein. Irgendwann suchten sie das Gespräch, sagt die 36-Jährige. „Denn wenn wir die Lösung werden, dann verhindern wir, dass mehr Energie rein gesteckt wird, einen Krankenversicherungsschutz zu bekommen.“ Sie könnten keine Abhängigkeit erhalten, weil das dieses kleine Projekt überfordern würde.

Schon jetzt leisten die Ehrenamtlichen enorm viel. Dutzende Ärzt:innen und Pflegekräfte schenken ihre Zeit, um das zu tun, was eigentlich das Sozialsystem leisten sollte. Der Trägerverein hoffnungs-orte hamburg sucht jedes Jahr Spenden, um den Betrieb, Me-

dikamente und Taxifahrten ins Krankenhaus zu finanzieren. Eine Studie der Universität Witten/Herdecke zeigt: Menschen ohne Krankenversicherung sind fast ausschließlich auf Hilfsorganisationen angewiesen.

Und das, obwohl Gesundheit und medizinische Versorgung ein Menschenrecht ist, das auch die EU-Charta garantiert. „Unser Ziel ist die Selbstauflösung, das ist klar“, sagt Margolis. Bis dahin müssen für die heterogene Patient:innenschaft noch viele Barrieren abgebaut werden. Manche deutsche Staatsbürger brauchen schlichtweg mehr Information, andere EU-Bürger brauchen versicherungspflichtige, legale Arbeit.

Menschen aus Drittstaaten ohne geregelten Aufenthaltsstatus wiederum benötigen Zugang zum Gesundheitssystem, ohne dass ihre Daten an die Ausländerbehörde weitergegeben werden. Bereits 2024 hatte die Gesellschaft für Freiheitsrechte zusammen mit 46 weiteren Organisationen Be-

schwerde bei der EU-Kommission gegen diese Meldepflicht eingelegt. Geändert hat sich seitdem nichts.

Wenn man Bronwyn-Maria Margolis nach ihren schönsten und ihren schwierigsten Gefühlen bei der Arbeit fragt, weiß sie die schönsten sofort: eine Krankenversicherung. „Da freue ich mich immer sehr drüber, wenn wir es als Team und mit der Sozialberatung geschafft haben, dass jemand integriert wird.“ Bei den schwierigsten spricht sie lange. Von chronisch Erkrankten, die ihre Tabletten nur jeden zweiten Tag einnehmen, um zu sparen. Und von Schwangeren in Abhängigkeitsverhältnissen, von denen sie nichts mehr gehört hat. „Es ist einfach Sorge“, sagt Margolis.

Dann erzählt sie noch von einer Frau, die sie mit Gallensteinen ins Krankenhaus geschickt hat, die nicht wollte, dass man ihr ein Taxi ruft: „Ich glaube nicht, dass sie hingegangen ist.“ Ein hilfloses, entschuldigendes Lächeln. Dann braucht wieder jemand etwas von ihr.



Arzt Hermann Müller-Dornieden misst während der Sprechstunde den Blutdruck eines Patienten Foto: hoffnungsorte hamburg

Anzeige

Unterstützen Sie ...

Talent kennt keinen Lebenslauf

Wir suchen Menschen mit anderen Perspektiven – nicht mit dem perfekten CV. Pascal Maier und Ann Toma-Toader absolvieren seit Juni 2026 das taz panter-Volontariat.

taz panter-Volontariat
In 18 Monaten erlernen die Volontär*innen in der taz das journalistische Handwerk.
taz.de/stiftung

... mit einer Spende

taz.de/spenden
GLS-Bank Bochum / BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

taz☘ panterstiftung

Hupen, Drängeln, rüde Gesten

Das Klima im Straßenverkehr wird rauer, immer mehr Menschen verhalten sich aggressiv. Helfen können nicht nur schärfere Kontrollen

Von **Nanja Boenisch**

Nur kurz mal dicht auffahren, wenn der Mensch im vorausfahrenden Auto scheinbar trödelte. Oder schnell noch den Zebrastreifen überfahren, um keine Zeit zu verlieren: Immer mehr Menschen in Deutschland legen im Straßenverkehr aggressives Verhalten an den Tag und lassen sich dann mitunter zu gefährlichen Regelbrüchen verleiten. Das ist das Ergebnis einer Studie zum Verkehrsklima und zur Verkehrssicherheit, die die Unfallforschung der Versicherer (UDV) am Montag in Berlin vorgestellt hat. „Fast alle 23 ermittelten Werte für aggressives Verhalten haben sich seit der letzten Studie 2023 nochmal weiter verschlechtert, einige sogar deutlich“, sagte Kirstin Zeidler, die Leiterin der UDV. Schon seit zehn Jahren nähmen Aggressionen im Straßenverkehr der Forschung zufolge praktisch stetig zu. In diesem Jahr haben deutschlandweit gut 2.000 Personen online an der Studie teilgenommen.

So gaben diesmal zwar 58 Prozent der Befragten an, dass sie sich im Straßenverkehr sicher bis sehr sicher fühlen – und damit etwas mehr als noch 2023, da waren es noch 56 Prozent. Und doch gestand zum Beispiel gut die Hälfte der befragten Autofahrer:innen, dass sie viel schneller fahren als gewöhnlich, wenn sie sich ärgern. 47 Prozent gaben zu, zu drängeln, wenn das Auto vor ihnen vermeintlich bummelt – 2023 waren es noch 36 Prozent, 2016 nur 29.

Dabei klaffen Selbst- und Fremdwahrnehmung teils weit auseinander. Gut neun von zehn Befragten sagten zum Beispiel, dass sie besonders viel Rücksicht nähmen, wenn sie Fahrradfahrende überholen. Gleichzeitig gaben mehr als acht von zehn Befragten an, häufig zu beobachten, dass Fahrradfahrende zu dicht überholt werden.

Auch unter den Radfahrenden stieg der Anteil derjenigen an, die sich mindestens ab und an aggressiv verhalten. 43 Prozent gestanden diesmal, sich manchmal die Vorfahrt zu erzwingen – 2023 waren es 28 Prozent. Außerdem haben auch Radfahrende ein deutlich besseres Bild von sich selbst als von anderen: Während zwei von fünf zugeben, gelegentlich Zebrastreifen zu überfahren oder sich dort durch Fußgänger:innen durchzuschlängeln, beobachten vier von fünf dieses Verhalten bei anderen.

Zeidler meint, dass der Alltag der Menschen immer hektischer werde und sich das auch im Straßenverkehr niederschlage. „Die Zündschnur wird kürzer.“ Hinzukomme, dass der Verkehr dichter und Verkehrssituationen komplexer werden. Immer mehr Verkehrsteilnehmer:innen mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Interessen begegnen sich auf kleinem Raum.

Und doch sei es „verantwortungslos, aus Wut oder um schneller ans Ziel zu kommen, die Gesundheit oder das Leben anderer aufs Spiel zu setzen“, mahnte Zeidler am Montag. Im Jahr 2025 waren wieder mehr Menschen im Straßenverkehr verletzt oder getötet worden als im Vorjahr.

Dabei hat sich die Bundesregierung eigentlich der Vision Zero verschrieben, also dem Ziel, auf null Verkehrstote zu kommen. Als Vorbild fürs Erreichen der Vision Zero wird häufig die finnische Hauptstadt Helsinki genannt: Dort haben die Behörden viel Geld in die Hand genommen, um die Verkehrsinfrastruktur sicherer zu machen, etwa Gehwege zu verbreitern oder die Führung der Autospuren so anzupassen, dass die Fahrer:innen gezwungen sind, ihr Tempo zu drosseln.

„Das Design der Infrastruktur ist ein wesentlicher Punkt“, sagte auch Zeidler. Wo es möglich ist, müssten verschiedene Verkehrsteilnehmer:innen getrennt voneinander unterwegs sein können. „Man muss nicht alle durch eine Straße pressen.“ Außerdem wirbt die UDV für schärfere Kontrollen und Strafen und für Kampagnen für mehr Rücksicht im Verkehr.

Die meisten Befragten wiederum befürworten auch schärfere gesetzliche Vorgaben. Drei von vier sind zum Beispiel für eine Null-Promille-Grenze für Kfz-Fahrer:innen. Rund 60 Prozent der Befragten, mehr als je zuvor, plädieren für ein Tempolimit von 130 Stundenkilometern auf Autobahnen.

tazzwei 13

Zahl des Tages

1 Geier

Es ist schon eine Weile her, dass Klimaaktivist:innen des Widerstands-Kollektivs den Start eines Flugzeugs behindert haben. Zu lange, dachte sich wohl ein Geier auf der griechischen Insel Kreta und hielt auf dem Flughafen von Heraklion **den Flügel einer abflugbereiten Ryanair-Maschine besetzt**. Eine Zeit lang erfolgreich, bis ihn Feuerwehrleute mit einer Jacke einfingen. Das Tier leistete keinen Widerstand, ganz nach dem Vorbild der Aktivist:innen. Man kann ihn verstehen, den Geier, wüteten doch zuletzt auch auf Kreta Waldbrände. Befeuert von der Klimakrise, die wiederum durch Ruß- und CO₂-intensive Flüge verschärft wird. Außerdem geraten Vögel immer wieder in die Triebwerke und werden dort oft tödlich verletzt.

Überhitzte Reaktoren

Frankreich muss die Produktion von Atomenergie drosseln. Das liegt an der steigenden Temperatur umliegender Flüsse – und an Quallenangriffen

Aus Paris **Rudolf Balmer**

Einer nach dem anderen: In der vergangenen Woche musste Frankreich etliche Atomreaktoren abschalten. Der Grund dafür sind Hitze Probleme bei der Kühlung: Die Mehrzahl der AKW, die dazu Flusswasser etwa aus der Rhone oder der Garonne verwenden, müssen aus Rücksicht auf die Biodiversität gestoppt werden. Wenn das für die Kühlung der Reaktoren abgeleitete Wasser eine bestimmte Temperatur übersteigt, meist 28 Grad Celsius, ist das ökologische Gleichgewicht und damit das Überleben der Flussfauna und -flora in Gefahr.

Bei den mit Meerwasser gekühlten Reaktoren, beispielsweise in der Anlage von Gravelines in Nordfrankreich, stellt sich

ein anderes Problem. Einen Zusammenhang mit der gegenwärtigen Hitze gibt es aber ebenfalls: Ungewöhnlich große Mengen von Quallen verstopfen die Filter der Pumpen und könnten so das Funktionieren des Kühlsystems beeinträchtigen. Mit seinen 6 Reaktoren (die zunächst alle abgestellt wurden und bis auf einen derzeit außer Betrieb sind) ist Gravelines die größte AKW-Anlage in Westeuropa.

Wegen der bisher längsten Hitzeperiode in der mit Daten belegten Klimageschichte mussten in Frankreich 13 von insgesamt 57 Reaktoren abgestellt werden, was einem Ausfall von 20,4 Prozent der landesweiten Atomstromproduktion entspricht. Da die Atomenergie in Frankreich 70 Prozent der Elektrizität liefert, ist diese hitzebedingte Senkung erheb-

lich. Die Versorgung mit Strom soll laut dem AKW-Betreiber EDF deswegen aber nicht bedroht sein. Es sei sogar auch weiterhin möglich, wie sonst Elektrizität in die Nachbarländer zu exportieren. Die Inlandsversorgung ist bisher gewährleistet, weil der Bedarf in der Jahreszeit relativ gering ist. Die Produktion an Solarstrom steigt zudem.

Die Anti-Atom-Organisation Sortir du Nucléaire warnte, dass jedes Jahr unbeachtet von der Öffentlichkeit ein massives Fischsterben auf das Konto der Reaktoren gehe. Dieses „unsichtbare Massensterben“ werde durch den Bau von 4 weiteren Reaktoren in Penly in der Normandie noch drastisch schlimmer. EDF bleibt dabei, dass der AKW-Betrieb keine negativen Auswirkungen auf die Biodiversität habe.

Putin feuert ehrlichen Ökonomen

Der Chefökonom der russischen Staatsbank benennt öffentlich die katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes – und wird kurz darauf entlassen



Überallert, durch Sanktionen getroffen, mangelndes Kapital – das trifft nicht nur auf die Landwirtschaft Russlands zu
Foto: Kirill Kukhmar/imago

Von **Mathias Brüggmann**

Nur Stunden nachdem der Chefökonom der russischen Staatsbank VEB vor einem „Kalten Krieg 2.0“ gewarnt hatte, wurde er entlassen. Der frühere Vize-Wirtschaftsminister Andrej Klepatsch, seit 2014 Chefökonom der Entwicklungsbank des russischen Staats, hatte gewarnt: Russland könne den Krieg gegen die Ukraine wegen der Unterstützung Kyjiws durch westliche Länder nicht gewinnen und stehe vor einer schweren Wirtschafts- und sozialen Krise.

„In diesem Abnutzungskrieg werden wir nicht gewinnen. Wir haben die Illusion, dass in der Ukraine alles zusammenbricht. Aber es ist nicht zusammengebrochen und wird es auch

„Wir führen Krieg, geben Unsummen für Rüstung aus, würgen die Wirtschaft – besonders den zivilen Sektor – ab“

Andrej Klepatsch, ehemaliger Chefökonom der russischen Staatsbank

nicht“, warnte Klepatsch und fügte hinzu: „Wir führen Krieg, geben Unsummen für Rüstung aus, würgen die Wirtschaft – besonders den zivilen Sektor – ab“, sagte er mit Blick auf den 14-prozentigen Leitzins der Zentralbank, mit dem Russland infla-

tionsbereinigt mit fast 9 Prozent in der Weltpitze rangiert.

Klepatsch hatte den Finger in die Wunde der geschundenen russischen Kriegswirtschaft gelegt: „Wir hinken hinterher. Wir verlieren sowohl den technologischen als auch den wirtschaftlichen Wettbewerb weltweit. Wir verlieren ihn nicht nur gegen China und die USA – in manchen Bereichen verlieren wir ihn sogar gegen die Ukraine.“ Zivile Branchen seien in die Rezession gerutscht, die Investitionen massiv eingebrochen, Produktivitätswachstum sei zum Fremdwort geworden.

Neben den westlichen Sanktionen, die deutlich schärfer seien als zu Zeiten des Kalten Krieges vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion, seien

die ukrainischen Angriffe auf Raffinerien, Öl- und Industrieanlagen sowie die großen Logistikzentren der größten Internet-Handelsplattformen Wildberries und Ozon zu einer „spürbaren makroökonomischen Wachstumsbremse für die russische Wirtschaft“ geworden, so Klepatsch. Russland werde wirtschaftlich nicht gänzlich untergehen, „aber ich bin mir fast sicher, dass wir in eine soziale Krise rutschen“.

Die kritischen Äußerungen über die Lage der Wirtschaft bei einem Treffen von Unternehmern und Wissenschaft kostete Klepatsch in der Vneshekonombank am Sonntag seinen Job. „Auf Anweisung von ganz oben“, wie VEB-Chef Igor Schuwalow laut dem Internet-Medium „The Bell“ unter Berufung auf Quellen im Bankmanagement gesagt haben soll.

Dabei ist Klepatschs Analyse wahrhaftig: Russlands Finanzministerium hat gerade die Höhe seiner Rubel-Reserven als „geheim“ erklärt angesichts des rasant wachsenden Haushaltsdefizits. Ende Juli hatte das Ministerium die Auktionen von Staatsanleihen, mit denen es das Haushaltsdefizit finanziert hat, auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Zuvor mussten einige Auktionen wegen mangelnden Interesses von Banken abgesagt oder extrem hohe Zinsen geboten werden.

Die Kurse russischer Aktien sind deutlich unter das Niveau bei der Völlinvasion in der Ukraine am 24. Februar 2022 gerutscht. Die Zahlungsausfälle bei Unternehmensanleihen erreichen Rekordniveaus. Die Zahl der Liquidationen von Firmen ist allein in den ersten fünf Monaten 2026 auf 467.000 gestiegen – ein nochmaliger Anstieg um 7,4 Prozent nach 20 Prozent mehr Insolvenzen bereits im Vorjahr.

Internet-Sperren aus Angst vor ukrainischen Drohnenangriffen, viel zu hohe Kreditzinsen, die am 1. Januar erhöhte Mehrwertsteuer und die stark gefallene Konsumbereitschaft sowie stark gefallene Investitionen machen der Privatwirtschaft den Garaus.

Mysteriöses Elefantensterben



Dieser Elefant kommt im Amboseli-Nationalpark im August der Dorfgemeinschaft sehr nahe. Die Herden können ganze Ernten zerstören
Foto: Andrew Kasuku/AP/dpa

In Kenia häufen sich Fälle von verendeten Elefanten. In ihren Mägen wurde Zyanid nachgewiesen – noch ist unklar, wie es dort hingekommen ist

Aus Kampala **Simone Schlindwein**

Eine Elefantenkuh liegt zitternd in der Savanne, windet sich. Ihre Hinterbeine sind gelähmt, sie kann sich nicht mehr aufrichten. Dann stirbt sie qualvoll. Das Video, aufgezeichnet von Kenias Wildtierschutzbehörde (KWS), ging in den letzten Wochen in Ostafrika viral. Mittlerweile ist die Zahl der verstorbenen Elefanten in und um den berühmten Amboseli Nationalpark im Süden Kenias nahe der tansanischen Grenze auf 16 gestiegen. Die Ursachen sind bislang noch nicht geklärt, doch es zeichnen sich Hinweise einer Vergiftung ab. Die für Nationalparks und deren Wildtierbestände zuständige Behörde KWS hat Ermittlungen aufgenommen. „Wir haben Tests durchgeführt“, so Isaac Lekolool, Veterinär bei KWS. „Sie haben Spuren von Zyanid nachgewiesen.“ Doch es müssen noch weitere Tests durchgeführt werden, um festzustellen, welche Menge des Gifts aufgenommen wurden, um die die tonnen-

schweren Dickhäuter in nur wenigen Tagen daran sterben zu lassen. Erste Untersuchungen des Mageninhalts lassen darauf schließen, dass die Elefanten Tomaten und Wassermelonen zu sich genommen haben, bevor sie starben. Rund um den 400 Quadratkilometer großen Amboseli Nationalpark am Fuße des berühmten Kilimanjaro Berges bauen Bauern und Bäuerinnen Tomaten und Wassermelonen an – beides wasserintensive Pflanzen, die mit Pestiziden behandelt werden. Im Amboseli Park leben rund 1.600 Elefanten. Insgesamt hat sich die Population in Kenia in den vergangenen Jahrzehnten enorm erholt. Laut der letzten Zählung von 2025 sind es rund 42.000 landesweit. Zum Vergleich: Im Jahr 1990 waren es nur rund 16.000. Kenias Regierung ist in der Vergangenheit rigoros gegen die Wilderei vorgegangen. Doch mittlerweile ist die Zahl der Elefanten so stark gestiegen, dass ganze Herden aus den Parks, die nur selten eingezäunt sind, ausbrechen und sich auf den Äckern der Bauern bedienen.

Die erste tote Elefantenkuh wurde im Juli inmitten der Tomatensträucher einer Farm in Kimana entdeckt. Der Ort liegt im Migrationskorridor, wenn die Elefanten vom Amboseli Park in den Kilimanjaro Nationalpark in Tansania

„Wir müssen die Frage stellen, ob Gemeinschaften, deren Nutztiere sowie Konsumenten ausreichend geschützt sind“

Paula Kahumba, Wildlife Direct

wandern. KWS konfiszierte die Behälter, mit welchen die Farmer in Kimana ihre Pflanzen besprühen. „Die Pestizide in den Eimern enthielten kein Zyanid. Dann könnte es für etwas ganz anderes verwendet worden sein, nicht unbedingt für den Tomatenanbau“, so der KWS- Veterinär: „Wir müssen also noch

herausfinden, woher dieses Gift genau stammt.“ Zyanid wird meist beim Goldabbau eingesetzt, die Verwendung in Pflanzenschutzmitteln ist eher unüblich und unterliegt in Kenia per Gesetz strengen Regeln. KWS erwähnt die Option, dass das Zyanid womöglich aus Tansania eingeführt worden sein könnte, da die Grenze nahe liegt. Die Bauern in der Region geben gegenüber lokalen Medien an, dass sie kein Zyanid verwenden und auch ihre Schafe und Ziegen diese Tomaten fressen, daran aber nicht zugrunde gehen. Bei den 15 verstorbenen Elefanten handelt es sich um Mitglieder einer einzigen Großfamilie. 14 der toten Tiere waren Elefantenkühe und deren Kälber. Unter den Toten war nur ein Bulle. In Elefantenfamilien sei jedoch die älteste Kuh die Anführerin, so KWS-Sprecher Duncan Juma: „Sie findet Nahrung und zeigt den Kälbern, wo es Wasser gibt.“ Damit sei es logisch, dass die weiblichen Elefanten und die Kälber zuerst das Gift probierten.

Artenschutzorganisationen in Kenia machen nun Kenias Regierung für die Tragödie verantwortlich. Paula Kahumba von der Tierschutzorganisation Wildlife Direct kritisiert, die Regierung würde den Einsatz und Gebrauch von Pestiziden in der Praxis nicht streng genug kontrollieren. Sie verweist auf ähnliche Ereignisse in Amboseli im Januar, als sechs Löwen und 32 Geier auf bislang ungeklärte Art verstarben. „Wir müssen die Frage stellen, ob Gemeinschaften, deren Nutztiere sowie Konsumenten ausreichend geschützt sind“, so Kahumba. Sie verlangt eine unabhängige Untersuchung und verweist auf die Tatsache, dass eine Woche vor dem Bekanntwerden der toten Elefanten die kenianische Kontrollbehörde, zuständig für die Zulassung von Pestiziden, einen Bericht veröffentlicht hatte, wonach in den Jahren 2024 und 2025 knapp 30.000 Kilogramm Pestizide unregistriert ins Land eingeführt worden waren. Darunter können auch Zyanid-haltige Substanzen gewesen sein.

Hoffen auf einen normalen Winter

Die unterirdischen Gasspeicher sind deutlich leerer als vor einem Jahr. Reicht es, um Deutschland über die kalte Jahreszeit zu bringen?

Von **Hannes Koch**

Bis der Winter kommt, dauert es noch. Aber die Vorbereitungen laufen längst. Normalerweise wird der Sommer dafür genutzt, die Voraussetzungen zu schaffen, dass im Winter genug Brennstoff vorhanden ist. Erst kürzlich warnte der Gaskonzern Uniper jedoch, es werde zu wenig Erdgas eingelagert. Und tatsächlich sind aktuell nach Informationen der Bundesnetzagentur die unterirdischen Speicher für Heizgas gerade mal zur Hälfte gefüllt. 2025 waren sie Mitte August bereits zu zwei Dritteln voll. Damit drängt sich die Frage auf: Sollte oder muss die Regierung mehr tun, um Knappheit und einen Preisschock in der kalten Jahreszeit zu verhindern? Die unterirdischen Speicher spielen für die Versorgung eine wichtige Rolle. Dass sie sich zur-

zeit zwar nach und nach, aber eben langsamer als in früheren Jahren füllen, liegt unter anderem am Krieg zwischen den USA und Iran im Nahen Osten: Weil die Meerenge von Hormus auch für Gastanker größtenteils gesperrt ist, liegt der Weltmarktpreis des Rohstoffs so hoch, dass es sich für hiesige Händler kaum lohnt, jetzt Vorräte anzulegen. Das früher gewohnte Kalkül, billiger Einkauf im Sommer, Verkauf zu höheren Preisen im Winter, funktioniert also nicht mehr richtig. Aber wenn es bei der aktuellen Füllgeschwindigkeit bleibt, könnte es sein, dass dann zum traditionellen Beginn der Heizsaison Anfang Oktober weniger als 60 Prozent der Speicherkapazitäten genutzt sind. Im vergangenen Jahr waren es zu dem Zeitpunkt 76 Prozent. „Für durchschnittliche Winter“ sei die Versorgung zwar „abgesichert“, schätzt der Verband

„Große Gashändler müssten ihre Lieferzusagen an hiesige Kunden in Teilen mit eingespeicherten Gasmengen unterlegen“

Michael Kellner, Grüne

der Speicherbetreiber, „bei einem außergewöhnlich kalten Winter steigen die Risiken jedoch erheblich.“ Währenddessen gibt sich das Bundeswirtschaftsministerium unbeeindruckt. Ein Grund: Die Speicher sind nur eine Option, um ausreichend Gas zur Verfügung zu stellen. Hinzu kommen die permanenten Lieferungen durch Pipelines etwa aus Norwegen und den Niederlanden. Zusätzlich sind mitt-

lerweile vier Importterminals für verflüssigtes Erdgas an den Küsten von Nord- und Ostsee in Betrieb, eine fünfte Anlandestation eröffnet in Kürze. „Die Gasversorgung in Deutschland ist stabil und die Versorgungssicherheit gewährleistet“, schreibt eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums. „Aktuell ist auf dem Weltmarkt ausreichend Gas verfügbar, und es sind ausreichend Importmöglichkeiten vorhanden“, erklärt auch die Bundesnetzagentur. Sind die Sorgen also unangebracht? Michael Kellner sieht das nicht so. Der grüne Energieexperte und ehemalige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium schlägt vor, eine „Lieferantenverpflichtung“ einzuführen. „Große Gashändler wie Sefo oder Uniper müssten ihre Lieferzusagen für den kommenden Winter an hiesige Kunden mit einge-

speicherten Gasmengen unterlegen.“ Die Bundesnetzagentur solle kontrollieren, dass das auch wirklich passiere. Wirtschaftsministerin Katharina Reiche (CDU) will davon aber nichts wissen. Die Wintervorsorge sei die Aufgabe der Unternehmen und Händler. „Eine staatliche Befüllung der Speicher würde den Gasmarkt zusätzlich verknappen und Preise weiter in die Höhe treiben“,

schreibt die Sprecherin. Andererseits könnte aber auch genau diese Strategie des Abwartens zu hohen Gaspreisen im Winter führen. Wenn die zu geringen Vorräte dann zur Neige gehen, müssten die Unternehmen eventuell schnell und teuer nachkaufen. So oder so hängt Deutschland an der Preisentwicklung des Weltmarktes und an Entscheidungen im Krieg, die woanders getroffen werden.

Anzeige

taz ☘ blogs

Nicht zu fassen ... aber zu lesen.

Mutiges, Abseitiges und Tiefgründiges lesen
Sie auf den Blogs der taz: **taz.de/blogs**

Gazas Zukunft steht auf dem Spiel

Trump-Schwiegersohn und US-Gesandter Jared Kushner trifft erst Hamas-Vertreter in Kairo, dann Netanjahu in Israel

Aus Tel Aviv **Serena Bilanceri**

Es passiert sehr selten, dass sich US-Gesandte mit Vertretern einer Terrororganisation treffen. Doch genau das ist am Sonntag in Kairo passiert. In der ägyptischen Hauptstadt haben sich Jared Kushner, US-Sondergesandter für Friedensmissionen und Schwiegersohn des US-Präsidenten Donald Trump, sowie der Direktor von Trumps Board of Peace für Gaza, Nickolay Mladenov, mit Vertretern der Hamas und mit türkischen, ägyptischen sowie katarischen Unterhändlern getroffen.

Ziel der Gespräche war es, Trumps Plan für einen langfristigen Frieden in Gaza voranzutreiben. Dieser sieht das Ende aller militärischen Operationen in dem Küstenstreifen vor. Gleichzeitig soll die Terrororganisation Hamas, die im Gazastreifen de facto regiert, ihre Waffen vollständig abgeben, während sich die israelischen Truppen zurückziehen und eine zivile, palästinensische Regierung die Macht übernimmt.

Offiziell hatte die Hamas Ende Juli ihrer eigenen Entwaffnung zugestimmt. Und zwar zum ersten Mal seit ihrer Entstehung vor fast 40 Jahren. Der Prozess ist dennoch ins Stocken geraten. Israel greift weiterhin Ziele aus der Luft an und weigert sich,

Israels rechtsreligiöse Regierungskoalition sträubt sich gegen US-geführten Friedensplan

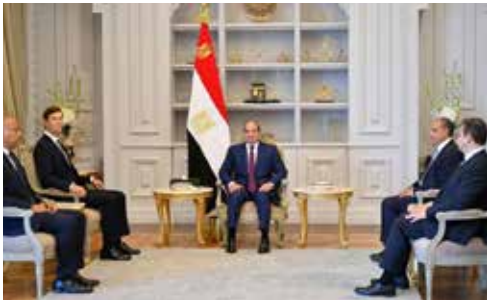
aus den besetzten Gebieten abzuziehen, solange die Hamas nicht vollständig entwaffnet ist. Die Regierung begründet dies mit Sicherheitsbedenken. Nahe der gelben Linie, die den Gazastreifen in zwei Zonen teilt, berichten israelische Soldat:innen von zunehmenden, militärischen Aktivitäten der Kämpfer.

Mindestens zwei Militante sind trotz Waffenruhe bei israelischen Luftangriffen in Khan Yunis und Nuseirat gestorben, mehrere Zivilist:innen wurden dabei verletzt, während die Gesandten ihre Gespräche in Kairo führten. Israels rechtsreligiöse Regierungskoalition sträubt sich gegen den US-geführten Friedensplan. Diplomatische Quellen sagten der Nachrichtenagentur Reuters am Sonntag, es sei unwahrscheinlich, dass die Regierung vor den Wahlen am 27. Oktober große Zugeständnisse bezüglich des Gazaplans macht.

Am Sonntag forderte die Hamas vom Board of Peace und den Unterhändler:innen, dass sie Israel dazu zwingen, von weiteren Verletzungen der Waffenruhe abzusehen. Auch solle Tel Aviv den Friedensplan einhalten.

Am Montag flogen Kushner und Mladenov dann weiter nach Israel, um den Premierminister zu treffen. Erst vor zehn Tagen hatte Netanjahu Trumps 15-Punkte-Plan offiziell abgelehnt. Zunächst die vollständige Entwaffnung, dann der Abzug, so Israels Position. „Sie haben Ideen – manche davon sind für uns akzeptabel, andere nicht –, und wir wissen, wie wir in diesen Fragen standhaft bleiben können“, so der Premierminister.

In Jerusalem sollen die politischen Vertreter zusammen mit Board-Mitglied Tony Blair darüber diskutieren, welche Punkte des Plans zunächst umsetzbar wären. Zum Redaktionsschluss waren die Verhandlungen noch im Gange.



Auf Mission des Schwiegervaters: Jared Kushner mit Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi am Sonntag
Foto: Presseamt ägyptische Regierung via reuters

Kongos Ebola-Ausbruch bricht alle Rekorde

In nur drei Monaten hat das tödliche Virus in der DR Kongo inzwischen mehr Tote gefordert als beim letzten großen Ausbruch, der zwei Jahre währte. Die Sterblichkeitsrate steigt an

Aus Kampala **Simone Schlindwein**

Die Schreckensmeldungen hinsichtlich des Ebola-Ausbruchs in der Demokratischen Republik Kongo nehmen kein Ende. Jetzt erklärte Kongos Gesundheitsministerium den aktuellen Ausbruch im Osten des Landes als schlimmsten in der kongolesischen Geschichte. Dies allein ist rekordverdächtig, denn seit den 1970er Jahren hat es allein in der DR Kongo, wo das tödliche Virus 1976 zuerst festgestellt wurde und nach einem kongolesischen Fluss benannt wurde, 17 Ausbrüche gegeben.

Nach dem amtlichen Lagebericht des Gesundheitsministeriums vom Montag sind in der laufenden Epidemie bis Sonntagabend 2.325 Ebola-Tote bestätigt worden, bei insgesamt 4.945 bestätigten Ebola-Infektionen. Damit übersteigt die Zahl der Todesopfer jene des Ebola-Ausbruchs der Jahre 2018 bis

2020, als im Osten der DR Kongo 2.299 von 3.381 Infizierten an der Seuche starben. Damals dauerte das fast zwei Jahre – der aktuelle Ausbruch ist gerade mal drei Monate alt.

Die Sterblichkeitsrate liegt demnach bei 47 Prozent – im Juni, in den ersten Wochen der Epidemie, waren es erst 20 Prozent. Sie erhöht sich stetig, warnen Experten, weil es immer weniger Menschen in die Behandlungszentren schaffen. 70 Prozent der Toten sterben zu Hause in ihren Betten, und dadurch stecken sich mit großer Wahrscheinlichkeit noch mehr Menschen in ihren Familien und Gemeinden an, vor allem wenn Familienangehörige in letzter Minute angesichts des Todeskampfes doch noch versuchen, sie in ein Gesundheitszentrum zu tragen.

Offiziell werden zwar über 85 Prozent aller Kontakte der Infizierten nachverfolgt, aber dies betrifft nur die bestätigten Infektionen, und angesichts der

hohen Dunkelziffer halten Experten die reale Nachverfolgungsquote für weit niedriger. Lediglich 730 Erkrankte werden in Gesundheitszentren und Isolierzentren in sechs Provinzen des riesigen Landes behandelt. Und nur 1.040 haben die Infektion mit dem hämorrhagischen Fieber bislang überlebt und gelten als geheilt.

Mittlerweile grassiert das Virus so schnell, dass alle 30 Minuten ein Mensch in Kongo daran stirbt. Durchschnittlich 100 neue Patienten täglich werden positiv getestet, damit nimmt die Verbreitung mittlerweile so rasant zu, dass Ebola-Experten nicht nur vom „tödlichsten“, sondern auch vom „schnellsten“ Ausbruch in der Geschichte sprechen.

Die Ursache für diesen Rekord liegt in der späten Entdeckung des Ausbruchs. Nach neuesten wissenschaftlichen Untersuchungen verstarben in der nordostkongolesischen Provinz Ituri, wo das Epizent-

rum der Epidemie inmitten eines Kriegsgebiets liegt, bereits Ende Januar die ersten Infizierten, der Ausbruch wurde jedoch erst Ende April von kongolesischen Ärzten gemeldet und erst am 14. Mai offiziell bestätigt und dann international ausgerufen.

Mittlerweile scheint der Ausbruch fast außer Kontrolle. Tom Fletcher, der Leiter des humanitären Hilfsprogramms der Vereinten Nationen in Genf, erklärte am Freitag: „Wir brauchen Schnelligkeit, Umfang und Solidarität, bevor dieses Virus uns noch weiter überrollt.“ Fletcher fordert die Weltgemeinschaft auf, mehr Maßnahmen zu ergreifen: „Wir dürfen nicht zulassen, dass das Virus unsere Gegenmaßnahmen überholt.“

Denn das Problem: Mittlerweile werden immer mehr Ebola-Fälle auch in denjenigen Provinzen im Norden der DR Kongo gemeldet, die an die Nachbarländer Südsudan und Zentralafrikanische Republik grenzen – beides Staaten, in welchen das Gesundheitssystem ähnlich marode und heruntergekommen ist wie in Kongo und wo die Sicherheitslage ähnliche Herausforderungen birgt.

Immerhin, in Uganda wurde der Ausbruch Ende Juli als beendet erklärt. Dort hatte es 20 Fälle gegeben, die alle aus dem Nachbarland Kongo eingeschleppt waren, zwei der Infizierten starben. Uganda hatte daraufhin die Grenzen offiziell geschlossen, nur Hilfskonvois dürfen passieren. Die Weltgesundheitsorganisation WHO meldet jedoch am Freitag, dass die Bedrohungslage für Uganda noch nicht vorüber sei. Das Virus könnte in Anbetracht der derzeitigen Lage zurückkommen.



Eher die Ausnahme: Ordnungsgemäße Bestattung eines Ebola-Toten in Bunia, Hauptstadt der kongolesischen Provinz Ituri. In den entlegenen Dörfern funktioniert das nicht
Foto: XinHua/dpa

Am Straßenrand verfaulen die Toten

Ein Fährunglück auf dem Kariba-See zwischen Simbabwe und Sambia fordert mindestens 92 Tote. Opposition und Anwohner kritisieren die Regierung

Aus Harare **Marcus Mushonga**

Die Todeszahlen steigen, zahlreiche Menschen werden noch vermisst. Bis Sonntagabend sind 92 Tote aus dem Karibasee an der Grenze zwischen Simbabwe und Sambia geborgen worden, nach dem Sinken des Passagierschiffs „Mbuya Nehanda“ am vergangenen Dienstag. Taucher suchen immer noch in 90 Meter Tiefe im kalten Wasser nach ermissten.

Die gesunkene Fähre „Mbuya Nehanda“ ist nach einer anticolonialen Widerstandskämpferin des 19. Jahrhunderts benannt. Ihre Havarie ist eines der schlimmsten Unglücke in der Geschichte der Region. Der Kariba-See liegt gut 350 Kilometer nördlich der simbabwischen Hauptstadt Harare am Sambesi-Fluss oberhalb einer Talsperre aus britischer Kolonialherrschaft, und mit einer Länge von 223 Kilometern auf bis zu 40 Kilometern Breite ist er vom Volumen her das größte künstlich geschaffene Gewässer der Welt.

Politiker reisten am Wochenende an die Unglücksstelle, aber die Besuche waren von Kontroversen gezeichnet. Die Abgeordnete Mutsa Murombedzi stellte fest, dass die Straße von der Stadt Kariba in den Ort Mola, aus dem die meisten Toten stammen, lang und schlecht ist.

„Am Wegesrand verfaulen die Leichen nach mehreren Tagen im Was-

ser“, berichtete sie. Manche Toten würden nach Kariba transportiert und dort beigesetzt, weit weg von ihren Angehörigen, kritisierte sie: „Wir rufen den Staat auf, Hubschrauber zu schicken, damit die Opfer transportiert werden können und dort beigesetzt werden, wo sie hingehören, in Respekt, Tradition und Würde.“

Die Bevölkerung der Region war wütend, als sie sah, wie Regierungsangehörige in Luxusautos und edler Kleidung eintrafen, statt für die Menschen vor Ort etwas zu tun. Für jedes Opfer des Unglücks, sowohl Tote als auch die nächsten Angehörigen, gibt es von der Regierung 100 US-Dollar, kündigte Rodwell Mtetwa an, Entwicklungs koordinator des Distrikts Kariba und Vorsitzender des lokalen Zivilschutzes.

Ein „Witz“ und eine „Beleidigung trauernder Familien“ sei dies, sagte Jacob Ngarivhume, Anführer der christlichen Oppositionsgruppe Transform Simbabwe. „Jede Hilfe ist willkommen, aber die 100 Dollar sind nichts gegen die Millionen, die an Promis, Pastoren und Personen mit guten Connections gehen.“ Er meinte damit den umstrittenen Geschäftsmann Wicknell Chivhayo, eng mit Simbabwes Regierungspartei Zanu-PF (Zimbabwe African National Union-Patriotic Front), verbunden, der seit zwei Jahren Luxusautos an Oppositionspolitiker, Kirchenführer, Musiker, Sicherheitsoffizi-

elle und Prominente verschenkt, damit sie regierungsfreundlicher sind.

Am vergangenen Sonntag war Chivhayo zusammen mit Simbabwes Präsident Emmerson Mnangagwa in bester Stimmung auf einer Konferenz der Masowe-Pfingstkirche zu sehen, bevor Mnangagwa nach Südafrika aufbrach. Ein Sprecher des Präsidenten nannte Kritiker Mnangagwas jetzt „eine Kakophonie von Pseudoexperten mit ihrer unerwünschten Expertise“ und forderte: „Tragödien sollten uns in Barmherzigkeit und Verantwortung vereinen, statt uns durch politische Schuldzuweisungen und Spekulationen zu spalten.“

Der Präsident hatte zuvor den Notstand ausgerufen, um die Finanzierung der Rettungsarbeiten im Karibasee sicherzustellen und die Krankenhausrechnungen der Überlebenden sowie die Unterbringung von Angehörigen der Toten zu bezahlen.

Jameson Timba, ehemaliger Minister und Mitglied des Oppositionsbündnisses CCC (Citizens Coalition for Change), wies darauf hin, dass die gesunkene Fähre für 40.000 US-Dollar hätte repariert werden müssen, aber dies sei nicht getan worden. „Das ist weniger als der Preis eines einzigen Toyota Fortuner, wie ihn Abgeordnete erhalten haben, um für die jüngste Verfassungsänderung CAB3 zu stimmen“, sagte er.

CAB3 steht für das kontroverse Gesetz „Constitution of Zimbabwe Amendment (No. 3) Act“, das die Direktwahl des Präsidenten durch das Volk abschafft und seine laufende Amtszeit verlängert. „Vielleicht hätten Menschenleben gerettet werden können, wenn die öffentliche Sicherheit und essenzielle Infrastruktur Vorrang vor politischer Patronage hätten“, so Timba. Erst im vergangenen Monat war im Verkehrsausschuss des Parlaments die Unterfinanzierung der Wasserwege Simbabwes und in ihrer Infrastruktur ein Thema. In diesen Bereich fließen nur 3 Prozent des Verkehrsetats.

Das gesunkene Schiff „Mubaya Nehanda“ war die einzige Direktverbindung aus der Stadt Kariba in die entlegenen Dörfer am Seeufer. 90 Passagiere waren zugelassen, aber Berichten zufolge waren bis zu 153 Menschen an Bord, als es sank. Der Kapitän ignorierte offenbar auf seiner 45 Kilometer langen Strecke, die 5 Stunden dauern sollte, die starken Winde, die das Schiff schließlich kentern ließen. Das älteste Opfer war 61 Jahre alt, das jüngste ein einjähriges Baby.

„Die kleinsten Särge sind am schwersten zu tragen“, sagte Parlamentarierin Mutsa Murombedzi bei der Beerdigung eines vierjährigen Kindes. „Überall gibt es Beerdigungen. An jeder Ecke stößt man auf Särge. Das Leiden hier ist so schwer.“



Lula auf Abschiedstour, ein letztes Mal im (Wahl)kampf gegen Bolsonaro
Foto: Alexandre Meneghini/reuters

Lulas letzte Runde

Mit Großkundgebungen beginnen Brasiliens Präsident Lula da Silva und Herausforderer Flávio Bolsonaro den Wahlkampf. Es wird eine Richtungsentscheidung

Aus Salvador da Bahia
Christine Wollowski

Bei strahlender Sonne spricht der brasilianische Präsident Lula da Silva an diesem Sonntag in São Bernardo do Campo im Großraum São Paulo vor einer begeisterten Menge von mindestens 20.000 Menschen. Weiß gekleidet und mit Panamahut durchmisst der 80-jährige federnden Schrittes den roten Laufsteg durch die Massen. Genau hier wurde Lula Ende der 1970er Jahre als großer Streikführer landesweit bekannt.

Einen Großteil seiner Rede widmet er vergangenen Erfolgen. Seine 21 Jahre jüngere Ehefrau Janja singt im Duett mit dem evangelikalen Sänger und Pastor Kleber Lucas ein Stück über den Aufstieg des Mannes aus dem Volk. Danach tritt eine Hip-Hop-Tanzgruppe zu einem Kampagnenrap auf: geschickte Signale an Pfingstkirchler und Jungwähler – Gruppen, bei denen Lula bisher nicht so gut abschneidet.

Rund 400 Kilometer entfernt lauschen bei bedecktem Himmel über dem Strand von Copacabana einige Tausend Anhänger den Worten von Lulas wichtigstem Herausforderer, Flávio Bolsonaro. Der 45-Jährige wechselt zwischen Opferrolle und demonstrativem Selbstbewusstsein, mit Aussagen wie „Ihr habt schon gemerkt, alle sind gegen mich!“ einerseits und Behauptungen wie „Ich bin mehr als bereit dafür, dieses Land zu kommandieren!“ andererseits.

Auch gegen ihn sei ein Messerattentat geplant gewesen, ähnlich wie einst gegen seinen Vater, behauptet der Senator in Rio de Janeiro, nennt die amtierende Regierung eine „Gefahr für die Demokratie“ und die bevorstehende Wahl eine „Entscheidung für die nächsten 45 Jahre“.

Am 4. Oktober wird in Brasilien gewählt, und seit diesem Sonntag tobt nun ein politischer Richtungskampf zwischen Mittel-links und der extremen Rechten. Auf der einen Seite steht der aus armen Verhältnissen im Nordosten stammende Lula, der sich trotz geringer formaler Staats-

amt hochgearbeitet und seine Nähe zum Volk zum zentralen Teil seiner politischen Identität gemacht hat.

Auf der anderen der politische Erbe Flávio Bolsonaro, mit dessen Kandidatur die Familie versucht, die Marke Bolsonaro trotz der Verurteilung des ehemaligen Präsidenten am Leben zu halten. Der ultrarechte Jair Bolsonaro wurde für den Putschversuch im Januar 2023 zu 27 Jahren und drei Monaten Haft verurteilt und sitzt zurzeit im Hausarrest. Bei seiner Nominierung zeigte Flávio den Erzeuger desweilen als KI-Avatar auf einem Bildschirm, nun wird gerichtlich geprüft, ob das legal war.

Von den weiteren 11 Kandidaten sind nur eine Handvoll als eventuelle Bündnispartner bei einer wahrscheinlichen Stichwahl relevant. Für den ersten Wahlgang konnte Lula mit seiner Arbeiterpartei PT ein weites Spektrum der Parteien links der Mitte hinter sich versammeln. Trotz erheblicher Spannungen innerhalb der Regierung hat zudem die Partnerschaft mit seinem früheren konservativen Kontrahenten Geraldo Alckmin gehalten, der 2026 als Vize bereitsteht und schon 2022 mit Lula eine breite demokratische Front gegen Jair Bolsonaro gebildet hatte.

Der Bolsonaro-Sohn wird dagegen nur von der eigenen Partei PL unterstützt: Ein Streit mit der bei Pfingstkirchlern und konservativen Frauen beliebten Stiefmutter Michelle, sowie die Nähe zum inhaftierten Masterbank-Gründer Daniel Vercaro haben ihre Schatten geworfen. Nachdem Bolsonaro junior zeitweise in Umfragen vorne lag, zeigen neueste Werte des Instituts Quaest Lula im ersten Wahlgang mit 38 gegen 31 Prozent vor Flávio und im zweiten mit 43 gegen 40 Prozent.

Vor allem punktet Lula unter Wählern mit Einkommen von maximal zwei Mindestlöhnen, Absolventen eines mittleren Schulabschlusses, Schwarzen und anderen nichtweißen Wählern, Katholiken und generell im Norden, Nordosten und mittleren Westen. Bei Pfingstkirchlern, Besserverdienenden sowie im Süden und Südosten

ist Flávio Bolsonaro weiterhin beliebter.

Die brasilianische Richtungswahl ist nicht nur innenpolitisch wichtig: In Lateinamerika gehört das Land unter Lula neben Mexiko zu den wichtigsten verbliebenen links regierten Staaten. Venezuela steht seit der US-Intervention und der Festnahme Maduros unter massivem Einfluss Washingtons, auch in Ecuador und Chile regiert die Rechte. In Argentinien und Paraguay haben die USA unter Trump dazu beigetragen, dass sich in den letzten Wahlen die rechten Populisten Milei und Santiago Peña ins Amt wählen lassen konnten. In Peru gewann soeben die konservative Keiko Fujimori und in Kolumbien ist seit 7. August Abelardo da Espriella im Amt – damit hat sich der politische Schwerpunkt in süd- und mittelamerikanischen Ländern innerhalb weniger Jahre deutlich nach rechts verschoben.

Die Lula-Regierung befürchtet auch in Brasilien eine indirekte US-Einflussnahme auf die Wahlen, etwa über die verhängten Strafzölle oder die Aberkennung des Visums der brasilianischen Botschafterin in Washington. Das Nachrichtenportal „The Intercept“ berichtet außerdem über Treffen von US-Diplomaten mit bolsonarotreuen InfluencerInnen und dem Plan Washingtons, Abgesandte nach Brasilien zu schicken, um das System, der elektronischen Urnen vor der Wahl anzugreifen.

Der Aufstieg der Rechten in Lateinamerika gilt vor allem als Antwort auf die wachsende Kriminalität und die scheinbare Unfähigkeit der Linken, damit umzugehen. Wie schon sein Vater sucht Flávio Bolsonaro die Nähe Trumps. Er war ursächlich daran beteiligt, dass Trump die brasilianischen Drogenkartelle PCC und Comando Vermelho zu terroristischen Vereinigungen erklärte. Eine Kategorisierung, die im Extremfall ein militärisches Eingreifen der USA in Brasilien rechtfertigen könnte.

Und so präsentiert sich Lula heute als Retter der nationalen Souveränität gegenüber dem Gegner, der Brasilien „den USA aushändigen will“, und steht an-

sonsten für den Sozialstaat, für multilaterale Außenpolitik und pragmatische Wirtschaftspolitik.

Bolsonaro verspricht das Ende von Kriminalität und Korruption, obwohl er selbst im Zusammenhang mit Zahlungen des Masterbank-Gründers Vercaro unter Korruptionsverdacht steht. Ansonsten geht es bei beiden um Wirtschaft und Inflation. Und bei Lula außerdem um Bildung, Gesundheit, Versorgung von Senioren, Schutz für Frauen und soziale Gerechtigkeit.

Innenpolitisch kann Lula trotz der ständigen Grabenkämpfe mit einem von der Agrarlobby dominierten Kongress greifbare Erfolge vermelden. Dass die Entwaldungsraten im Amazonasgebiet und in der brasilianischen Savanne drastisch gesunken sind, interessiert womöglich Europa mehr als die Brasilianer. Doch die von 9,3 im Jahr 2022 auf den historischen Tiefstand von 5,4 Prozentpunkten im Juni 2026 gefallenen Arbeitslosenquoten und die Steuerbefreiung für Einkommen von bis zu 5.000 Real monatlich betreffen weite Teile der Bevölkerung.

Im Auftakt am Sonntag beschränkte sich Lula auf die Aufzählung seiner Erfolge, Bolsonaro wettete einigermaßen sanft gegen den „unfähigen, korrupten“ Gegner. Dreckige Wäsche wird wohl erst später gewaschen. Im Wahlkampf 2022 hatte vor allem der zweite Bolsonaro-Sohn Carlos über Social Media massenweise Fake News über Lula verbreitet. Etwa, dass Lula Pfingstkirchen verbieten oder in Schulen pornografisches Unterrichtsmaterial verbreiten würde, um Homosexualität zu fördern.

Fake News sind auch in diesem Wahlkampf eine große Herausforderung, das oberste Wahlgericht hat bereits strenge Richtlinien dazu aufgelegt. Das seit 2022 kursierende Gerücht, Lula sei gestorben und durch Doppelgänger oder Klone ersetzt worden, ist wohl nicht mehr auszurotten: In einer aktuellen Umfrage von Meio/Ideia sind weniger als 60 Prozent der Befragten sicher, dass es sich dabei um eine Falschmeldung handelt.

hitzschlag

„Grausam heiße Tage“ in Japan

Kein Land entwickelt so viele kreative Ideen wie Japan, um mit der Hitze klarzukommen. Ein Überblick über japanische „Hitze-Gadgets“

Aus Tokio **Martin Fritz**

Wenn in der zweiten Julihälfte die Regenzeit zu Ende geht, die Hortensien verwelken und die Zikaden anfangen zu zirpen, dann beginnt in Japan der ultraheiße Sommer. Schon bald kippen dann die ersten Menschen wegen extremer Hitze um.

Das Wetteramt führte in diesem Jahr extra die Bezeichnung „grausam heiße Tage“ ein, wenn die Temperaturen über 40 Grad steigen, nachdem die Inselnation im Vorjahr den heißesten Sommer aller Zeiten erlebt hatte. Die hohe Luftfeuchtigkeit gefährdet die Gesundheit zusätzlich. Vergangene Woche verzeichneten sechs Städte fünf „grausam heiße Tage“ hintereinander. Über 11.000 Menschen mussten in Notambulanzen versorgt werden.

Klimaanlagen in Wohnungen, Häusern, Büros und Geschäften sind in Japan weit verbreitet. Aber wenn die Stadtbewohner ihre Wohnungen verlassen, lassen sie sich alles Mögliche einfallen, um den urbanen Glutofen zu überleben. Zu ihrem Glück stehen zahllose Anti-Hitze-Gadgets bereit, die sie kühl halten oder ihnen zumindest für einen kurzen Moment Erleichterung von der Hitze verschaffen.

Viele tragen zum Beispiel einen Plastikring mit gefrorenem Gel um den Hals, wischen sich mit einem Kühltuch den Schweiß von der Stirn und blasen sich mit einem Taschenventilator Wind ins Gesicht. Geschäfte verteilen Plastikfächer und tiefgefrorene Stofftücher.

Unter dem Motto „Cool Biz“ dürfen Büroarbeiter von Mai bis September auf Anzugjacke und Krawatte verzichten, kurzärmelige Hemden und neuerdings auch Shorts tragen. Man will Energiekosten sparen, weil Büro- und Geschäftsräume so weniger gekühlt werden müssen.

Aber Arbeitgeber stehen auch in der Pflicht, gegen Hitze vorzusorgen. Seit Juni 2025 müssen sich Mitarbeiter über die Gefahren einer Hyperthermie aufklären, Warnsysteme einrichten und Notfallpläne aufstellen. Unter die Vorschriften fallen alle Unternehmen, deren Mitarbeiter mehr als eine Stunde am Stück oder mehr als vier Stunden täglich bei über 31 Grad Außentemperatur arbeiten müssen.

Weit verbreitet sind „klimatisierte Textilien“: Ein eingenahter Ventilator bringt die Luft in Hemden, Jacken und Hosen zum Zirkulieren. Das funktioniert gerade im feuchtheißen Klima von Japan gut, weil der Luftstrom den Schweiß auf der Haut rascher trocknet und der Körper dann mehr Wärme abführen kann.

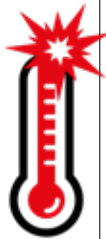
Die Batterieladung reicht auf stärkster Stufe für einen Achtstundentag. Das Unternehmen Kuchofuku – wörtlich „Klimaanlagen-Kleidung“ – erfand solche Textilien bereits vor über zwanzig Jahren für Bauarbeiter, Auslieferer und andere Beschäftigte, die im Freien in glühender Hitze arbeiten müssen.

„Wenn wir die Hitzewelle mit Klimaanlagen bekämpfen, dann verbrauchen wir mehr Energie“, erklärte Firmenchef Hiroshi Ichigaya. „Daher ist es vernünftiger, wenn wir die Kühlung nur für die Stellen verwenden, wo wir sie brauchen.“ Diese „Klimakleidung“ erobert mittlerweile auch den Freizeitsektor.

Erfinder Kuchofuku baut die kleinen Gebläse auch in Sitzkissen, Rucksäcke und Betten ein. Die Kehrseite dieser simplen Technik besteht darin, dass die Gebläseluft die Kleidung aufplustert und ihre Träger die klobige und unförmige Gestalt eines Michelin-Männchens annehmen lässt.

Die Textilkette Uniqlo vermarktet unter dem Namen „Airism“ Kleidungsstücke aus einem besonders schnell trocknenden Textilstoff des Kunststoffspezialisten Toray. Das Material und seine Verarbeitung vermitteln der Haut einen kühlenden Eindruck. Den Erfolg von Uniqlo konterten seine Textilrivalen in Japan mit Unterhemden, Unterhosen und Socken aus anderen Wunderstoffen.

Inzwischen sind diese Materialien sogar ins Schlafzimmer einzogen – von Matratzenauflagen bis hin zu Bettlaken und Kissenbezügen versprechen sie ein kühleres Schlaferebnis. Alternativ besprühen die Japaner ihre normale baumwollene Kleidung aus Dosen mit einer Chemikalie, die auf dem Stoff verdunstet und dabei ein Kältegefühl erzeugt.





debatte

Die Russen rüsten um

Trotz aller jüngsten Mutmaßungen dürfte die Ukraine den brutalen Angriffskrieg Russlands nicht gewinnen können. Putins Regime hat dazugelernt

Noch Ende Juni wähten der stellvertretende US-Außenminister Jeremy Levin und Bundeskanzler Friedrich Merz die Ukraine schon auf der Straße des Sieges. Entsprechende Vermutungen schienen nicht ganz unberechtigt. Die russische Bodenoffensive in der Ukraine war gescheitert, Kyjiw hingegen hatte Erfolge bei Angriffen mit Drohnen großer und mittlerer Reichweite zu verbuchen. Doch so einfach ist es nicht: Die vergangenen drei Monate haben zu einer brutalen Eskalation geführt, die nicht nach einem Sturm vor der Ruhe aussieht. Ende Juni hatte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj eine 40-tägige Operation angekündigt, um Russland an den Verhandlungstisch zu zwingen. Doch auch das ist bislang nicht von Erfolg gekrönt.

Russland hat alte Fliegerbomben zu gelenkten Munitionstypen mit Gleitmobil umfunktioniert

Laut UN-Daten verzeichnete die Ukraine in diesem Mai mit 274 Toten jeden Monat im Vergleich zum Jahresbeginn einen heftigen Anstieg ziviler Opfer. Der Juni war mit 293 Toten der blutigste Monat seit April 2022. Im Juli waren sogar 437 Getötete zu beklagen. In den Sommermonaten wurden mehrere Tausend Zivilisten verletzt. Die Ukraine hat ihre Patriot-Raketenbestände ausgeschöpft. Demgegenüber haben die Russen dazu gelernt – und rüsten völlig veraltete, ausgemusterte Flugabwehrraketen so um, dass die sogar Kyjiw erreichen. Darüber hinaus hat der Aggressor alte Fliegerbomben in noch größerem Ausmaß zu gelenkten Munitionstypen mit Gleitmodul umfunktioniert. Die russische Luftwaffe wirft diese Bomben zunehmend aus sicherer Entfernung ab und muss so nicht mehr verstärkt mit Bodentruppen vorrücken. Dennoch bleiben die Verluste für die ukrainische Armee an der Front weiterhin hoch.

Hinzu kommt, dass ein wachsender Teil der Ukrainerinnen und Ukrainer den Eindruck hat, das Mobilisierungspotenzial des Landes sei erschöpft. Davon zeugen Gewaltausbrüche von zunehmend radikal agierenden Zivilisten gegen Regierungsvertreter. Der brisanteste Vorfall ereignete sich Anfang Juli in der westukrainischen Stadt Lwiw. Zwischen Anwohnern und dem Personal eines Rekrutierungszentrums kam es zu handfesten Auseinandersetzungen. Bis zu 200 Menschen stellten sich dem Militär und der Polizei entgegen. Diese war angerückt, um die Menge zu beruhigen. Aber die aufgeregten Menschen stürzten einen Militärkleinbus um.

Laut den Angaben eines Kyjiwer Anwalts, der auf die Verteidigung von Männern im wehrpflichtigen Alter und von aktiven Militärangehörigen spezialisiert ist, hätten die Razzien zur Erfassung von Männern im Sommer selbst in der Hauptstadt ein beispielloses Ausmaß angenommen. In den östlichen Stadtbezirken seien wahllos alle aufgegriffen worden: Männer mit Aus-

nahmegenehmigungen oder Zurückstellungen von der Wehrpflicht, Menschen mit Behinderungen sowie Reserveoffiziere, die älter sind als 50 Jahre.

Darüber hinaus seien Personen nicht wie früher vom Militär, sondern mittlerweile häufig auch von Polizeibeamten festgesetzt worden. Die Betroffenen seien aber nicht in Rekrutierungszentren, sondern in Untersuchungshaft gebracht worden. Dort wurden sie mitunter fünf Tage lang festgehalten, nur um ihre Identitäten festzustellen. Das Gesetz sieht hierfür lediglich drei Tage vor. In den Hafteinrichtungen wurden die Männer untersucht, um ihre Diensttauglichkeit festzustellen. Ein Zeuge berichtete, wie Reservisten im Rang eines Polizeimajors als einfache Soldaten an die Front gesendet wurden, weil sie keinen Offiziersrang der ukrainischen Armee hatten. All das sorgt für zusätzlichen Unmut.

Dass sich viele Ukrainer dem Dienst in der Armee zu entziehen versuchen, ist nachvollziehbar. Und genau darin liegt Kyjiws Dilemma. Denn trotz der Unterstützung durch die westlichen Staaten führt das Land bereits seit über viereinhalb Jahren einen Kampf auf Leben und Tod gegen das flächenmäßig größte Land der Erde – allein und quasi im direkten Duell.

Eine Nachricht, die die Bürgerinnen und Bürger der noch jungen Demokratie kürzlich erreichte und zusätzlich für Bestürzung gesorgt haben dürfte, schaffte es übrigens nicht in die deutschen Medien: Die derzeit von Kyjiw kontrollierten Landesteile der Ukraine zählen inzwischen nur noch 22 bis 25 Millionen Einwohner. Bis 2025 schätzten die Behörden etwa 29 Millionen. Diese Zahlen nannte unlängst der ukrainische Sozialminister Denys Uljutin. Demgegenüber leben in Russland und in den von Putin annektieren ukrainischen Gebieten, darunter die Krim, über 140 Millionen Menschen – circa sechsmal so viele.

Doch auch für den Kreml läuft es allenfalls mäßig. Angesichts der zunehmenden Zahl ukrainischer Angriffe auf russische Luftabwehrsysteme, militärische Einrichtungen und Ölraffinerien, darunter in Moskau, St. Petersburg, Sibirien, wird deutlich, dass Putin den technologischen Rüstungswettlauf gegen den Westen allmählich verliert. Putins Zustimmungswerte in der Bevölkerung sind gesunken – der Mangel an Benzin ist dafür lediglich ein Grund. Dennoch liegt der Zuspruch für den Staatschef weiterhin noch bei über 60 Prozent. Zudem berichtete der ukrainische Nachrichtendienst, dass bereits im kommenden Herbst erneut nordkoreanische Soldaten in den russischen Grenzregionen stationiert werden sollen, diesmal könnten es Zehntausende sein. Sie sollen für direkte Angriffe vorgesehen sein, oder zumindest, um die in die Ukraine gesendeten russischen Truppen aufzufüllen.

Unterm Strich bleibt: Selbst schmerzhafteste Angriffe der Ukraine auf die kritische Infrastruktur und militärische Ziele in Russland werden in absehbarer Zeit nicht zu einem Waffenstillstand, geschweige denn zu ernstzunehmenden Friedensverhandlungen führen. Tod und Zerstörung gehen weiter. Ein Ende des Krieges ist nicht in Sicht.



Alexander Gogun wurde 1980 in Russland geboren, ist Militärgeschichtler und Totalitarismuskritiker und lebt in Berlin. Sein aktuelles Buch „Durchdachte Weltuntergang: Wie Stalin den Dritten Weltkrieg vorbereitete“ wurde bisher unter anderem in Estland und der Ukraine veröffentlicht.

Gilda Sahebi über den Suizid von Jason Arday

Rassistische Pfade

Nicht viele Menschen werden von William O'Reilly gehört haben. O'Reilly, Cambridge-Professor, wurde 2023 beschuldigt, von seinen Studierenden abgeschrieben zu haben. Er blieb im Amt, die Plagiate sollen keine Absicht gewesen sein. Nicola Morrison, ebenfalls Cambridge-Professorin, die 2010 plagiiert hat, behielt ihre Professur ebenfalls; kein großes Aufheben, sie entschuldigte sich. Zwei von vielen Fällen weißer Professor:innen, die plagiiert haben. Plagiate sind im akademischen Betrieb nichts Außergewöhnliches. Das ist schön, ändert daran aber nichts.

Bei Jason Arday, jüngster Schwarzer Professor in der Geschichte der britischen Eliteuniversität Cambridge, lief es anders. Nachdem ein Wissenschaftler, der dafür bekannt ist, dass er die Intelligenz eines Menschen seinen Genen und damit der „Rasse“ zuschreibt, einen Blogartikel über mutmaßliche Plagiate von Arday verfasste und dessen Lebensgeschichte in Zweifel zog, brach ein medialer Feuersturm über ihm zusammen.

Jason Arday gab seine Stelle auf. Ende vergangener Woche wurde er tot aufgefunden.

Seine Familie berichtet, dass Arday seit seiner Ernennung einer „anhaltenden Hetzkampagne“ ausgesetzt gewesen sei. Jolyon Maugham, Gründer der NGO Good Law Project, der Arday kannte, sagt, dass er Medien wie den *Guardian* immer wieder gewarnt hatte, dass Jason in einem gefährdeten Zustand war, sie aber sogar dann weiter berichteten, nachdem er die Universität verlassen hatte.

Jason Arday hatte Autismus und konnte als jugendlicher wahrscheinlich lange Zeit weder lesen noch schreiben. Er schaffte es bis zur Professur in Cambridge. Diese außergewöhnliche Lebensgeschichte wurde bespuckt von Medien, die ihren eingefahrenen, rassistischen Pfaden folgten und Schlagzeilen produzierten, die Hass entfachten. Man könnte sich wünschen, dass daraus Nachdenklichkeit erwachsen würde. Aber darauf würde man vergeblich hoffen.

Lukas Wallraff zu AfD-Verbots-Forderungen kurz vor Wahlen

Jetzt erst recht?

Jetzt fängt auch noch Cem Özdemir damit an, kurz vor den Landtagswahlen über seine Sympathie für ein AfD-Verbotsverfahren zu reden – so wie vor ihm schon SPD-Chef Lars Klingbeil und die Berliner Linkspartei auf ihren Wahlplakaten. Der Grüne, der Sozialdemokrat und die Berliner Linke bekommen für ihre Verbotsvorschläge zwar sicherlich viel Zustimmung – aber wohl nur bei Leuten in den eigenen Reihen, die ohnehin niemals AfD wählen.

Wäre es vor den Wahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern nicht viel wichtiger, wenigstens den Versuch zu unternehmen, die vielen Menschen dort anzusprechen, die mit der Regierungspolitik in Bund und Ländern unzufrieden sind und die deshalb mit dem Gedanken spielen, erstmals die AfD zu wählen, damit sich aus ihrer Sicht wirklich mal was ändert? Wer dieses wachsende Bedürfnis, das sich in den steigenden Umfragewerten der AfD ausdrückt, zu Recht für eine große Gefahr für die Demokratie hält, müsste sich gerade

jetzt dringend bemühen, die Stimmberechtigten doch noch von der Wahl einer demokratischen Partei zu überzeugen. Das geht aber nur mit guten Argumenten und konkreten Angeboten.

Wie das funktionieren kann, hat die Linke Heidi Reichinnek vorgemacht, die im letzten Bundestagswahlkampf vor allem auf Sozialpolitik setzte. Auch in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern bemühen sich viele LandespolitikerInnen, die AfD mit eigenen Ideen zu bekämpfen. Was ihnen dabei kaum helfen dürfte, sind autoritäre Zwischenrufe aus Berlin und Stuttgart.

Ob das Verbot einer Partei, die in manchen Bundesländern auf mehr als 40 Prozent kommt, langfristig der richtige Weg sein kann, um die Demokratie zu retten, lässt sich ohnehin bezweifeln. Bei vielen Ostdeutschen, die sich sowieso schon viel zu oft vernachlässigt und belehrt fühlen, könnten die Drohungen aus dem Westen kurz vor der Wahl den letzten Ausschlag geben, um nun erst recht die AfD zu wählen.

Sven Hansen zum Militärmanöver USA-Südkorea

Trumpische Besserwisserei

Auf der koreanischen Halbinsel ist es in Jahrzehnten weder gelungen, das Risiko eines erneuten Ausbruchs des Korea-Krieges substanzvoll zu reduzieren, noch Nordkoreas Atombewaffnung zu verhindern. Was auch versucht wurde, nichts hat Nordkoreas Regime auf einen Verhandlungsweg bringen können. Vielmehr besteht heute kein Zweifel mehr daran, dass Pjöngjang inzwischen über Atomwaffen verfügt. Das Regime dort hat nicht nur Hungersnöten und Sanktionen auf Kosten seiner Bevölkerung getrotzt, sondern erlebt derzeit einen Wirtschaftsboom infolge russischer Milliardenzahlungen für Pjöngjangs Hilfe im Ukraine-Krieg.

Neue Lösungsansätze beim Korea-Konflikt sind also begrüßenswert. Dazu sollte es auch gehören, die jährlichen Manöver von Streitkräften der USA und Südkoreas zu prüfen. Doch US-Präsident Donald Trumps einseitiges Vorgehen weckt den Verdacht, dass es ihm gar nicht um Friedenssicherung geht. Vielmehr möchte er offenbar Südkoreas liberaler Regierung eins auswischen. Da Trump mit Süd-

koreas Präsident Lee Jae Myung über Kreuz liegt, bekommt das jetzige Zurückfahren des US-Engagements den Charakter einer finanziellen Drohung.

Da Trumps Ankündigung am Tag des Manöverbeginns erfolgte, ist sie zunächst lediglich ein einseitiger Sturm im Wasserglas. Denn am diesjährigen Manöver ändert sich nichts. Eine aussichtsreiche Friedenspolitik basiert aber nicht auf einseitigen und selbstherrlichen Social-Media-Posts, sondern auf einer abgestimmten Strategie, die mit vertrauensbildenden Maßnahmen beginnt und Schritt für Schritt auf Gegenseitigkeit aufbaut.

Dabei sind Gipfeltreffen, wie Trump sie bereits dreimal mit Nordkoreas Machthaber hatte, kein Selbstzweck. Vielmehr sollten sie am Ende eines Verhandlungsprozesses stehen. Trumps jetzige Ankündigungen lassen jede Konsistenz und Ernsthaftigkeit vermissen. Sie nähren in ihrer Stümperhaftigkeit den Verdacht, dass es ihm in erster Linie um eigene Besserwisserei und um Ablenkung von eigenen Misserfolgen geht.

der tag 2

EXKLUSIVES ANGEBOT

für taz-Abonnent:innen

39,60 Euro für ein Jahr

Le Monde diplomatique auf Papier:

Jetzt bestellen und jeden Monat

LMD direkt zugeschickt bekommen



**MEHR
ERFAHREN**

taz 

Deutsche Ausgabe

+ LE MONDE *diplomatique*

von Carolina Schwarz

Es ist gut, dass ich keinen Führerschein habe, denke ich oft. Fürs Klima klar, aber vor allem für den Verkehr – und für mein Gemüt.

Eigentlich würde ich mich als relativ gelassenen und friedfertigen Menschen beschreiben, aber im Straßenverkehr werde ich zur Furie. Wenn mir jemand als Radfahrer die Vorfahrt nimmt, ist ein fassungsloses Kopfschütteln nur der Anfang. Ich hebe auch mal meinen Mittelfinger oder meine Stimme, schnell rutscht mir ein lautes „Du Pisser!“ raus. Manchmal versuche ich auch Autofahrer:innen zu erziehen, in dem ich im Schneckentempo vor ihnen her fahre. Und wenn ich mich richtig ärgere, hole ich meine größte Waffe aus meiner Tasche: mein Smartphone.

Erst kürzlich versuchte ein Transporter von einem Supermarktparkplatz auf die Straße zu fahren und verstellte dabei den kompletten Fahrradweg. Während ich auf ihn zu fuhr, schüttelte ich nur stumm mit dem Kopf. Das allein schien ihn zu ärgern, dass er zur Strafe den Motor aufheulen ließ, als ich ihm auswich.

Ein Glück, dass ich nicht vor Schreck vom Rad gefallen bin. Stattdessen zog ich mein Handy aus der Tasche und

gab vor, sein Auto zu filmen. Verängstigt kurbelte er sein Fenster runter und rief mir hinterher: „Ey, was machst du da? Was hast du mit dem Video vor? Lösch das sofort!“ Ohne mich umzudrehen, radelte ich ihm voller Genugtuung davon. Soll er doch Angst haben. Da ich mich auf dem Rad in der schwächeren Position sehe, denke ich, mir stehen alle Mittel zu, um für ein bisschen Gerechtigkeit im Straßenverkehr zu sorgen. Doch zur Wahrheit gehört auch, dass ich mich immer im Recht sehe. Egal auf welchem Gefährt.

Als Fußgängerin schimpfe ich auf alle Radfahrer:innen – von den Menschen, die mit dem E-Scooter auf dem Gehweg unterwegs sind, ganz zu schweigen. Dass ich selbst mit dem Roller über Gehwege brette, wenn es mal schnell gehen muss, schalte ich in diesen Momenten erfolgreich aus. Als Radfahrer:in werden mir die SUVs auf Radwegen genauso zum Feind wie Passant:innen, die ohne zu gucken, über die Straße laufen. Aber auch als Beifahrerin im Auto komme ich aus dem Kopfschütteln nicht raus. Für mich steht fest: Schuld sind immer die anderen.

Das Problem ist: Mit diesem egozentrischen Verhalten bin ich nicht allein. Deutschlands Straßen sind voll von Wutbürger:innen. Das ist das Er-

gebnis einer Langzeitstudie der Unfallforschung der Versicherer im Gesamtverband der Versicherer (UDV) zu Verkehrsklima und Sicherheit im Straßenverkehr.

Nachdem er gut 2.000 Menschen befragt hat, kommt der Verband zu dem Schluss: Der Verkehr wird immer dichter, die Leute immer aggressiver. Unabhängig davon, ob die Menschen mit dem Auto oder dem Fahrrad unterwegs sind, jede:r priorisiert sich selbst.

Die Menschen drängeln, hupen und schimpfen, schlängeln sich an anderen vorbei, hängen am Smartphone und brechen jede Regel, die ihrem schnellen Vorankommen im Weg steht. Dass dabei Menschenleben gefährdet werden, ist den Verkehrsteilnehmer:innen egal. Hauptsache, sie sind schnell am Ziel.

Das Interessante daran: Alle stören sich am Straßenverkehr, doch ihr eigenes Fehlverhalten wollen die wenigsten anerkennen. Ein Beispiel: 92 Prozent der Autofahrer:innen gaben an, dass sie Radfahrer:innen besonders rücksichtsvoll überholen. Aber 86 Prozent der Befragten sagen, dass sie beobachten, wie andere Autos Radfahrer:innen zu eng überholten. So ist das mit der Fremd- und Selbstwahrnehmung.

Als Antwort auf die Aggressionen

fordert der UDV nun Expert:innen auf, Kampagnen für ein rücksichtsvolleres Miteinander zu entwickeln. Süß, denke ich. Als könnten ein paar nette Plakate oder Videoclips uns zu mehr Vorsicht im Straßenverkehr zwingen.

Dabei wäre diese dringend notwendig. Denn Aggressionen im Straßenverkehr sind nicht nur eine Charakterschwäche, sondern können richtig gefährlich werden. 2,5 Millionen Verkehrsunfälle gab es im vergangenen Jahr in Deutschland. Und das führt nicht nur zu verbeulten Blech. Alle 18 Minuten ist im Durchschnitt ein Kind im Straßenverkehr verletzt oder getötet worden. Todesfälle, die sich vermeiden ließen, wenn wir alle etwas entspannter auf den Straßen unterwegs wären.

Dahin kommen wir nur mit Strafen. Das scheint die einzige Sprache zu sein, die auf der Straße verstanden wird. Und zwar solche, die richtig wehtun. Mein Vorschlag wäre: Wer mit dem Auto zu schnell unterwegs ist, gibt für jedes Km/H, das zu viel war, einen Monat seinen Führerschein ab. Oder: Wer bei Rot über die Ampel fährt, muss 5 Prozent seines Nettoeinkommens Strafe zahlen.

Klingt hart. Aber nur wenn es richtig wehtut, bemühen wir uns vielleicht, andere nicht mehr zu gefährden.

talkshow

Alles Pisser außer mir

Die Menschen im Straßenverkehr werden immer aggressiver. Wie auch nicht, denke ich mir. Das einzige, was uns retten wird, sind härtere Strafen

Den Stift nicht verbieten lassen

Der ugandische Karikaturist Jimmy Spire Ssentongo wird zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. In kürzester Zeit sammelt eine weltweite Spendenkampagne die Summe ein

Von **Simone Schlindwein**

Eine Karikatur ging dieser Tage in Uganda auf den sozialen Medien viral. Sie zeigt Ostafrikas berühmtesten Karikaturisten, Dr. Jimmy Spire Ssentongo, dem von einem Richter ein Holzbrett auf die Lippen genagelt wird. Darauf steht: „Closed“ – also geschlossen.

Die Zeichnung stammt nicht von ihm selbst, sondern von einem befreundeten, ugandischen Berufskollegen, Richard Kato. Doch es ist Teil einer fast weltweiten Solidaritätskampagne für Dr. Spire, die in Uganda derzeit Furore macht.

Der Philosophieprofessor Dr. Spire ist als Ugandas prominenter Kolumnist und Karikaturist weit über Ugandas Landesgrenzen hinweg bekannt. Erst im Juni wurde er in Genf mit dem Kofi Annan Preis für mutige Karikaturisten ausgezeichnet. Seine berühmtesten Zeichnungen wurden prominent in Schautafeln entlang der Uferpromenade des Genfer Sees aufgestellt.

Die weltweit anerkannte Auszeichnung kam zu einem Zeitpunkt, als in seinem Heimatland Uganda die unabhängige regierungskritische Tageszeitung *Daily Monitor* geschlossen wurde, für die Dr. Spire fast wöchentlich seine lustigen, aber auch sehr kritischen Cartoons malte, die über die sozialen Medien weltweit geteilt werden.

In den Zeichnungen kritisiert er die zunehmende Korruption im Land, das drakonische Vorgehen des Sicherheitsapparats gegen Oppositionelle und Mitglieder der Zivilgesellschaft. Beliebte Figuren in seinen Zeichnungen sind vor allem Präsident Yoweri Museveni, der seit 40 Jahren an der Macht ist, sowie dessen Sohn, der als derzeitiger Generalstabschef der Armee nun Anspruch auf die Nachfolge erhebt.

Doch dann ordnete ein ugandisches Gericht an, dass er sich nicht weiter online äußern dürfe. Hintergrund ist ein Rechtsstreit zwischen Dr. Spire und der Internationalen Universität in Kampala (KIU), der sich bereits seit Jahren hinzieht.

Es geht um Gebühren für dessen Neffe. Der hatte diese zwar bezahlt, sich aber dann kurzfristig entschieden, eine andere Uni zu besuchen. Die KIU hat die teuren Gebühren im Umfang von mehreren Tausend Euro umgerechnet nicht zurückerstattet. Darüber beschwerte sich Dr. Spire online in mehreren Posts.

Das Gericht verordnete dagegen ein sogenanntes Contempt, quasi eine Missachtung des Gerichts, ein Rechtsmittel, das es im britischen oder US-Justizsystem gibt, im deutschen jedoch nicht. Als er jedoch weitere Posts veröffentlichte, verhängte der Richter letztlich im Juni eine Geldstrafe von umgerechnet rund 7.000 Euro gegen ihn. Sollte er die Strafgebühr nicht innerhalb



Jimmy Spire Ssentongo, Krikarturist und Staatsfeind des ugandischen Regimes
Foto: privat

von zwei Wochen begleichen, drohen ihm drei Monate Haft.

Für Ugandas agile Zivilgesellschaft ist dies ein weiterer Versuch, durch richterliche Anordnungen die freie Meinungsäußerung immer mehr einzuschränken. Ähnliche Strafen wurden jüngst auch gegen Anwälte der Opposition verhängt, die laufende Verfahren online als unfair kritisierten. Vor allem im gerichtlichen Vorgehen gegen die Opposition sehen viele in Uganda die Unabhängigkeit der Justiz gefährdet.

Uganda hat 2011 das sogenannte Computer-Missbrauchs-Gesetz verabschiedet, wonach Kommentare auf den sozialen Medien geahndet werden können. Zahlreiche Kritiker*innen wurden auf Grundlage dieses Gesetzes seither verhaftet und zu hohen Strafen verurteilt. Über viele mussten ins Exil flüchten.

Doch dagegen regt sich Widerstand. Kurz nach der Anordnung über das Bußgeld wandte sich Dr. Spire auf der Onlineplattform X an seine weltweit knapp 400.000 Follower: „I NEED YOU!“, postete er am 8. August auf X, übersetzt: „Ich brauche euch!“ <img class="rteClosedtag" title="<irSwapLF>" src="/image/icon_closedtag_mini.gif">

Diesem Hilferuf folgend hatte Oppositionsanwalt Eron Kiiza die

Idee, online eine Fundraisingkampagne loszutreten. „Dieser repressive Gerichtsbeschluss ist ein Maulkorberlass im juristischen Gewand. Er ist ein Angriff auf die Meinungsfreiheit und auf das Recht jedes Uganders, eine mächtige Institution darüber zur Rechenschaft zu ziehen“, regte er sich auf X auf. „Wir sollten das Geld aufbringen. Er darf nicht zum Schweigen gebracht werden. Unsere Stimmen zählen.“

Auch gegen Anwalt Kiiza wurde jüngst ein „Contempt“ verhängt, weil er sich auf den sozialen Medien über das seiner Meinung nach ungerechte Gerichtsverfahren gegen Ugandas Oppositionsführer Kizza Besigye ausgelassen hatte. Dieser sitzt seit November 2024 in Haft und ist angeklagt wegen Landesverrats. Im Zuge dieses Verfahrens kritisierten die Zivilgesellschaft und Ugandas Anwaltsverband die Justiz, als der verlängerte Arm der Regierung zu agieren.

Eine weitere Anwältin und Menschenrechtsaktivistin, Agather Atuhaire, griff die Fundraisingidee auf. „Danke, Eron, dass du das angestoßen hast“, schrieb sie auf X. „Lasst uns alle denjenigen, die uns zum Schweigen bringen wollen, zeigen, dass wir uns weiterhin zu Wort melden und zusammenstehen werden.“ Sie teilte ihre Telefonnummer, auf welche Leute einen Soli-

daritätsbeitrag per mobilen Geldtransfer für Dr. Spire einzahlen können.

Innerhalb von nur zwei Tagen kam mehr als die vom Gericht verhängte Strafgebühr von 30 Millionen ugandische Schilling zusammen. 36,5 Millionen waren es zu Beginn vergangener Woche, so Atuhaire: „Ihr seid großartige Men-

Einige schickten umgerechnet mehrere Hundert Euro, andere nur wenige Cent

schen“, bedankte sie sich bei den Spender*innen. Dennoch schickten die Leute weiter Geld. „Machen wir 100 Millionen daraus ... nur für den Fall, dass er die verrotteten Gerichte wieder nervt“, befeuerten einige Ugander*innen die Kampagne.

Einige schickten umgerechnet mehrere Hundert Euro, andere nur wenige Cent. Anwältin Atuhaire lobte online viele, die selbst nur Kleinstbeträge überwiesen – beispielsweise mit dem Betreff „Liebe“

Für ihren Einsatz wurde sie online von vielen als Heldin ge-

feiert. „Dein Einsatz für eine gerechte Gesellschaft wird unvergessen bleiben“, lobte sie der Ugander Godfrey Mukalazi auf X und fügte hinzu: „Deshalb werde ich meine neugeborene Tochter Agather nennen (...) Du bist so eine Inspiration.“

Letztlich kamen insgesamt mehr als 41 Millionen Schilling zusammen, selbst aus fernen Ländern wie Südafrika, Nigeria, Frankreich, Schweiz, Kasachstan und auch aus Deutschland haben Leute Geld geschickt. „Ich danke euch allen von Herzen“, schrieb Spire an alle Spender*innen. „Ihr habt einfach Solidarität gezeigt.“

Dr. Spire fühlt sich gerührt, gibt er am Wochenende im Interview mit der taz zu: „So viele Menschen haben mich unterstützt, mit so viel Enthusiasmus und Bereitschaft, ohne dass man sie lange überreden musste“, sagt er, kurz nachdem er das Geld am Freitag seinen Anwälten vorbeigebracht hatte: „So viele haben sich freiwillig gemeldet, mich sogar von überallher angerufen. Meine Kollegen, Fremde (...) Es war überwältigend und hat mich sehr berührt.“

Für Dr. Spire setzt die Solidaritätskampagne nun ein deutliches Zeichen, so sagt er: „Die Repressionen sind in Uganda so stark wie nie zuvor.“



Steffen Grimberg
Flimmern und Rauschen

Von bunten Vögeln

rgendwie war bislang ja diesen Sommer der Wurm drin, auch im ganz tierischen Sinne. Die Hitzewellen lassen Mensch und Maus schlapp vor sich hinschmelzen. Selbst das normalerweise verlässlich ab Mitte Juni gelieferte Problemtier

für sommerlochgeplagte Medien ließ dieses Jahr verdammt lange auf sich warten. Immerhin, jetzt ist es da, und es ist ein Pfau.

Der heißt Fridolin und marodiert durch eine hessische Kleinstadt mit dem großartigen Namen Großkrotzenburg. Hier krotzt, nein, kratzt Pfau Fridolin am Lack. Und zwar von Autos, und das auch noch ziemlich erfolgreich. Bis zu 3.000 Euro soll der Schaden an manchen Fahrzeugen laut der örtlichen Bürgermeisterin betragen.

Ob Fridolin und seine Pfauenfrau Frida damit ihren Unmut über die SUV-Schwemme inmitten der Klimakatastrophe kundtun oder der Pfauenhahn doch nur auf sein Spiegelbild auf blankpoliertem Blech reagiert, das er als möglichen Artgenossen

und damit Konkurrenten sieht, muss einstweilen offen bleiben.

Jagen lassen sich Fridolin, seine Frida und die ganze Pfauenbande jedenfalls nicht. Beziehungsweise schlagen sie den Häschern nach ortsamtlicher Auskunft immer ein Schnippchen. Was laut Agentur KNA (Transparenzhinweis: In meinem Hauptjob mache ich den KNA-Medien dienst, und diese Kolumne ist für Christof) auch daran liegt, dass manche menschliche Artgenoss*innen das Scratcher-Paar unterstützen und den Pfauenfängern den Zutritt zu ihren Grundstücken verweigern.

Sollte Pfau Fridolin hier nach dem Motto „Macht kaputt, was euch kaputt macht!“ eine (verkehrs-)politische Agenda haben, ist er auf jeden Fall in bester tierischer Gesellschaft.

Wir alle erinnern uns noch gern an Orca-Lady Gladys. Die wurde im Sommer 2023 auch in den deutschen Medien aktenkundig, weil sie mit ihrer Truppe Jagd auf Renn- und andere Yachten rund um Gibraltar machte.

Das ist schon ein anderes Kaliber als der Goldschakal von Sylt im Sommer 2025, der bloß friedlich-friesischen Schafen ein Ohr abkaute. Oder der Löwe von Kleinmachnow, der sich anno 2023 als renitentes Wildschwein entpuppte. Apropos, vom Killerwels Kuno, der 2001 in Mönchengladbach einen Dackel verschlungen haben soll, haben wir auch schon lange nichts mehr gehört.

Dafür wurde jetzt rund um die Bayreuther Festspiele eine E-Schwalbe mit einem ganz anderen Pfau drauf gesichtet. Wie das auf Sommerloch-Fül-

lungen spezialisierte Magazin *Bunte* berichtet, hieß der allerdings Wolfram und kurvte auf dem Gefährt ausweislich der bei Instagram eingestellten Fotos ohne Helm, aber dafür mit Frau Christiane durch den Wagner-Zoo.

Nach Auskunft der Tierschutzorganisation „Kein Schwein fürs Sommerloch“ läuft derzeit ein Auskunftersuchen nach dem Haber-Verfahren, wie man Pfau Wolfram mit nachrichtendienstlichen Lockmitteln einfangen und wieder in seinen Stall im BKM bringen kann. Damit ihm nicht das gleiche Schicksal wie Kuh Yvonne blüht, die 2011 über drei Monate im Sommerloch verschwand. „Und die doch mit ihrem eigenen Wikipedia-Artikel für uns alle als Mahnmal erhalten bleibt“, sagt die Mitbewohnerin.



Caroline Peters mit archaischen Bocksgesängen in „Unter Tieren“
Foto: SF/Arno Declair

Das Unendenspiel vom Kapitalismus

Elfriede Jelineks „Unter Tieren“ wird bei den Salzburger Festspielen uraufgeführt. Molières „Menschenfeind“ mutiert dort zum Battle-Rap in Alexandrinern

Von Uwe Mattheiß

Piketty, Piketty“ gurren die Tauben. Elfriede Jelinek erkalutert sich gleich zu Beginn eine der vielen Referenzen in ihrem bei den Salzburger Festspielen von Nicolas Stemann uraufgeführten Theaterstück „Unter Tieren“. Mit dem Verweis aufs „Kapital im 21. Jahrhundert“ geht es auf hundert Seiten Text und prognostiziert vier Stunden im Theater um gesellschaftliche Ungleichheit und ihre ruinösen Konsequenzen.

Gut informiert in der historischen wie gegenwärtigen ökonomischen Literatur und fern von vraschnellem Aktivismus fragt Elfriede Jelinek so gut wie nach allem. Vom Naturalismus bis zu hochkomplexen Produkten der Finanzmärkte, nach dem Ursprung des Geldes und seiner sich wandelnden Funktion, wie daraus Kapital wird, nach der Dynamik, die in die schrankenlose Ausbeutung von Mensch und Natur mündet. Kann man die Abstraktion des Warentauschs auf der Bühne sinnfällg abbilden? Elfriede Jelineks komplexe, mehrstimmige Komposition aber spaltet Abstrakta auf in poetische Facetten.

Die Gattung, die den Planeten ruiniert, hat nichts mehr zu melden. Tiere bleiben zu-

rück und zur Not die KI, solange Strom da ist. Das Wort ward Fleisch. Milliarden von Geflügel, Meeres- und Säugetieren, geschlachtet, zerteilt, als Ware für den Endverbraucher oder als Futtermittel konfektioniert, kommen zu Wort und ihre Rede hört nimmer auf.

Sind Hase, Fuchs, Dachs, Kuh und Stockenten allegorische Figuren in diesem traurig-wütenden Karneval der Tiere? Der Fuchs taugt vielleicht zur Personifizierung der Gier menschlicher Akteure, wenn das rationale Mirakel der wundersamen Geldvermehrung in sich zusammenstürzt und als singulärer „Skandal“ in der Zeitung steht.

Die Tiere in „Unter Tieren“ ergreifen eher zufällig das Wort und geben es nicht mehr ab. Was sie umtreibt, sind die Leiden des Homo oeconomicus, Gier, Verarmungs- und Verlustängste, das Gefühl, in einem anonymen undurchschaubaren Prozess betrogen zu sein. Ihr „Ich weiß es nicht“ ist weniger Unkenntnis als Symptom der wachsenden Widersprüche in einem scheinbar naturwüchsigen Prozess.

Seit „Die Kontrakte des Kaufmanns“ (2009) hat Jelinek immer wieder über Wirtschaft geschrieben. Dabei ging es auch um konkrete politische Vorgänge und letzt-

lich die Frage „whodunnit“. Die gibt es auch hier, doch „Unter Tieren“ wird darüber hinaus zur verzweifelten Prophetie, die keine Zukunft versprechen kann. Sie arbeitet sich am irrationalen Selbstzweck unserer Wirtschaftsweise ab, der ohne Subjekt bleibt und auch nicht mehr nach Kriterien persönlicher Moral bewertet werden kann.

Das war einmal die Domäne des Theaters. In diesem Unendenspiel des Kapitalismus ist alles gewusst, aber jede Form von kritischer Handlungsmacht scheint absorbiert.

Elfriede Jelinek gibt dem Theater so vieles, treibt es aber immer wieder über die Grenzen seiner Möglichkeiten. Auch dieses Opus magnum ist kaum spielbar, adressiert gleichsam ein „Mars-theater“ wie einst die „Letzten Tage der Menschheit“ von Karl Kraus. Was tun? Es als Textwurst herunterdeklamieren oder diesem Textgebirge einen Aufstiegspfad abringen, auf dem das Theater als autonome ästhetische Praxis jenseits allen Darstellungszwangs seine eigenen Formen, Dimensionen und Zeitmaße entwickelt, die sich von der gedruckten Partitur zwangsläufig unterscheiden?

Nicolas Stemann macht bei Jelinek sein Geschäft wieder mit der verehrenden Kapitulation vor der gewaltfreien Wucht der Autorin. Als „Tex-

tumsetzung“, weniger als Inszenierung will er den in seinen Aussichten und Verlaufsformen durchaus variablen Abend verstanden wissen, dem er als Conférencier, gelegentlich auch zur Gitarre und mit Sangeskünsten dient.

Mit der Pernerinsel südlich von Salzburg, ein Stück weit entfernt von den Repräsentationstempeln des Festivals, die von Geld zeugen, aber nicht zeigen, wo es herkommt, ist der Ort der Auf-führung dieser Koproduktion mit dem Wiener Burgtheater gut gewählt. Die alte Saline lässt die Gewalt noch erahnen, mit der die Primärproduktion der Natur ihre Rohstoffe abgerungen hat.

Katrin Nottrodt baut hier eine Werkstattatmosphäre hinein mit Flügel, Perkussion, Projektionen, Leseproben-tisch im Hintergrund, Manuskriptseiten fliegen bald in mühsam behaupteter Spontaneität herum. Den obligatorischen KI-Slop gibt es auch, ein stockend animierter Peter Thiel wird Gemeinplätze abgeben. Ein papiernes Endlosband am Bühnenrand zeigt an, welches Tier gerade dran ist, ein umgekehrter Abreißkalender, wie viele Textseiten noch ausstehen. Zwei Stunden verstreichen ziemlich linear, um nicht zu sagen fade. Man darf rausgehen, im Hof was trinken und per Public Viewing dort weiterschauen.

Genießen lassen sich Einzelheiten, durchweg gut inszenierte Monologe von Mavie Hörbiger, Caroline Peters und Azaria Dowuona-Hammond. Thiemo Strutzenberger fällt als hässchennäselndem Steuerprüfer viel Sympathie zu. Der sanfte Anschlag der Stimme von Branko Samarovski dringt durch jedes Geschrei. Inge Maux' späte Karriere in Wien beglückt.

Die notwendige Steigerung der Wirkmittel schafft Eskalation, die man beinahe schon herbeisehnt. Sebastian Rudolph eskaliert in der Tiermaske, vom Regisseur am Kälberstrick „kaum“ zurückgehalten. Caroline Peters gibt die archaischen Bocksgesänge dazu. Das Ganze endet in Debatten, wie's weitergeht. Irgendwann kommt auch die lokale Blaskapelle und stimmt einen Dionysischen Maskenzug an. In der Ordnung seiner Unordnung findet sich das Theater schließlich wieder und lässt spät doch versöhnt ins Freie treten.

Am Vorabend im Salzburger Landestheater hat Jette Steckel einen klugen Griff ins Archiv der Theaterliteratur getan. An Molières „Der Menschenfeind“, durchaus ein zeitweiliger Ladenhüter, legt sie in einer Koproduktion mit dem Hamburger Thalia Theater latent vorhandene, spannende Bedeutungsebenen frei.

Die Bühne von Florian Lösch schrumpft zum Laufsteg, im Hintergrund sitzt auch Publikum. Man nimmt einander die Guckkastenillusion. Alles daran wird hier Sprache, das oft steife höfische Geplänkel zum Battle-Rap in Alexandrinern. Vor allzu viel Figurenidentifikation bewahrt die strikte Farbenzuordnung der jeweils monochromen Kostüme.

Zuvor treibt Ole Lagerpusch, der später zum höfischen Dichter im rosa Fransenkostüm wird, mit ein paar Hip-Hop-Versen von UWE (u. a. Deichkind) das geneigte Premierenpublikum aus den Sitzen.

Die ungelenke Ehrlichkeit, mit der der Protagonist Alceste (André Szymanski) gegen Gewandtheit der Höflinge rebelliert, will noch etwas anderes: besitzen, und zwar die angebetete junge Witwe Célimène (Maja Schöne). Ihr glücklicher Status entzieht sie der Bewertschaffung ihres Geschlechts durch Väter und Ehemänner. Genau das will Alceste ihr nehmen und scheitert. Aus dem Seelenleben eines Ungustls wird ein großes Stück für Schauspielerinnen, Catherine Seifert und Lisa Hagmeister sekundieren brillant. Barbara Nüsse als diskreter Zeremonienmeister in Yves-Klein-Blau wird lange im Gedächtnis bleiben.

szene

Der Name ist Programm

Es ist spät, aber immer noch sehr heiß in der Ringbahn. Draußen sind sicher immer noch 30 Grad und aus welchen Gründen auch immer ist die Klimaanlage ausgefallen und die Fenster sind nicht zu öffnen. Es riecht komisch süßlich und die Luft ist so dick, als könnte man sie löffeln. Im Neonlicht sehen die Leute aus wie blasse Geister.

Ich sitze mit zwei Frauen in einem Vierersitz. Neben mir sitzt eine ältere Frau in einem Sommerkleid mit einer Ikeatasche.

Die Frau gegenüber mit kurzen Haaren und einer kurzen Hose kramt in ihrer gar nicht so großen Handtasche und holt alles Mögliche daraus hervor. Sie guckt in einen Handspiegel, holt einen Lippenstift hervor, malt sich die Lippen an und verstaubt alles wieder. Dann nimmt sie eine riesige Bonbontüte aus der Tasche, kramt einen heraus, steckt ihn sich in den Mund, begegnet unserem Blick und hält uns die Tüte hin: „Wollen Sie? Ist Menthol, das kühlt.“

Die Frau neben mir lehnt ab, aber ich nehme mir ein Bonbon. Tatsächlich breitet sich ein richtig frisches Gefühl im Mund aus. Man könnte es mit Kälte verwechseln. Genialer Trick, denke ich.

Die Frau holt jetzt noch eine große weiße Sprühflasche aus der Tasche, öffnet die Kappe und sprüht sich damit ins Gesicht und über den Hals. Als sie fertig ist, sagt sie: „Jetzt kommt Trick 17.“

Dann holt sie einen Handventilator hervor und hält ihn sich vor das nasse Gesicht.

Ich lache, die ältere Frau schüttelt den Kopf und sagt: „Was Sie alles dabei haben!“

„Ich hab Hitze UND Wechseljahre, da muss man vorbereitet sein“, erklärt die Frau. „Zu Hause unterm Dach hab ich feuchte Tücher gespannt und die Fenster mit Alu abgedeckt. Ins Bett geh ich nur mit ner Wärmflasche aus dem Eisfach. Sonst ist es zu heiß.“

Die Ältere lacht und sagt: „Klimakterium. Der Name ist einfach Programm.“

Isobel Markus

Hauffs Märchen in die Gegenwart geholt

Das Kunstmuseum Stuttgart deutet Wilhelm Hauffs Erzählung „Das kalte Herz“ mit Gegenwartskunst. Zentral sind Fragen nach Identität und Zugehörigkeit

Von Verena Harzer

Der Oberkörper der von hinten fotografierten Frau im roten Kleid verschwindet ganz hinter der sie weit überragenden, aus dünnem Obstkistenholz gebauten Dorfsilhouette. Wie einen Rucksack trägt sie diese auf dem Rücken, in der Hand hält sie eine mit roten Geranien bepflanzte Obstkiste. „Buggelkraxen“ heißt die großformatige Fotoserie von Gabriela Oberkofler. Sie zeigt die Künstlerin, wie sie eine Miniatur ihres Heimatdorfes auf dem Rücken durch die Welt trägt.

Es ist die erste Arbeit, die in der Ausstellung „Das kalte Herz“ des Stuttgarter Kunstmuseums zu sehen ist. Die Schau verbindet Wilhelm Hauffs gleichnamiges Schwarzwaldmärchen von 1827 mit zeitgenössischer Kunst und fragt: Welche Themen der Erzählung reichen bis in die Gegenwart? Es ist ein interessanter kuratorischer Ansatz, vor allem da, wo er an seine Grenzen kommt.

Hauff erzählt von einem Köhler, der sein lebendiges Herz gegen eines aus Stein austauscht. Den gesellschaftlichen Aufstieg und Reichtum, den er dafür bekommt, bezahlt er mit dem Verlust seiner Gefühle. Die Geschichte beschreibt die Schattenseiten von Gier und Selbstsucht und ist ein frühes Zeugnis der tiefen, existenziellen Umbrüche, die die Industrialisierung für Mensch und Natur bedeutete. Um eine Brücke zwischen Märchen und Gegenwart zu schlagen, liest Kurator Dierk Höhne Hauffs Erzählung entlang von vier Leitmotiven: „Identität“, „Affekt“, „Gewalt und Heilung“ sowie „Ökologische Ausbeutung“. Jede Arbeit in der Ausstellung wird diesen Kategorien zugeordnet.

Oberkoflers Fotoserie erschließt sich in diesem Kontext sofort. Das Heimatdorf auf dem Rücken der Künstlerin erinnert an die starke Bindung an einen Herkunftsort, die auch Hauffs Märchen prägt. Die Rucksack-Bildhau-erarbeit wirkt wie Schutzraum



In der Ausstellung „Das kalte Herz“ mit einer von Kader Attias Holzskulpturen der Reihe „Culture, Another Nature Repaired“ Foto: Gerald Ulmann, Stuttgart; VG Bild-Kunst Bonn 2026

und Last zugleich und knüpft an aktuelle Diskurse an: Fragen nach Identität und Zugehörigkeit sind in einer globalisierten Welt aktueller denn je.

Ein paar Räume weiter stehen zwei Skulpturen der Serie „Culture, another nature repaired“ des französischen Künstlers Kader Attia. Es sind wuchtige Holzbüsten mit grob geschnitzten Deformationen. Bei einer ist die Nase plattgedrückt, anstelle des Mundes sind zwei unförmige Vertiefungen zu sehen. Der anderen wurde ein Auge herausgerissen, die rechte Seite des Mundes ist schartenartig nach oben gezogen. Die Bilder von verwundeten Soldaten, aber auch von Opfern rassistischer Lynchmorde kommen einem in den Sinn. Genauso wie die Frage: Was hat das mit Hauff zu tun?

Die kuratorische Lesart hilft: Sie ordnet Attias Skulpturen dem Kapitel „Gewalt und Heilung“ zu. Hauffs Pro-

tagonist verliert mit seinem steinernen Herzen nicht nur seine Gefühle, sondern der Mord an seiner Ehefrau macht ihn auch selbst zum Täter. Aus dieser Verbindung von emotionaler Verrohung und körperlicher Aggression zieht die Ausstellung eine Linie zu Attias Auseinandersetzung mit den Folgen kolonialer Gewalt.

In der Rotunde des Stuttgarter Kunstgebäudes hängen weiß gerahmte DIN A3 große Bilder an der Wand. Von Weitem sehen sie wie von Hand beschriebene, vergilbte Buchseiten aus. Erst aus der Nähe werden die Poren und feinen Härchen sichtbar. Nicht Papier, sondern Haut ist die

Gewalt erscheint hier nicht benennbar, sondern dringt in Sprache und Körper ein

Unterlage für so verstörende Texte wie: „Your awful language is in the Air by my head“, „She acts like an animal left for cooking“ oder „I am awake in the place where women die“.

Die Fotoserie „Lustmord“ der US-amerikanischen Künstlerin Jenny Holzer entstand 1993/94 und ist eine Reaktion auf die sexualisierten Gewalttaten, die während der Jugoslawienkriege systematisch gegen Frauen und Mädchen verübt wurden. Wieder steht die Frage im Raum: Wo ist hier der Zusammenhang zu Hauffs Märchen? Und hier kommt die kuratorische Lesart an ihre Grenzen, denn Holzners Arbeit wird gleich drei Themen aus Hauffs Märchen zugeordnet: „Identität“, „Affekt“ sowie „Gewalt und Heilung“. Dabei entzieht sie sich eigentlich solchen Deutungen.

Denn Holzners Arbeit stellt die Möglichkeit infrage, Ge-

walt überhaupt einer sinnstiftenden Erzählung unterordnen zu können. Die Texte stammen mal von Tätern, mal von Opfern, mal von Zeugen. Wer spricht, bleibt oft unklar. Gewalt erscheint hier nicht benennbar, sondern dringt in Sprache und Körper ein. Es geht um ihre Unbegreiflichkeit, um etwas, das sich nicht mehr erzählen lässt.

Und bei Jenny Holzer wird auch wieder die Stärke von „Das kalte Herz“ deutlich. Die Ausstellung zeigt, wie produktiv es sein kann, Hauffs Themen mit zeitgenössischer Kunst weiterzudenken, dass es sich aber immer nur um Deutungsangebote handeln kann. Weder Hauffs Text noch die Kunst gehen vollständig in diesen Einordnungen auf. Sie erzählen dort am meisten, wo das kuratorische Raster sie nicht mehr erfasst.

„Das kalte Herz“. Kunstmuseum Stuttgart. Bis 4. Oktober

Anzeige

taz shop

Links sein war nie schöner



10 % Rabatt für taz-Unterstützer*innen

taz-Bade- und Saunatuch. Mit dem extragroßen flauschigen Handtuch könnte man doch ganz fabelhaft frühmorgens eine Liege am Pool reservieren ... Lassen Sie's. Nicht weil das so typisch deutsch ist – sondern weil dann ganz schnell jemand anderes auf Ihrem Platz liegt. Aus Biobaumwolle nach GOTS-Standard. Mit aufgesticktem taz-Logo, ca. 10 x 16 cm. Maße: L 200 x B 100 cm. Artikel-Nr. 10553, 47,00 €



taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | T (030) 25 90 21 38
tazshop@taz.de | taz.de/shop



Die mexikanische Schriftstellerin Valeria Luiselli
Foto: Isabella De Maddalena/ imago

„Auf Sizilien spürt man den Ursprung des Planeten“

Vulkane, antike Halbgötter und der Verlust einer Patchworkfamilie:
Die mexikanische Autorin Valeria Luiselli über ihren Roman „Anfang Mitte Ende“

Interview **Eva-Christina Meier**

taz: Frau Luiselli, Sie sind in Mexiko geboren und auch teilweise dort aufgewachsen. Nun leben Sie seit einigen Jahren in den USA in New York. Ihr jüngster Roman „Anfang Mitte Ende“ führt uns nach Italien auf die Insel Sizilien. Wovon wollten Sie erzählen?

Valeria Luiselli: Schon lange beschäftige ich mich mit Grenzen. Und historisch flossen auf Sizilien Entwicklungen aus dem gesamten Mittelmeerraum zusammen, von den Griechen über die Römer, Phönizier oder Karthager. Später kamen aus dem Norden die Normannen und so weiter. Sizilien wurde zu einer Art Palimpsest der Kulturen des Westens und des Nahen Ostens, die hier vor der Küste Nordafrikas aufeinander trafen und sich überlagerten. Auch in der Gegenwart bietet die Insel den Anknüpfungspunkt für viele Schiffe, die das Mittelmeer überqueren, um nach Europa zu gelangen.

Außerdem, und das ist für diesen Roman sehr wichtig, verläuft unter dem Meer auch eine geologische Grenze. Hier stoßen die tektonischen Platten Afrikas und Europas aufeinander. Abgesehen von der Symbolik hat das ganz reale Konsequenzen. Denn es handelt sich um ein Gebiet mit extrem hoher vulkanischer Aktivität. So spürt man auf Sizilien den Ursprung des Planeten unmittelbar. Inmitten der brodelnden Lava scheint das Ende der Welt gleichzeitig zum Greifen nah.

taz: „Anfang Mitte Ende“ handelt aber auch von dem Leben und den Erinnerungen der vier Protagonistinnen einer Familie – von Mutter und Tochter, ihrer Groß-

mutter in Mexiko und einer ausgewanderten sizilianischen Urgroßmutter. Welche Perspektiven ergeben sich daraus?

Luiselli: Für mich ist es vor allem der Versuch, die Überlieferungen der verschiedenen Generationen neu zu überdenken und dabei deutlich zu machen, dass unser Dialog mit der Vergangenheit nicht statisch oder abgeschlossen ist, sondern sich im Laufe der Zeit verändert durch die Art und Weise, wie er sich artikuliert. Umgekehrt wird auch die Gegenwart durch den Einfluss der Vergangenheit immer wieder neu interpretiert.

taz: Stimmt es, dass Sie „Anfang Mitte Ende“ sowohl auf Englisch als auch auf Spanisch geschrieben haben?

Luiselli: Ja, ich schreibe in beiden Sprachen. Mal in der einen, mal in der anderen. Aber diesen Roman wollte ich zweimal – auf Spanisch und auf Englisch schreiben.

taz: Ihre Ich-Erzählerin ist eine Schriftstellerin, die nach der Trennung von Partner und Patchwork-Familie nun allein mit der zwölfjährigen Tochter nach einem neuen Leben sucht. Aus dieser zeitgenössischen Ausgangssituation entwickelt sich jedoch eine ungewöhnliche Verbindung mit der griechischen Mythologie, mit Schriften von Empedokles oder Plinius dem Älteren. Was hat Sie daran gereizt?

Luiselli: Natürlich geht es in der Geschichte zum einen um die Auflösung einer Familie und den großen Verlust. Doch für mich hat der Roman viel mit Maßstäben zu tun, einer gewaltigen Erdentstehungsgeschichte und den winzigen individuellen Lebenswegen der Menschen. Eine zentrale Frage dieses Ro-

mans ist: Wie fängt man wieder von vorne an. Und was ist ein wirklicher Neuanfang?

taz: In einem Interview mit der spanischen Tageszeitung *El País* verglichen Sie die Situation der antiken Gelehrten mit unserer aktuellen.

Luiselli: Ja, ich glaube, es lohnt sich, zu diesen frühen Beobachtern der Natur zurückzukehren. Denn sie stehen tatsächlich voreinander noch nicht erzählten, unerklärten Welt. In ihren Betrachtungen ist eine so große Vorstellungskraft, die uns meiner Meinung nach viel darüber lehrt, wie wir uns vielleicht einer sich so schnell verändernden, so unbekannten und manchmal so bedrohlichen Welt stellen können.

taz: Unübersehbar trägt die Erzählung autobiografische Züge. So denkt die Erzählerin etwa darüber nach, ob sie an einem Roman oder eher an einem Essay arbeitet. Ist das eine Frage, die Sie selbst beschäftigt hat?

Luiselli: Wir Leser sind alle sehr neugierig, aber im Grunde ist die Antwort darauf, was Fiktion oder Realität ist, nicht besonders ergebend. Als mich vor einigen Monaten der Schriftsteller Enrique Vila-Matas, der auch ein guter Freund ist, zur Buchvorstellung in Barcelona begleitete, sagte ich ihm: „Enrique, diese Frage, was Fiktion und was wahr ist, – darauf weiß ich nie eine Antwort, und ich mag es auch nicht, danach gefragt zu werden.“ Er schlug vor: „Sag doch einfach allen, es sind siebenundzwanzig Prozent.“

taz: Die „Loeb Library“, eine zweisprachige Ausgabe der griechischen und römischen Mythologie, spielt in ihrem Buch eine besondere Rolle. Begeistert lesen Mutter und Tochter in den „Naturkunden“ von Plinius dem

Älteren und stehlen später einen Koffer mit den berühmten, roten und grünen Bänden. Hat die klassische Bildung, für die diese Reihe steht, heute in den USA noch eine Bedeutung?

Luiselli: Vor etwa zehn Jahren habe ich hier in New York als Freiwillige ein Projekt mit Kindern begleitet, ...

Valeria Luiselli

geboren 1983 in Mexiko-Stadt, lebt seit 2011 in New York. Dort arbeitete sie zeitweise als Übersetzerin minderjähriger Migranten am Einwanderungsgericht – eine Erfahrung, die sie in ihrem Buch „Archiv der verlorenen Kinder“ verarbeitet. Dieser erste auf Englisch verfasste Roman war für den Booker Prize 2019 nominiert.

von denen die meisten keine Papiere besaßen. Sie hatten einen wunderbar verrückten Lehrer. Nachmittags oder am Wochenende traf sich die Gruppe der Jungen und Mädchen im Alter zwischen sieben und siebzehn Jahren in Brooklyn. Er brachte ihnen Latein, Musiktheorie und Notenlesen bei. Als ich sie kennenlernte, waren die Kinder gerade dabei, „Don Quijote“ zu lesen und selbst umzuschreiben.

Ich meine, alles hängt davon ab, wie wir Wissen vermitteln. Ich hatte das Glück, die UNAM, eine kostenlose öffentliche Universität in Mexiko, zu besuchen, wo ich die beste philosophische Ausbildung erhielt, die ich mir hätte wünschen können. Auch dank dieser Jahre an der UNAM begann ich, Altgriechisch zu lernen. Wir müssen für den Zugang zu guter öffentlicher und kostenloser Bildung kämpfen.

taz: „Schwertfisch, Kamera, Sturm, Qualle, Esel, Zahnbürste, Feuer, Boot und Buch“ – diese neun Begriffe stehen in Beziehung zu einem antiken Mosaik von Proteus, dem griechischen Meeres-Gott der Metamorphose. Sie geben der Geschichte eine fröhlich-heimnisvolle Note und zugleich Struktur. Wie kam es dazu?

Luiselli: Proteus ist eine Figur, die ihren Weg in den Roman gefunden hat. Ich habe sechs Jahre an diesem Roman geschrieben. Gleichzeitig arbeitete ich mit einem Kollektiv an „Echoes from the Borderlands“, einem Soundprojekt, das den Klang der Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten porträtiert. So begann ich, mehr über Naturbeobachtungen zu lesen. Proteus erschien mir zunächst in einem zeitgenössischen Gedicht von Alice Oswald. „Dart“, das zu meinen Lieblingsgedichten zählt, ist eine Art Kartografie eines Flusses und endet mit der Figur des Proteus.

Wenn die griechischen und römischen Götter in dein Leben treten wollen, zeigen sie sich in vielerlei Gestalt. Ich las John Steinbecks „Logbuch des Lebens“, und wieder stieß ich auf Proteus. Ich las Plinius’ Naturbeschreibungen und Proteus tauchte auf, so oft, dass ich mir sagte: „Gut, ich darf ihn nicht länger ignorieren.“ Es war, ehrlich gesagt ziemlich unerklärlich und magisch, denn sobald ich Proteus die Tür öffnete, war es, als hätte der Roman endlich seine Form gefunden.

taz: In „Archiv der verlorenen Kinder“, ihrem vorherigen Roman, und ebenso in „Anfang Mitte Ende“ finden sich Abbildungen von Polaroids, die eine Reise

zu dokumentieren scheinen. Zusätzlich erweitern Sound-Schnipsel von Originalschauplätzen auf Sizilien das jüngste Buch. Die kann man über einen QR-Code ansteuern. Welche Möglichkeiten eröffnen sich dadurch?

Luiselli: Mir ist wichtig, dass meine Romane auch eine Art Archiv ihres Entstehungsprozesses sind. Dabei nutze ich Polaroids, historische Fotos, alte Dokumente und auch immer häufiger Tonaufnahmen. Daher interessiert es mich auch, die Spuren der Romanentwicklung im Endergebnis widerzuspiegeln und für andere zugänglich zu machen.

taz: Aktuell erleben wir in Europa verheerende Waldbrände in Griechenland, Italien, Spanien, Frankreich und in den USA. Und Ende Juli versuchten Zehntausende Migranten schwimmend, die spanische Exklave Ceuta zu erreichen. Plötzlich erscheint „Anfang Mitte Ende“ wie ein vorweg genommener Kommentar dieser Realität. Überrascht Sie das?

Luiselli: Im Englischen nennt man es den „Ripple-Effekt“. Wenn man einen Stein ins Wasser wirft, entstehen eine Reihe konzentrischer Kreise. Ich glaube, es ist die Aufgabe des Schriftstellers, den Moment der Fiktion zu betrachten, diesen Stein zu werfen und sich dann vorzustellen, wie die konzentrischen Kreise sich ausbreiten. Und deshalb erreicht die Fiktion manchmal tatsächlich die Zukunft, bevor die Realität dort ankommt.

Valeria Luiselli: „Anfang Mitte Ende“. Aus dem Englischen von Brigitte Jakobeit. Rowohlt Verlag, Hamburg 2026. 368 Seiten, 26 Euro, E-Book 21,99 Euro



Im Haarkunstshop
Foto:
Catherine
Folawiyo/
Orlanda

Locken, wie sie mir gefallen

Catherine Adufe Folawiyo's Bilderbuch „Der Haarkunstshop – Einmal glatte Haare, bitte!“ erzählt von Zugehörigkeit und der Geschichte der Haare

Von **Henriette Hufgard**

Es gibt Geschenke, die liebt man so inniglich wie die Menschen, von denen man sie bekommt. Als Laras Mutter ihr ein leuchtend gelbes Haarband schenkt, lässt es sie strahlen. Aufgeregt, schön und stolz blickt sie am Tag des Klassenfotos mit ihrer neuen Frisur in die Kamera – als plötzlich eine Mitschülerin lauthals abwertend ihre Haare kommentiert, gefolgt vom Gelächter der anderen. Vor lauter buschigen Locken sähe man nicht einmal ihr Gesicht, konstatiert das Kind, Lara passe überhaupt nicht rein. Plötzlich ist in Lara nichts mehr vom Strahlen des gelben Haarbandes übrig.

Die Geschichte, die Catherine Adufe Folawiyo in „Der Haarkunstshop“ mit Bild und Text erzählt, handelt von einem so schlimmen wie unversellen Gefühl: dem Ausgeschlossenheit und Nichtdazugehören. Manchmal scheint es in solchen Momenten, als müsse man eine ganz andere

Person werden, um wieder einen Platz im eigenen Leben haben zu dürfen. Und wie in Laras Fall steckt dahinter oft sehr viel mehr, als man auf den ersten Blick zu erkennen meint.

In der Zeit der Versklavung wurden Cornrows auch genutzt, um Fluchtwege zu kommunizieren

Als Lara endlich zu Hause ankommt, fliegt als Erstes das Haarband in den Papierkorb. Nach Kräften beginnt sie sich an ihren Locken abzuwaschen, will nichts mehr, als sie glätten: bürsten, ölen – nichts hilft. Sogar zum Bügeln greift Lara, um ihnen die Sprungkraft zu nehmen. Da erscheint Laras große Schwester im Türrahmen und bringt sie kurzerhand an einen ihr völlig neuen Ort: den Haar-

kunstshop. Hier trifft Lara nicht nur auf eine verständnisvolle Friseurin, sondern erhält auch einen Einblick die faszinierende Welt der Haare.

Was Lara nicht alles mit ihren Locken anstellen könnte: Die Friseurin erklärt, was Beads, Braids, Weaves und Cornrows sind, wie man Haare wie Laras mit Seidentüchern nicht nur stylen, sondern auch vor Haarbruch schützen kann. Offen getragen könnte man sie mit einem langzinkigen Afrokamm in Form bringen. Lara erfährt auch etwas über die Geschichte, die in den verschiedenen Frisuren steckt.

Noch heute sind etwa Beads – die Perlen, die man in Braids bzw. Zöpfen tragen kann – manchmal aus Holz, wie sie es schon vor vielen Jahrtausenden waren. Statt aus Elfenbein oder Knochen sind viele von ihnen heute jedoch aus Plastik oder Metall. Die Muster von Cornrows konnten traditionell den Status, die Gruppenzugehörigkeit oder das sogar das Alter einer Person anzeigen.

Auch über die ernsteren Seiten der Geschichte spricht die Friseurin mit Lara: In der Zeit der Versklavung Schwarzer Menschen wurden Cornrows ein wichtiges Mittel, um Fluchtwege aus der Gefangenschaft untereinander zu kommunizieren. Wie facettenreich die Geschichte ist, die hinter Laras Locken steht, unterstreichen auch Zitate wichtiger Schwarzer Persönlichkeiten, die immer wieder in den Zeichnungen zu finden sind.

In genau beobachtenden, verspielten Bildern zeigt das Buch einfühlsam, wie wichtig das Wissen um Traditionen sein kann, um sich zugehörig zu fühlen – und dafür, andere nicht auszugrenzen. Es lädt zum Staunen und Bewundern ein und ermutigt dazu, sich selbst zu mögen.

Catherine Adufe Folawiyo: „Der Haarkunstshop – Einmal glatte Haare, bitte!“. Orlanda Verlag, Leipzig 2026, 44 Seiten, 21 Euro



Anne Waak
Ausgehen und
Rumstehen

Feeling all the feels

Was haben eigentlich unsere Eltern in den Novemberrn und Dezemberrn der 1970er- und 80er-Jahre gemacht? Und wir – einige von uns – in den gleichen Monaten der ausgehenden Nullerjahre, der 2010er und 20er? Kinder, wie es scheint. Anders ist die Häufung von Augustgeborenen zumindest in dieser Bezugsgruppe nicht zu erklären. Gezeugt in der Kälte, hineingeboren in die anschwellende Hitze. An zwei von drei Tagen wird jemand ein Jahr älter.

An einem Tag in diesem August, am Sonntag, feiern wir den Geburtstag eines Menschen, der seit nicht einmal zwei Wochen nicht mehr älter wird. Als wir uns im Park treffen, hat der Regen die Glut des Vortages gelöscht und sich dann höflich verzogen. In der Signalgruppe namens J.♥, die innerhalb kürzester Zeit auf 29 Mitglieder angewachsen war, hatten wir lediglich vereinbart, uns am Nachmittag zu treffen. Mehr braucht es auch nicht für Picknickdecken, Getränke, acht Sorten Kuchen.

Längere und festere Begrüßungsumarmungen als sonst. Jemand bringt zwei Hängebatten an. Der Plan, dass wir uns alle in eine hineinlegen würden, klingt in manchen Ohren schön, in manchen nach leisem Unwohlsein und wird schließlich aus ganz praktischen Gründen (also: Platz und Tragfähigkeit) nicht umgesetzt. Die Kids übernehmen.

Es bilden sich kleine und größere Gruppen. Immer wieder bricht jemand in Tränen aus, in Kichern oder lautes Gelächter, oft vermischt sich alles. Mehr Umarmungen. A. hatte die Idee, von allen Kerzen einzusammeln, die die Familie im kommenden Jahr anzünden kann. D. sagt, wir müssten all die Geschichten, die wir uns hier über J. erzählen – wie wir uns an sie erinnern –, auch ihren Kindern erzählen.

Sagt, sie kann sich nicht entsinnen, dass es in ihrer Kindheit auch nur einen Todesfall im Freund*innenkreis ihrer Eltern gegeben hätte. Nachdenkliches Zustimmung. Die einzige schöne Erklärung, die uns dazu einfällt, ist: Unser Rudel ist größer. Wir sind auf so viele Arten und Weisen über Ozeane und Kanäle hinweg miteinander verbunden, dass niemand verschwinden kann, ohne dass es alle wissen und betrauern.

Am südlichen Ende des Landes feiert gleichzeitig J.s Familie, drei Generationen, fast noch einmal genauso viele Menschen. Wir tauschen Gruppenfotos aus. Auch dort scheint die Sonne auf die Wiese, auch dort stehen manche Hand in Hand neben anderen hinter verschränkten Armen und Sonnenbrillen, während wieder andere lachen.

Dann der Gedanke: Es ist ja auch ein Glück, jede*n Tote*n in Ruhe und Frieden, im vertrauten Rudel und mit acht Sorten Kuchen betrauern zu können. Um nicht zu sagen: dürfen. Morgen stehen die nächsten beiden Geburtstage an.

Ein skurriler Mix aus Techno, Metal und Elektro

Der finnische Rapper, Sänger und Songwriter Käärijä präsentiert eine Musik, die sich nicht zu ernst nimmt. So auch beim jüngsten Konzert in Schweden

Von **Klaudia Lagozinski**

Es ist ein verregneter Samstag in Schweden, ungefähr fünf Stunden nördlich von Stockholm. Zum eigentlichen Konzertbeginn prasselt Wasser in Strömen auf den Rasen, der immer matschiger wird, die meisten Gäste warten in einem Glashaus vor der amphitheaterartigen Bühne Schutz auf den Beginn des Käärijä-Konzerts, das erst 30 Minuten später losgeht. „Wenigstens ein paar sind gekommen, wenigstens ist's nicht leer“, sagt Käärijä, als er mit einer schwarzen Lederjacke mit aufgeblähten Oberarmen und nacktem Bauch auf die Bühne tritt – ein Stil, dem man von seinen Eurovision-Auftritten kennt.

Finnland ist für skurrile und einzigartige Beiträge zum ESC bekannt – man erinnert sich an die Metalband Lordi, die 2006 den Titel holte. Die Nummer zwei in Sachen ESC-Bekanntheitsgrad ist Käärijä, bürgerlich Jere Mikael Pöyhönen, der im Jahr 2023 auf dem zweiten Platz



Der Sänger Käärijä mit Mikrophon in einem panzerartigen Anzug auf der Bühne
Foto: Klaudia Lagozinski

landete – mit „Cha Cha Cha“, einem tanzbaren Ohrwurm, den man gern mitgrölt, auch wenn man kein Finnisch kann, und der Techno, Metal und Elektro auf einzigartige Weise vereint. Hätte nur das Publikumsvoting beim ESC gezählt, wäre der 32-Jährige auf Platz eins gelandet.

An dem Augusamstag 2026 steht der Finne in Mittelschweden auf einer Open-Air-Bühne, der „Naturscen Skuleberget“, direkt am Skuleskogen Nat-

ionalpark. Seit mehr als 40 Jahren finden hier Konzerte statt. Hinter der modernen Bühne, die größtenteils aus Holz besteht und schwarz angestrichen ist, ragt der knapp 300 Meter hohe namengebende Berg, der Skuleberget, in die Höhe. Reingepasst hätten hier mindestens zehnmal so viele Leute, doch die Stimmung ist unter den rund 200 Menschen, die da sind, trotz immer wieder einsetzendem Regen top.

Die Menge ist gemischt, alle Altersgruppen sind vertreten. Eltern sind mit ihren Kindern da. „Sei fleißig in der Schule, sonst endest du hier“, sagt Käärijä zu einem Mädchen in einer der ersten Reihen. Jemand hält Käärijä einen Plüschrucksack hin, mit einem Mumin – einem Trollwesen aus Kinderbüchern, erfunden von der finnlandschwedischen Schriftstellerin Tove Jansson, das Käärijä dankend annimmt und für die nächsten Songs auf dem Rücken behält.

Anders als viele andere ESC-Sternchen machte Käärijä weiter, nahm zu-

letzt zwei Songs mit dem 2024 beim ESC disqualifizierten Joost aus den Niederlanden und Tommy Cash („Espresso Macchiato“), ESC-Dritter aus Estland in Basel 2025, auf. Joost ludt Käärijä sogar zum Coachella Festival 2026 ein, um den neuen gemeinsamen Song „TRAFIK!“ zu performen.

Doch nicht nur mit ESC-Sternchen macht der Finne einzigartige Musik, die sich nicht zu ernst nimmt, sondern neulich auch mit dem schwedischen Millenniums-DJ-Star Basshunter – wer Anfang der 2000er jung war, erinnert sich an „Boten Anna“ und „Now You're Gone“. Und nun gibt es einen neuen Song, Basshunter und eben Käärijä „Ja Eller Nej“.

Im Technotrack hört man beide Stimmen klar heraus, den nostalgisch anmutenden Refrain auf Schwedisch von Basshunter und Rap von Käärijä auf Finnisch – und weil Basshunter an diesem Abend nicht vor Ort ist, aber eben viele Schweden, sucht Käärijä sich aus dem

Publikum einen Fan, lädt die Teenagerin auf die Bühne ein, fragt sie, ob sie den schwedischen Text kann, und als sie nickt, sagt er: „Okay, dann bist du nun Basshunter.“ Dann klingt der Song an und die junge Frau singt auf Schwedisch die Strophen.

Weil so wenige da sind – vielleicht wegen des Regens, vielleicht weil hier meistens schwedische Acts auftreten –, fühlt sich das Konzert intim an. Der Künstler nimmt sich Zeit, geht auf die Gegebenheiten und seine Fans ein und schafft es, die Stimmung hochzuhalten, obwohl es die vielleicht vorerst kleinste Crowd ist, vor der Käärijä, der nun auf Tour geht, spielen wird.

Konzerte von Käärijä in Deutschland: 9. Oktober Berlin (Columbia Theater), 10. Oktober Hamburg (Uebel & Gefährlich), 11. Oktober Köln (Die Kantine), 3. November München (Technikum), 4. November Hannover (Musikzentrum Hannover)

Goldene Woche

Nach der tristen WM 2023 ist die Medaillenbilanz der deutschen Leichtathletik bei der EM in Birmingham prächtig. Die ersten Reformen scheinen zu fruchten



Von **Katarina Schubert**

Noch vor zwei Jahren wäre eine enttäuschte und weinende Malaika Mihambo eine Katastrophe für die deutsche Leichtathletik gewesen. Denn wer sonst als die Erfolgsgarantin schlechthin sollte für deutsche Medaillen bei großen internationalen Meisterschaften sorgen? In Birmingham aber lasteten die ganze Verantwortung und der Druck nicht auf den Schultern der Weitspringerin. Und so musste Mihambo nach ihrem fünften Platz nur mit den Tränen ihrer eigenen Enttäuschung kämpfen.

Denn dieses Mal war auf ihre Mitstreiter*innen Verlass. 21 Medaillen gewann das deutsche Team in Birmingham; das sind zehn mehr als noch vor zwei Jahren in Rom. Und während Mihambo damals in der italienischen Hauptstadt noch den einzigen Titel holte, durften sich dieses Mal direkt sechs deutsche Leichtathlet*innen über Gold freuen. Die sieben Tage von Birmingham können sich durchaus sehen lassen für den Deutschen Leichtathletik-Verband.

„Wir haben hier in Birmingham ein Team erlebt, das großartig aufgetreten ist“, so Jörg Bügner, DLV-Vorstand Leistungssport, zum Abschluss der Titelkämpfe am ARD-Mikrofon. „Wir sind auf einem sehr guten Weg, sehen eine größere Breite, junge Athletinnen und Athleten rücken nach, etablierte Leistungsträger entwickeln sich weiter und auch das Selbstverständnis unseres Teams verändert sich. Wir treten mit größerem Selbstvertrauen auf.“

Die Freude über das gute Abschneiden in Birmingham ist nachvollziehbar. Zu präsent sind noch die Erinnerungen an die Weltmeisterschaft 2023 in Budapest, als das deutsche Team

zum ersten Mal in seiner Geschichte ohne eine einzige Medaille die Rückreise antrat. Die Weltspitze? Meilenweit entfernt. Das erkannte auch der DLV und stieß Reformen an.

Dies betraf zuvorderst das Personal, allen voran Jörg Bügner selbst. Seit Anfang 2023 ist der promovierte Trainingswissenschaftler als Sportdirektor beim DLV angestellt. Nach der WM in Budapest wurde sein Kompetenzbereich nochmals ausgebaut. Soll hei-

„Wir dürfen jetzt nicht überheblich werden. In bestimmten Disziplinen war hier die absolute Weltklasse am Start, in anderen nicht“

Jörg Bügner,
DLV-Vorstand Leistungssport

ßen, alle leitenden Bundestrainer berichten von nun an direkt an Bügner. Damit ersetzt er die bisherige Cheftrainerin Annett Stein, die daraufhin ihren Hut nahm.

Überhaupt sollten die Strukturen gestrafft und Verantwortungsbereiche geschärft werden. Das gilt auch für den Nachwuchs – sowohl, was Athlet*innen als auch Trainer*innen angeht. Dieser soll schneller an den Leistungssport herangeführt werden. Zudem wurden die Kaderrichtlinien angepasst. Athletinnen wie Julia Ulbricht, die im Speerwerfen überraschend Silber gewann und vorher keinerlei Förderung erhielt, schaffte dank ihres Medaillengewinns nun direkt den Sprung in den Olympia-Kader.

Trotz aller Euphorie über den Me-

daillensegen von Birmingham warnt Bügner vor zu hohen Erwartungen. „Wir dürfen jetzt nicht überheblich werden. In bestimmten Disziplinen war hier die absolute Weltklasse am Start, in anderen nicht. Es gibt noch einiges zu tun“, gibt er gegenüber der ARD zu Bedenken. „Wir wissen sehr genau, dass der Weg in einigen Disziplinen bis zur internationalen Spitze noch weit ist.“

Das Ziel des DLV ist es, bei den Olympischen Spielen 2028 in Los Angeles wieder zu den fünf besten Nationen in der Leichtathletik zu gehören, in Paris 2024 war man noch Elfter. Doch dann sind die deutschen Stars um Gesa Krause, Malaika Mihambo, Julian Weber oder Amanal Petros schon weit über 30 Jahre alt. Ob Owen Ansah, deutscher Rekordhalter und Europameister über 200 Meter, dann starten darf, ist ebenfalls aufgrund seines laufenden Dopingverfahrens ungewiss. Und ist man ehrlich, so ist die Weltspitze vor allem in den Laufdisziplinen doch noch sehr weit weg.

Dennoch macht die EM in Birmingham Hoffnung. Was auch an jungen Athleten wie Owe Fischer-Breiholz liegt. Der 22-jährige wurde bei seiner ersten internationalen Teilnahme überhaupt guter Fünfter über die 400-Meter-Hürden, konnte aber seinen Ärger nicht verbergen. Er sei noch nie so enttäuscht gewesen und richtig von sich selbst genervt, sagte er nach dem Rennen. So auch Lea Meyer, die nach einem Sturz nur Vierte im Hindernislauf wurde und im Interview kurz darauf betonte, dass sie eine Medaille verdient hätte. Was das eigene Anspruchsdenken angeht, sind die deutschen Leichtathlet*innen auf jeden Fall schon einmal Weltspitze.

noch unter den Folgen des Schlüsselbeinbruchs, den er sich bei seinem Sturz bei der Tour de France zugezogen hat“, teilte sein Team mit. Damit wird Vingegaard nicht wie teils angenommen bei der Rad-WM in Kanada vom 20. bis 27. September dabei sein.

Ein Großeinkauf: Fußball-Bundesligist Borussia Dortmund hat nach dem verpassten Transfer von Saïd El Mala wohl eine Alternative

gefunden. Übereinstimmenden Medienberichten zufolge stehen die Dortmunder vor der Verpflichtung des griechischen Mittelfeldspielers Giannis Konstantelias. Eine Ablösesumme von rund 32 Millionen Euro soll für den 23-jährigen, der vom Erstligisten PAOK Thessaloniki kommt, gezahlt werden. Zudem soll der niederländische Mittelfeldspieler Joey Veerman vom PSV Eindhoven für 22 Millionen Euro verpflichtet werden.



Martin Krauss
Linker Haken

Argwohn gegen das Rebellische

Wenn in Deutschland vom Boxen die Rede ist, dann braucht es keine zwei Wortmeldungen, bis einer „Max Schmeling“ sagt. Ehrfurcht umweht diesen Namen. Aber interessanterweise wurde der frühere Weltmeister nie bedingungslos gefeiert und geliebt. An großen Namen mangelte es im deutschen Profiboxen der 1920er und frühen 1930er Jahre nicht: Hans Breitensträter, Gustav Eder, Paul Samson-Körner oder Johann „Rukeli“ Trollmann. Warum aber ist nur Max Schmeling Name bis heute der Goldstandard für deutschen Faustkampf?

Vor 100 Jahren begann sein Aufstieg. 21 Jahre alt war er und wurde durch Sieg über Max Diekmann Deutscher Meister im Halbschwergewicht. Das Berliner Tagblatt sah in Schmeling einen „entschlossenen, wuchtigen Angreifer, rücksichtslos in der Taktik“. Entschlossen war Schmeling unzweifelhaft, vermutlich auch rücksichtslos. Aber er war niemand, den man Liebling der Massen nennen könnte. Der „blonde Hans“, wie Breitensträter gerufen wurde, war eines der ersten Sexsymbole der Weimarer Republik; Samson-Körner war so faszinierend, dass Bertolt Brecht einen Roman über ihn schreiben wollte; Trollmann galt als Idol proletarischer Fans, die sich vom NS-System nicht einbinden ließen. Aber Schmeling blieb halt Schmeling.

Sogar als er 1927 erster deutscher Europameister wurde, änderte sich das nicht. Etwas anderes kam Schmeling zu pass: ein Kampf gegen Hein Domgörgen aus Köln, der wie er selbst nicht als Publikumsfeld galt, aber sehr wohl einer der besten Boxer seiner Zeit war. Als amtierender Deutscher Mittelgewichtsmeister forderte er Schmeling's EM-Titel. Als „Hasssduell“ wurde der Kampf in Leipzig inszeniert. Um die Dramatik herauszustreichen, wurde vereinbart, dass der Sieger die gesamte Börse einstreicht und der Verlierer leer ausgeht.

Diese Konstruktion funktionierte: Zwei hochklassige Boxer lieferten sich einen exzellenten Kampf, den Schmeling gewann. Weil keiner von beiden auf mitreißende Weise boxte und keiner als Idol galt, schon gar nicht beim Leipziger Publikum, wurden die Sympathiepunkte neu sortiert.

Ein Jahr später, 1928, verteidigte Schmeling seinen EM-Titel gegen den Italiener Michele Bonaglia, der als Günstling Mussolinis galt. Schmeling erlebte etwas, was er nicht kannte: Er galt als Symbol der Demokratie, des Antifaschismus. „Es lebe Paganini, nieder mit Mussolini“ skandierten Fans im Berliner Sportpalast. Doch Schmeling als „Deutschlands Sportheros“, wie es der Journalist Rolf Nürnberg damals formulierte, das hielt dann doch nicht so lange.

Als Schmeling ins Schwergewicht wechselte und nach Amerika ging, war er nicht mehr so populär. Weltmeister gegen Jack Sharkey wurde er 1930, weil der Titel damals vakant war und Sharkey wegen Tiefschlags disqualifiziert wurde. „Ich hau dir unter die Jürtellinie, dette Weltmeister wirst“, lautete ein Berliner Witz, in dem nicht einmal Respekt durchschimmerte. 1932 verlor Schmeling den Rückkampf gegen Sharkey, 1933 unterlag er Max Baer, und erst 1936, als er gegen das junge Boxgenie Joe Louis überraschend gewann, konnte er Respekt erheischen.

Es bleibt ein interessantes Muster: Kämpfern, die von den Massen leidenschaftlich geliebt werden, wird in Deutschland nie der große Bahnhof gemacht. Es sind vielmehr Boxer wie Henry Maske, die Klitschko-Brüder und allen voran Max Schmeling, die als die Helden gelten – unnahbar, respektiert, aber auch irgendwie entrückt. Kämpfern wie Hans Breitensträter, Johann „Rukeli“ Trollmann, Peter „de Aap“ Müller oder Graciano Rocchigiani, die etwas Rebellisches und Subversives umgibt, wird solch quasi offizielle Anerkennung nicht zuteil.

was alles nicht fehlt

Afrikas beste Fußballerinnen: Kamerun hat am Sonntag das Finale des Women's Africa Cup of Nations (Wafcon) gegen das Überraschungsteam aus Malawi mit 3:0 für sich entschieden. Alle Treffer fielen bereits in der ersten Hälfte. Marie Ngah Manga traf zweifach, Naomi Eto einmal. Malawi, das dank der Schwestern und Weltklassemädchen Temwa und Tabitha Chawinga gleich bei seiner ersten Turnierteilnahme ins Endspiel vorstieß, war deut-

lich unterlegen. Für Kamerun war es nach drei Finalniederlagen 2004, 2014 und 2016 der erste Titelgewinn. Am Vortag hatte sich Algerien im Elfmeterschießen gegen Gastgeber Marokko (1:1 n. V., 3:2 i. E.) den dritten Platz gesichert.

Vorzeitiges Saisonende: Der zweimalige dänische Tour-de-France-Sieger Jonas Vingegaard wird in dieser Saison kein Rennen mehr bestreiten. „Er leidet immer

Anzeige



Zeitungen für Gefangene!

In Gefängnissen gibt es keinen Zugang zu digitalen Informationen.

Bitte spenden Sie die »taz« zum Preis von 44,80 € monatlich, 268,80 € halbjährlich, 537,60 € jährlich oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:
Freiabonnements für Gefangene e.V.
IBAN: DE06 3702 0500 0003 0854 00
Kennwort: »taz«
www.freiabos.de



Freiabonnements für Gefangene e.V.
Information und Bildung für Menschen in Haft

Photo © Beate Pundt

Endlich unsichtbar

Trotz Tarnkappe vom Spätimann durchschaut. Berliner Nächte sind gefährlich

Von Thilo Bock

In der Nachspielzeit eines hitzigen Sommertages sitze ich im total heruntergekühlten Nachtbus, in dem es so kalt ist, als würden die Berliner Verkehrsbetriebe, die BVG, ihre Fahrgäste einfrieren wollen, damit die nicht mitbekommen, mit welcher Verspätung sie ihr Ziel nie erreichen.

Ein junger Mann entert von hinten das Oberdeck und reißt sämtliche Fenster auf, woraufhin ein frischer Fahrtwind das eisige Gefühl noch verstärkt. Keiner der Umsitzenden reagiert. Vermutlich sind alle schockgefrostet.

Ich dagegen habe die Hoffnung nicht aufgegeben, heile aus dieser fahrenden Doppelstockkühltruhe zu kommen und ohne Nackenschmerzen am nächsten Morgen aufzuwachen. Diesbezüglich bin ich leider anfälliger als ein junger Hund beim Herannahen Joggender. Also folge ich dem Fensteraufreißer und schließe zwei davon wieder, bemüht um Unauffälligkeit. Was gehörig misslingt. Die Fenster knallen nämlich laut zurück in ihre Rahmen. Das holt sogar selbst eine Mitfahrende aus ihrer Schockfroststarre.

Ich kann mich gerade noch setzen, da fährt der Fensteraufreißer herum und beginnt, mich wüst zu beschimpfen. Ge-



Unsichtbar in der Nacht: In Berlin kein Wunder Foto: ap

konnt ignoriere ich ihn. Das hat mich das Leben in dieser Stadt gelehrt: Bloß nicht gucken, wenn dich einer anbölkelt, es könnte ein Wahnsinniger sein, der dich zum Teil seines Problems macht. Da wäre mir ein steifer Nacken deutlich lieber.

Der Mann schmäht mich in einer mir unbekannten Sprache. Ich ahne, inhaltlich nicht gut wegzukommen. Trotzdem bleibe ich stur, erstaunlicherweise mit Erfolg. Der Herr ist wohl ein unerfahrener Tourist. Als letzte Geste der Verach-

tung zieht er mit bösem Blick einen Ring von seinem Finger und wirft ihn mir an den Kopf. Also beinahe. Der Ring trifft lediglich den Sitz vor mir. Was der Werfer nicht mitbekommt. Er ist bereits gen Unterdeck verschwunden.

Ich nehme den Ring an mich. In sein Silber sind gekreuzte Säbel graviert. War das gerade eine Einladung zum Duell? Heiteres Klingenschwingen auf dem Mittelstreifen nach Mitternacht? Während ich darüber nachsinne, stecke ich mir das Ding

unbedacht an den Finger. Mein erster Ring. In meinen Besitz übergegangen durch Zuwurf.

Er hat einen tiefblauen Stein. Lapislazuli! Mein Schatz, denke ich, dich gebe ich nicht wieder her! Er geht sowieso nicht über den Knöchel. Auf ein Duell habe ich allerdings keine gesteigerte Lust. Dafür bin ich zu müde. Und den Finger will ich erst recht nicht hergeben, falls der Ringwerfer das gute Stück zurückfordert. Also schleiche ich die Treppe herab und halte Ausschau nach ihm. Er ist nirgends zu entdecken.

Da bremst der Bus und mich drückt es an den Rücken des Mannes vor mir. Er fährt mit einem unangenehmen Laut herum. Verdammt, das ist er! Ich versuche ein entschuldigendes Lächeln. Er aber scheint durch mich hindurchzusehen mit glasigem Blick. Hach, diese jungen Leute! Er steigt aus. Ich auch. Endstation Mordor, formerly known as Bahnhof Zoo. Darauf einen Mampe Halb und Halb.

Mit weichen Knien betrete ich den nächsten Späti und hole mir lieber ein perlendes Kaltgetränk. Ich stelle es auf den Tresen, doch der Verkäufer macht keine Anstalten, zu kassieren. Krass, der Ring macht mich echt unsichtbar!

Ganz neue Möglichkeiten tun sich da auf. Busfenster schließen, ohne gleich zum Duell herausgefordert zu wer-

den. Nie wieder im Späti zahlen. Überhaupt kein Geld mehr ausgeben müssen. Schon gar nicht für Klamotten. Wenn mir danach ist, kann ich splitterfarnackt durch die Stadt tanzen und keiner sieht mich. Hurra!

Frohgemut öffne ich erneut den Kühlschrank und nehme mir weitere Flaschen, so viele, wie in meine Taschen passen. An der Spätitür steht ein weiterer Verkäufer und raucht. Schon ein seltsames Gefühl, einfach so an ihm vorbeigehen zu können.

Aus reiner Gewohnheit nicke ich ihm zu, bringt ja nichts. Er aber nickt zurück. Ulkig, denke ich, hat der den siebten Sinn? Da wirft er die Zigarette auf die Straße und stellt sich mir in den Weg. „Ey, Großer, denkst du, ich bin blind, wie mein Bruder da hinten?“ Damit hatte ich jetzt nicht gerechnet. Jedenfalls nicht mit einer Ansprache.

„Nee, ich, ähm, ich dachte halt, ich bin ...“ Der Spätimann hilft mir, den Satz zu vervollständigen. „.... unsichtbar? Du dachtest, du bist unsichtbar? Da bist du in dieser Stadt nicht der einzige.“ Ich seufze. „Ich war gerade dabei, mich daran zu gewöhnen.“

„Ist bestimmt das Beste, Großer!“ Er taxiert die Flaschen in meinen Händen und Taschen. „Bitte bleib unsichtbar. Kein Problem, Großer! Kostet auch bloß zwölf Euro. Freundschaftspreis, sag‘ ich mal.“

Favorit der Wahrheit

Hartmut Engler wieder nicht hässlichster Hund

Einmal im Jahr wird im kalifornischen Santa Rosa der hässlichste Hund der Welt gewählt. Zuletzt war es am Wochenende wieder der Fall, aber wie bei vielen Spaßwettbewerben, die sich wiederholen und wiederholen, verliert sich irgendwann der Charme und eben auch der Spaß an der immer gleichen Geschichte. So hatten wir uns in diesem Jahr entschlossen, nicht darüber zu berichten, dass Mops-Hündin Jinny Lu diesmal die Siegerin war im größten Underdog-Wettbewerb der Welt. Mit ihrer „schief heraushängenden Zunge, den Glupschaugen und Falten im Gesicht“, wie die Schönheitsagentur dpa am Sonntag die Gewinnerin

beschrieb, überzeugte sie die Jury. Die Wahrheit aber nicht, die traditionell einen anderen Sieger bevorzugt. Denn seit rund einem Vierteljahrhundert sprechen wir an dieser Stelle jedes mal unser Bedauern darüber aus, dass der Pur-Sänger Hartmut Engler wieder nicht gesiegt hat. Aber als serviceorientierte Redaktion folgen wir nur zu gern den Wünschen unserer Leser, die uns darauf aufmerksam machten, dass wir in diesem Jahr die Würdigung Harmut Englers unterlassen hatten. Hiermit versprechen wir, künftig unseren Favoriten wieder zu würdigen. Wenn es nach uns ginge, bekäme der Purist die ästhetischen 5.000 Dollar Preisgeld.

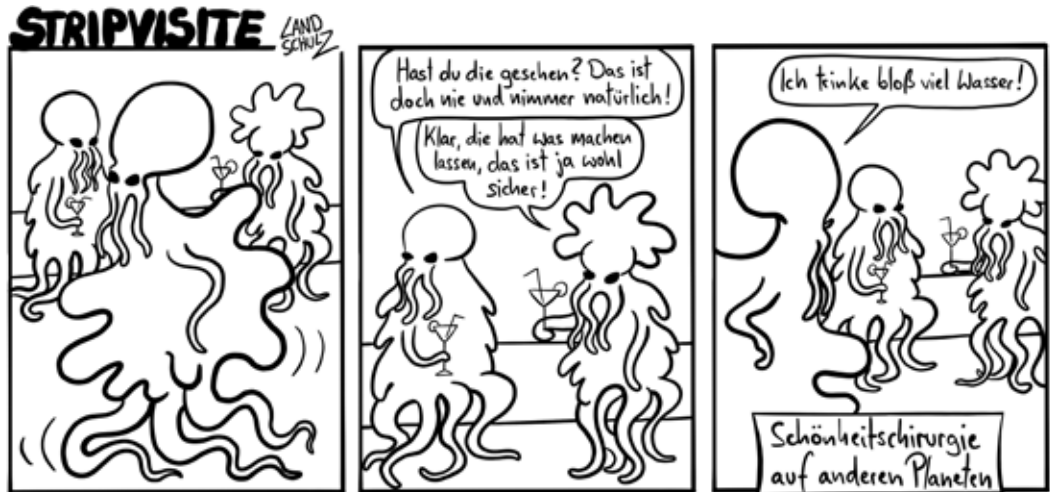
Führer in Plüsch

Typisch deutsches Spielzeug im Edeltrend

So lecker! Endlich gibt es im KaDeWe eine Bratwurst aus Plüsch. Wie die Genussagentur dpa am Montag verkündete, hat das Berliner Edelkaufhaus jetzt das dringend notwendige Kuschelspielzeug im Angebot. Präsentiert wurde die Plüschbratwurst bei der Eröffnung einer brandneuen „In-Store-Experience“ der Knuddelmarke Jellycat. Schon im Vorfeld verkündete der Hersteller absonderlicher Spielzeuge, die „Bratwurst mit Trachtenhut“ sei eines von „vier exklusiven Jellycats mit typisch deutschen Motiven“. Nummer eins ist selbstverständlich die Wurst, dann sind wohl die Kartoffel die zwei und das Bier die drei im Klischee-Reigen. Aber welches Themenplüschtier wird die deutsche Nummer vier: ein Schlagersänger? Oberinspektor Derrick? Oder doch Hitler? Wie niedlich. Und schnucklig. Und genau das Richtige für den Zeitgeist im Zeichen des Abschaums für Deutschland (AfD). Ein Plüsch-Führer. Sogar mit der Variante „Thüringer“. Für den kleinen Höcke zwischendurch. Darauf hat die Welt gewartet.



Plüschbratwurstfoto: dpa



Frank Schäfer

Harz im Herzen

Wer das Harz Hotel & Spa Seela bucht, will runterkommen. Wovon auch immer. Zunächst einmal von zu hohen Erwartungen. Denn das Vier-Sterne-Haus zeigt sich von außen als eine astreine Mischung aus Marzahner Platte und Jugendpsychiatrie der Spätsiebziger. Wer sich aber durch die goldenen Schiebetüren traut, merkt sogleich, es ist das Tor zu einer anderen Dimension. Hier trägt man flauschig-blütenweiße Bademäntel, wandelt auf Gummischlappen und schimpft mit seinen Blagen. Sie sind ja der eigentliche Grund dafür, warum man Bademantel trägt, sollten also gar nicht hier sein. Doch zu Hause haben alle netten Tanten, Großeltern und Freundinnen gebetet, auf dass der Satan weiche. Also mussten Jenny, Jacqueline und Robin mit und bekommen dafür den ganzen Hass zu spüren, den alleinerziehende Mütter aufzubringen in der Lage sind. Es ist eine Menge. Alleinerziehende Väter sieht man natürlich nicht. Die sind zusammen

auf Malle und saufen Schnaps aus Eimern. „Mami, Mami, können wir uns ans Fenster setzen?“, ruft ein fröhliches Mädchen voller Vorfreude am Eingang des Restaurants und will schon loslaufen. „Ich hab dir tausendmal gesagt, du sollst nicht so rumkrakeln“, reißt ihre Mutter sie am Arm zurück und schraubt dabei den Dezibel-Peak noch ein Stückchen weiter in den roten Bereich. „Können wir?“, fragt das Mädchen jetzt schon zaghafter. „Reserviert“, versetzt die Mutter schnippisch wie eine böse Fee und zieht sie fort. Aber das stimmt nicht. Es steht gar kein silbernes Schild auf dem Fensterstisch. Die Kleine soll nur früh genug erkennen, dass man im Leben viel zu selten bekommt, was man sich erhofft. Mami musste das schließlich auch lernen. Eigentlich könnte man es sich hier gutgehen lassen. Das Programm zur körperlich-seelischen Runderneuerung ist nämlich erstaunlich vielfältig. Es gibt sogar eine „Bibliothek“ mit der vollständigen

„Angélique“-Reihe von Anne Golon und ihrem Mann Serge. Das Herz geht mir auf, denn ich kenne Anne und Serge noch aus der Wohnzimmerschrankwand meiner Eltern. In den Siebzigern bekam man diese Historienschenken zugeschickt, wenn man die vierteljährliche Bestellung beim Deutschen Bücherbund verpennt hatte. Auch Familie Seela kann offenbar ein Liedchen davon trällern. Es ist somit alles da, man muss das Haus gar nicht erst verlassen. So richtig lohnt sich das ohnehin nicht, denn wir befinden uns ja in Bad Harzburg. Hier gibt es viele tote Kiefern. Und den Radau-Wasserfall. Der heißt nicht so, weil er besonders laut wäre, sondern trägt den Namen des lokalen Bachs – und der kommt aus dem Urgermanischen und bedeutet soviel wie „sterbenslangweilig“. Ich treffe da auf einen älteren Herrn. Wir stehen seufzend vor dem Wassersturz. Er schüttelt langsam den Kopf, dann gehen wir grußlos unserer Wege. „Der Schatz im Silbersee“ wurde nicht hier gedreht!



das wetter

Mögelich

Mögelich ist alles, aber ist es auch sinnvoll? Oder gar intelligent? Das ist hier die Fragö, um die es in diesem kleinen Text gehen kann. Nichts mus! Nicht in diesen Zeiten, nicht hier und heute. Aber morgen, da sollten wir mal alle wieder zusammenstöhnen und uns olle doll lieb haben. Höre ich wieder Spruch? Dann ist er woll berechtigt, denn immer dieses Rumgequorke, es ist doch gar eigentlich nicht mehr auszuhalten. Wenn auch Sie danit einverstanden sind, dann unterschreiben Sie hier bloß nix. Und jetzt aber mal tschüsso!

gurke des tages

Ja, so kann es auch gehen. Beziehungsweise langsamer gehen: Endlich wird vom Gas gegangen beim Autofahren! Vorbildlich geht da Meck-Pomm voran, eine Modellinitiative ist losgegangen: „Brand eines mobilen Blitzers in Bandelin“, damit ging am Montag das Polizeipräsidium Neubrandenburg in die Vollen. Klarer Fall. Brennt der Blitzer, geht es langsamer voran auf der Straße. Denn dann müssen alle Gafferinnen und Gaffer in den Autos gaffen. Na bitte, geht doch!

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift:
Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk,
Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Barbara Junge
Anzeigen:
Dieter Schwengler
Berliner Lokalteil:
Susanne Memarnia | alle Berlin
Regionalteil Nord:
Jan Kahleke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand:
Pascal Beucker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat:
Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg |
Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin |
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis digital
22,40 €



Die Welt verstehen.

Immer dienstags,
mit dem taz-Newsletter.

taz.de/newsletter



Von Lilly Schröder

Popikone Ikkimel wirbt für die Linkspartei, SPD-Fraktionschef Raed Saleh macht im Abgeordnetenhaus „Entweder-oder“-Challenges mit Kreuzberger Rapperin Zahide und die SPD zeigt auf fünf Instagram-Slides, was im Parteiprogramm steht. Im Wahlkampf um das Rote Rathaus haben die Parteien offenbar verstanden: Wer die Gen Z erreichen will, muss ihre Sprache sprechen. Bei der Abgeordnetenhauswahl im September ist das besonders relevant. Erstmals dürfen 55.000 Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren mitwählen.

Und die wählen anders als der Bevölkerungsdurchschnitt: Bei den U18-Bundestagswahlen 2025 war die Linke mit 27,3 Prozent stärkste Kraft, dahinter die SPD und die Grünen mit jeweils um die 18 Prozent. Bei der letzten Abgeordnetenhauswahl im Februar 2023 wählten rund 22 Prozent der jüngeren Wählergruppe von 18 bis 24 Jahren die Grünen, knapp gefolgt von der Linken.

Um diese Wählergruppe zu mobilisieren, setzen inzwischen alle Parteien auf die Logiken von Instagram und Tiktok: kurze Videos, schnelle Schnitte, Memes, popkulturelle Anspielungen und Jugendsprache. Aber manche Parteien haben den Dreh mehr raus als andere.

Vorreiterin ist die Linkspartei, die bereits bei der Bundestagswahl 2025 vorgemacht hat, wie man Social Media knackt: mit sogenanntem Brainrot-Content, etwa Heidi Reichinneys energischen Bundestagsreden, unterlegt mit Techno, oder Parteichef Jan van Aken mit computeranimiertem Laserblick. Auch der Berliner Linken-Politiker Ferat Koçak versteht Politik für seine knapp 200.000 Tiktok-Follower zielgruppengerecht aufzubereiten, unter anderem mit Lipsync-Videos zu Zahide-Songs.

Linken-Spitzenkandidatin Elif Eralp liegt mit fast 19.000 Followern mit Abstand vor allen anderen Spitzenkandidat*innen. Auch die Landespartei führt dort mit 38.000 Followern das Feld unter den Parteien an. Der Trick: Themen, die Jugendliche unmittelbar betreffen, wie bezahlbares Wohnen, Bildung, soziale Gerechtigkeit oder Klimaschutz, werden in Memes verpackt und ironisch inszeniert. Mit popkulturellen Bezügen und Jugendslang wie dem Jugendwort-des-Jahres-Anwärter „six seven“ verringert Eralp die Distanz zwischen Partei und Wähler*innen.

Die eigentliche Mobilisierungsleistung erfolgt jedoch nicht über Inhalte, sondern über popkulturelle Kooperationen. Beim Mari-



Social Media Game geknackt: Ikkimel beim Fest der Linken am 1. Mai in Kreuzberg
Foto: Ben Kriemann/picture alliance

Mit Brainrot auf Stimmenfang

Um Jungwähler*innen anzusprechen, müssen Parteien in den sozialen Medien Wahlkampf machen. Dabei setzen sie auf Memes, Ironie und Ellenbogeneinsatz

annenzplatzfest am 1. Mai 2026 trat die Kreuzberger Rapperin Ikkimel für die Linke auf, ein Instagram-Post des Landesverbands mit Eralp und Ikkimel bekam 28.000 Likes.

„Mit der SPD hast du einfach mehr Cäsh in der Täsche“

Social-Media-Team der SPD

Die CDU tut sich mit Social Media noch schwer: Auf Tiktok kommt die Landespartei auf gerade mal rund 130 Follower – wenig überraschend bei zwei Posts. Auf Instagram, mit immerhin 8.600 Followern, laufen statt Reels und Social-Media-Trends vor allem Nahaufnahmen des Spitzenkandidaten vor CDU-blauem Hintergrund mit Zitaten.

Jugendliche werden kaum angesprochen, es wird über sie gesprochen: Es brauche gute Schulen, Sicherheit sowie einen bezahlbaren Führerschein. Dass Verkehrssenatorin Ute Bonde ausgerechnet das kostenlose Schülerticket infrage stellt, dürfte nicht gut ankommen. Viral ging bei der CDU bislang nur eines: ein umstrittener Wahlkampfclip, der nahelegt, propalästinensische Demonstrierende ließen sich als „Judenhaser“ lesen. Die Reaktion auf Tiktok: Empörung.

Die SPD hingegen versucht sich in Dingen Jungwähler*innenmobilisierung. Jugendliche werden direkt angesprochen, etwa bei dem kostenlosen Schülerticket, und Tiktok-Trends werden aufgegriffen, etwa „Entweder-oder“-Challenges. So auch von Raed Saleh: „Frühaufsteher oder Langschläfer?“, wurden der Berliner SPD-Fraktionschef und die damals 15-jährige Zahide in einem Instagram-Video gefragt, oder: „Lieber ein Jahr ohne Musik oder ohne Internet?“ Belohnt

werden die jugendnahen Inhalte der SPD mit 13.000 Followern auf Tiktok und 16.000 auf Instagram.

Ganz anders SPD-Spitzenkandidat Steffen Krach: Er setzt kaum auf popkulturelle Anschlussfähigkeit, sondern auf sachlich formulierte Botschaften, politische Erklärungen und lösungsorientierte Narrative, mit Schwerpunkt auf bezahlbarem Wohnen, Bildung und Mobilität. Über den steifen Auftritt macht sich die SPD selbst lustig: „Millennial-PR-Team: Wir haben das kostenlose Mittagessen an den Berliner Grundschulen eingeführt, und mit uns bleibt das so“, heißt es in einem Post, gefolgt von: „Gen-Z-Social-Team: Mit der SPD hast du einfach mehr Cäsh in der Täsche.“ Solche Posts zeigen die Verschiebung: von politischen Inhalten zu bürger-nahem Content mit hohem Entertainmentwert.

Wie Letzteres geht, zeigen die Grünen ihren 17.000 Followern auf Instagram: mit einem Wahlprogramm auf fünf Slides und viel

Jugendslang. In Posts mit Spitzenkandidatin Bettina Jarasch heißt es etwa „Rede, Schwester“, angelehnt an Tiktok-Trends auch mal „on a quest to find the Klimapolitik der CDU“. Inhaltlich im Fokus: Klimaschutz, bezahlbarer Wohnraum, Mobilität, Vielfalt.

Während die demokratischen Parteien auf Bundesebene bei Jugendmobilisierung weit hinter der AfD liegen, gilt das auf Landesebene nicht. Auf Tiktok kommt die rechts-extreme Partei auf 13.000 Follower, auf Instagram auf 11.000. Eigene Inhalte werden kaum gesetzt, es wird vor allem auf Emotionen und Feindbilder gebaut: von Ursula von der Leyen über Friedrich Merz bis zu Kai Wegner.

Der Ellbogeneinsatz im Social-Media-Wahlkampf eint alle Parteien, ob demokratisch oder nicht. Aktuell bekommt ihn vor allem einer zu spüren: „Jetzt ist’s vorbei mit dem Lügen-Kai“, spottet die AfD. „Es hat sich ausgespielt, Kai“, die Grünen. „Bye bye Kai!“, die Linke.

„Man muss aufpassen, dass man keine Scheiße liest“

Erstmals dürfen schon 16-Jährige ihre Stimme bei der Abgeordnetenhauswahl abgeben. Zwei Erstwähler:innen berichten über ihre Wahlentscheidung

Clara, 17, Schülerin

Ich finde es unfassbar sinnvoll, dass Menschen, die unter 18 sind wählen können. Die Wahl betrifft die Zukunft und wir müssen einen Einfluss darauf haben, wie Politik gestaltet wird. Das Recht zu wählen, hilft auch gegen das Gefühl der Machtlosigkeit. An meiner Schule höre ich oft, dass Leute politisch interessiert sind, aber das Gefühl haben, sowieso nichts erreichen zu können. Dadurch nutzen sie die Möglichkeit nicht, sich politisch zu engagieren.

Mein Interesse kommt durch mein Umfeld. Meine Familie und Freund*innen sind sehr politisch, der Aktivismus und die Schülervertretung politisieren auch. Den Politikunterricht an meiner Schule fand ich ein bisschen schwach, die Lehrkräfte hatten immer Zeitprobleme, viel wurde oberflächlich behandelt, und aktuelle Themen eher ausgespart. Vorbereitung auf die Wahlen sind

sehr Lehrkraft-abhängig, viele Klassen haben den Wahl-O-Mat mal gemacht und gehen sonst kaum auf Wahlen ein. Erst seit der Oberstufe lerne ich richtig was im Politikunterricht.

Ich glaube, dass Social Media eine wichtige Informationsquelle für meine Generation ist, obwohl das auf mich eher nicht zutrifft. Aktuelle Entwicklungen bekomme ich hauptsächlich durch die „Tagesschau“ und die Nachrichten-Apps mit, durch den Austausch mit Menschen und zu einem kleineren Teil über Social Media. Wenn man sich nur darüber informiert, kann man schnell in eine Bubble geraten, wo man dann nicht wieder rauskommt.

Für Berlin wünsche ich mir eine klimafreundlichere Politik und mehr Unterstützung für Frauen und Minderheiten, mit Nachttaxis und Frauenhäusern zum Beispiel. Ich glaube, dass man in der Bildungspolitik einen deutlich besseren

Fokus auf Chancengleichheit und politische Bildung legen müsste. Es sollte nur eine Schulform geben, und Noten sind ein System, dass man überdenken muss, weil es enormen Druck auf junge Menschen ausübt. Die mentale Gesundheit fällt dabei oft unter den Tisch. In Berlin hat man krass an Orten gekürzt, wo Menschen sich austauschen können. Wie Jugendzentren, Kulturzentren, Kinos und Theater. Das ist ein Aspekt, an den die Politik nochmal ran müsste.

Clemens, 18, Auszubildender

Ich denke, je niedriger das Wahlalter liegt, desto früher muss man anfangen, Kinder zu unterrichten und ihnen zu erklären, wie viel ihre Stimme wert ist. Ich hatte einen guten Politiklehrer, der hat seit der siebten Klasse richtig durchgezogen. Es gab es auch Kurse, Infowochen und richtige geheime Wah-

len an der Schule. Doch seit meiner Ausbildung habe ich mich nicht mehr richtig mit Politik beschäftigt. Wir sind auf Arbeit oder beim Training, viel Zeit, sich über Politik zu unterhalten, ist da nicht.

Unsere Politiker haben das große Pech, dass sie gleichzeitig mit Trump regieren, der es gerade richtig verhält. Für die steigenden Ölpreise zum Beispiel können wir ja relativ wenig, trotzdem schiebt man sowas dann mit auf unsere Politiker.

Ich habe vor zu wählen, muss aber noch die Wahlprogramme lesen. Wenn viel los ist, hat man manchmal keine Zeit sich richtig zu informieren. Und wenn man nur mal kurz auf Tiktok schaut, muss man aufpassen, dass man keine Scheiße liest. Wenn ich nicht informiert bin, würde ich meine Stimme ungültig machen, anstatt gar nicht wählen zu gehen.

Wenn ich mir eine Partei aussuche, würde ich besonders auf die Schuldenbremse, Migrationspolitik, Wehrpflicht und Aufrüstung achten. Dass jetzt immer mehr Schulden für die Bundeswehr aufgenommen werden, die wir dann jahrelang abbezahlen find’ ich doof. Ich würde mir da mehr Generationsverantwortung wünschen.

Und einen besseren Umgang mit Migrant*innen. An meiner Berufsschule werden die Leute einfach in die Klassen gesteckt, obwohl sie nur ein paar Wörter Deutsch können. Man würde sich da eine bessere Integration wünschen. Was Abschiebungen angeht, finde ich die Straffälligkeit, die toleriert wird, gerade ziemlich hoch. Da wäre ein härterer Umgang manchmal besser. Ein Freund von mir ist mit einem Messer bedroht worden, als er zum Briefkasten ging, das kann nicht sein.

Protokolle: Mila Kassem



Beate Scheder
Berliner Galerien

Irgendetwas
stört die Idylle

In die Jahreszeit passen sie nicht gerade, die Silbersterkläuse, die da durch das eher kleine Gemälde in Kaspar Müllers Ausstellung „Boutique SOCIÉTÉ x Treasures of Memory 2“ bei Société wandern. Im Appenzell sieht man solche jungen Typen mit wagenrad-großem Kopfschmuck rund um Neujahr von Hof zu Hof ziehen, jodelnd und mit ziemlich viel Schnaps intus.

Müllers Bilder, von denen es eine Handvoll in der Ausstellung zu sehen gibt, ähneln traditioneller Senntumsmalerei der Region, aber da ist stets etwas, was die Idylle stört: Hinter den sanften Hügeln speien Vulkane Lava. Da ist eine Windhose, die inmitten der lieblichen Landschaft wirbelt, oder die Wälder stehen in Flammen.

Auch Zelte sind in Müllers Ausstellung aufgebaut. Nicht solche, in denen man sich auf dem Campingplatz in der Schweizer Natur betten würde, eher würden sie sich für eine Feierlichkeit im frisch gemähten Garten eignen, für ein förmliches Event, das nur so tut, als wäre es eine ausgelassene Party. Daneben liegt einem auf mit Farbspritzern übersäten Klappstuhl in Puppenformat ein Strauß Tulpen aus dem 3D-Drucker. Und dann ist da noch ein sich drehendes Spiegelpodest mit einer Ansammlung von mundgeblasenen Bongs. Hübsch gestaltete Einzelstücke wie vom hochwertigen Kunsthandwerkermarkt, wären sie nicht, was sie sind.

Kaspar Müller stellt in seiner Kunst Skulpturen her, Installationen, Videos, Fotografie, Malerei und Zeichnung. Um Widersprüche und Reibungen geht es da meist. Mit Humor erzeugt er die, bedient sich dabei wie auch jetzt wieder gern an Brauchtümern, filtert ganz subtil heraus, was sich hinter ihnen verbirgt: historische Wurzeln, gesellschaftliche Strukturen, Denkmuster. Die Formen eignet er sich dann an, bildet aber eigene Versionen, stets mit mindestens einem Twist.

In der Galerie Kunstpunkt Berlin / Raum für Aktuelle Kunst spürt Kuratorin Keumhwa Kim indes gemeinsam mit acht Künstler:innen aus Ost-, Süd-, Südost- und Zentralasien der „radikalen Intimität der Mutation“ nach. Nicht um das übliche Werden und Vergehen von Pflanzen, Tieren, Menschen geht es dabei, vielmehr um tatsächliche oder potenzielle Folgen von Begegnungen zwischen den Spezies.

Jaewon Kim etwa hat leere Kanister von Pestiziden mit dem 3D-Drucker aus Keramik nachgebildet. Ein Motor bringt einen davon zum Tanzen, als hätte sich eine Biene selbstmörderisch hineinverirrt. Spuren haben Bienen auch auf seinen Wandarbeiten hinterlassen. Sie machen Bewegung wie Verletzlichkeit der Tiere in abstrakter Form sichtbar.

So Young Park bringt eine Art von Bestäubungsmechanismus aus überdimensionalen Orchideenblüten, Metallgestänge und getrockneten Blumen zusammen. In Maya Erin Masudas Installation „Pour Your Body Out“ wird milchige Flüssigkeit durch eine Art künstliches Euter vorbei an synthetischer Haut auf chemisch eingefärbte Pflanzen gepumpt. Könnte so eine Versuchsanordnung für Reproduktion in einer posthumanen Zukunft aussehen?

Nachdem einige Verständnisfragen geklärt werden konnten, gibt ein Besucher der Tagesstätte erfolgreich seine Stimme ab
Foto: Laura Mies



Der lange Weg zur eigenen Stimme

Ein Pilotprojekt in Pankow soll wohnungslosen Menschen das Wählen erleichtern. Doch die Hürden für Interessierte sind immer noch hoch

Von Laura Mies

Es ist kurz nach 10 Uhr, die Wohnungslosentagesstätte der Diakonie in Pankow ist an diesem Dienstag noch voller als sonst zur Frühstückszeit. Zum ersten Mal bietet das Wahlamt Pankow heute eine Briefwahl für die kommende Berlinwahl im September für wohnungslose Menschen an. Ein Interessierter füllt einen Zettel mit persönlichen Angaben aus, die Wahlhelferin überprüft seine Daten im Meldeverzeichnis.

„Tut mir leid, Sie sind aktuell noch in Zehlendorf gemeldet. Das heißt, Sie können die Briefwahl hier nicht machen“, sagt sie. Der Mann geht unverrätter Dinge zurück in den Frühstückssaal. Es ist nicht die einzige Hürde, die ihm das Wählen erschwert.

Um Menschen ohne Wohnung das Wählen zu erleichtern, ist das Pilotprojekt in Zusammenarbeit des Bezirksamts Pankow und der Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz entstanden. Beteiligt an dem Projekt sind auch der psychosoziale Dienst Immanuel Beratung und die trägerübergreifende Landesarmutskonferenz Berlin.

Doch die Hürden sind hoch. Zuerst müssen sich die Wahl-

willigen in das Wahlverzeichnis eintragen lassen. Dafür müssen sie persönlich beim Bezirkswahlamt des Bezirks vorseprechen, in dem sie sich am 35. Tag vor der Wahl aufgehalten haben, sprich, wo sie in der Nacht von vergangenem Samstag auf Sonntag übernachtet haben. Wenn das, wie im Fall des Mannes, der gerade doch nicht wählen konnte, keine Adresse innerhalb Pankows ist, können sie ihre Stimme hier heute nicht abgeben.

„Nicht alle wohnungslosen Menschen sind ohne Meldeadresse. Wir können ihm jetzt nur die Info geben, wo er stattdessen zum Wählen hingehen kann“, sagt Marc Albrecht, Leiter des Bezirkswahlamts Pankow. Immerhin sei das Pilotprojekt heute schon ein Versuch, zu zeigen, dass Wählen für Menschen ohne Wohnung möglich ist. „Wir bringen das Wahlamt dorthin, wo die Menschen sind, die wir erreichen wollen“, so Albrecht. Die Hemmschwelle, sich an der Wahl zu beteiligen, sei sonst noch höher.

Für Fragen und Verständnisprobleme nimmt sich die Wahlhelferin heute immer Zeit. Auch Wahlamtsleiter Albrecht klärt Interessierte Schritt für Schritt darüber auf, welcher Zettel in welchen Umschlag

kommt, wie viele Kreuze wo gemacht werden sollen und wo die Wähler*innen schließlich unterschreiben sollen.

Informationen zu den Parteien darf das Bezirksamt den Personen nicht geben. Damit sich die Wohnungslosen auch noch vor Ort informieren können, hat Simona Barack, Leiterin der Diakonie-Tagesstätte, Infomaterial aus der Straßenzeitung *Strassenfeger* ausgedruckt. Darin steht zu jeder Partei ein kurzer Absatz. Außerdem hat das Team der Tagesstätte mehrsprachige Flyer im Bezirk verteilt, die zur Briefwahl heute aufrufen.

Dass sich der Bezirk heute die Mühe mache, um das Wahlamt in die Tageseinrichtung zu bringen, sei ein bedeutender Schritt für die Teilhabe wohnungsloser Menschen. „Ihnen wird heute wirklich mal das Gefühl gegeben, wichtig zu sein“, sagt Barack.

Marcel Ernst ist der nächste interessierte Wähler. Die Aktion heute befürworte er. „Ich finde, jeder Obdachlose sollte wählen können. Obdachlosigkeit müssen wir abschaffen“, sagt Ernst. Sein Vermieter habe ihn aus seiner Wohnung geworfen, seitdem lebe er ohne Dokumente auf der Straße. Dass das Angebot zur Briefwahl in der Tagesstätte heute stattfindet, wusste er.

„Zum letzten Mal habe ich 1989 gewählt, da habe ich für Helmut Kohl gestimmt“, sagt Ernst, der eine schwarze Feder in seine Cap gesteckt hat. Für die heutige Wahl fühle er sich ausreichend informiert. Er habe AfD gewählt.

Darauf angesprochen hält Tagesstättenleiterin Barack kurz inne, überlegt, was sie sagen soll. „Es ist mir natürlich ein Rätsel, wie Menschen etwas wählen können, das ihnen potenziell schadet. Aber der Frust auf die Politik ist vor allem bei den Wohnungslosen so enorm, dass viele wohl aus Protest wählen“, sagt sie. Die Menschen, die tagtäglich in ihre Einrichtung kommen, würden sich einfach abgehängt fühlen – von allem.

Um halb 12 Uhr haben bereits sechs Personen erfolgreich gewählt, berichtet Wahlamtsleiter Albrecht. Bei bisherigen Wahlen im Bezirk Pankow hätte man eine niedrige zweistellige Zahl an wohnungslosen Wähler*innen verzeichnet. Dass es jetzt immerhin schon sechs Personen sind, freue ihn. Wie man das Projekt weiter ausbauen könne, müsse man in Zukunft sehen. Mit dem Tag heute sei er bis jetzt aber zufrieden: „Der Aufwand heute ist es wert, auch allein um die Menschen über die Wahlen zu informieren.“

Ann Toma-Toader wandelt auf den Spuren Anton-Wilhelm-Amos

Dekoloniales Flanieren

Mit der Umbenennung der ehemaligen M*-Straße in Anton-Wilhelm-Amo-Straße endet die Erinnerungsarbeit nicht: Das Bündnis Anton Wilhelm Amo Erbschaft präsentiert zum ersten Jahrestag der Umbenennung am kommenden Sonntag einen Audiowalk, der die Spuren Amos erkundet: dem Philosophen, der Anfang 1700 im heutigen Ghana geboren wurde und in Deutschland studierte und lehrte.

Das Bündnis ist ein Zusammenschluss von allen Initiativen in Deutschland, Ghana und den Niederlanden, die auf das Leben und Wirken Amos aufmerksam machen wollen. Gemeinsam haben sie einen Audiowalk konzipiert, der nicht nur durch Berlin, sondern durch verschiedene Orte in Deutschland führt. Das Projekt will das Leben Amos nicht nur aus historischer Perspektive zugänglich machen, sondern auch aufzeigen, wer überhaupt über Amo spricht und zu ihm forscht. Amo, der im Kindesalter aus dem heutigen Ghana nach Wolfenbüttel kam, lehrte nach seinem Studium der Philosophie an den Universitäten Wittenberg, Halle und Jena.

Mit einer interaktiven Karte werden verschiedene Orte gezeigt, die mit Amos Leben verbunden sind. Aber auch Orte, die mit dekolonialem Aktivismus zu tun haben, finden einen Platz auf der Karte. Klickt man diese an, öffnet sich ein kleines Fenster, das den Ort näher beschreibt, sowie eine dazugehörige Audiodatei, die auf Deutsch oder Englisch angehört werden kann.

In Berlin gibt es sechs eingetragene Stationen. Zu ihnen zählt zum Beispiel auch die Ghanastraße im Afrikanischen Viertel in Wedding, deren Benennung kritisch eingeordnet wird. Natürlich gibt es auch eine Station an der Anton-Wilhelm-Amo-Straße mit Informationen zur Geschichte der Straße und zur Umbenennung.

Am 23. August ist es dann schließlich so weit: Der zweisprachige Audiowalk wird beim Anton-Wilhelm-Amo-Fest in der gleichnamigen Straße offiziell eröffnet. Mit Musik, Gesprächen und einer Kundgebung soll nicht nur die Umbenennung gefeiert, sondern auch an Amo erinnert werden; stellvertretend auch für die Menschen afrikanischer Herkunft, deren Namen und Leben in Deutschland vergessen wurden.

Zu Amos Biografie wird weiter geforscht: Andrea-Vicky Amankwaa-Birago ist Gründerin des Bündnisses Anton Wilhelm Amo Erbschaft. Ein Teil der Beiträge für den translokalen Audiowalk stammt aus über Jahre von ihr geführten Interviews mit Akteur*innen aus Deutschland, Ghana und den Niederlande.

Gerade die auditive Ebene spielt für Amankwaa-Birago eine Rolle. „Es ist eine Sache, eine Geschichte aufzuschreiben“, sagt sie. „Aber wenn man Stimmen anhören kann, macht das etwas mit deinem Körper“. So schaffe man auch Mehrstimmigkeit. Die verschiedenen Akteur*innen und Initiativen werden daher auch auf der interaktiven Karte mit Links vermerkt, um auf ihre Arbeit weiter aufmerksam zu machen.

Amankwaa-Birago hat die Hoffnung, dass der Audiowalk die Menschen dazu anregt, selbst aktiv zu werden und sich informieren zu wollen. „Egal ob man sich das live vor Ort oder zu Hause anhört: Ich hoffe, man fragt sich dann vielleicht, was macht das mit mir und was hat das mit meiner Geschichte zu tun?“, sagt sie.

Anzeige

genossenschaft

Enkel Nicolas Pannenbecker, Opa Pit Rulff
Genosse seit 2020, Genosse seit 1996

**ENKEL LIEBEN
DIESEN TRICK**

Die taz lebt, weil ihr so seid wie wir: solidarisch.

Mit dem Generationenprojekt öffnen wir die Türen für junge engagierte Menschen, die in die Genossenschaft einsteigen wollen, denen aber das nötige Kapital fehlt. Ältere übernehmen dabei für sie den Anteil – und tragen so das Modell weiter, auf dem die taz beruht: gelebte Solidarität in einer generationen-übergreifenden Gemeinschaft.

Alle Infos unter: taz.de/generationenvertrag

Zeitkapsel der Angst

70 Jahre vergessen, jetzt wiederentdeckt: Das Museum Karlshorst stellt Briefe aus der Sowjetunion aus, geschrieben kurz nach dem deutschen Überfall

Von Klaus Hillenbrand

Meine liebe und einzigartige Frau und meine Kinder, meine Töchterchen Galja und Verotschka und Du, meine Frau Sossja. Ihr sollt wissen, und sagt es allen Verwandten weiter, dass ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch gesund und lebendig bin. Das wünsche ich Euch auch. Habt ein besseres Leben, ein besseres als ich es habe. Sossja, ich schreibe Dir, und es kann sein, dass das meine letzten Worte sind [...] Bitte schreib mir. Ich warte auf Antwort wie die Nachtigall auf den Sommer. Wenn Du drei Rubel hast, schicke sie mir mit dem Brief. Grisha“

Der Briefumschlag trägt so wie der Brief selbst kyrillische Handschrift. Daneben ist ein dreieckiger Stempel der Roten Armee eingedrückt. Als Grigorij Butschynskyi den Brief abschickte, schrieb man den 2. Juli 1941. Zehn Tage zuvor hatte der Großangriff von Hitlers Wehrmacht gegen die Sowjetunion begonnen. Vom Autor ist bekannt, dass er im August 41 in Gefangenschaft geriet, 1944 befreit und vom

NKWD überprüft wurde, danach wieder an die Front kam. Sein weiteres Schicksal ist unklar.

Der Brief hat seine Empfängerin niemals erreicht. Grigorij Butschynskyi war Soldat geworden. Er lebte mit seiner Familie in der Nähe der Stadt Kamenez-Podolsk in der Ukrainischen Sowjetrepublik und war Bauer. Er gab den Brief ab, doch das Postamt von Kamenez-Podolsk wurde kurz darauf von der Wehrmacht besetzt, so wie die ganze Stadt. So gerieten 1.215 ungeöffnete Briefe in die Hände der Deutschen. Sie landeten im Postmuseum in Wien – und wurden vergessen. Jetzt sind sie wieder da. In einer Sonderausstellung des Museums Karlshorst hängen sie an den Wänden, übersetzt und ergänzt um weitere Informationen sowie biografische Angaben.

Die ist keine große Schau. Schon gar nicht findet hier eine große Inszenierung statt. Es ist eigentlich gar keine Inszenierung. Die Briefe hängen in Rahmen hinter Glas. Es gibt keine weiteren Exponate, keine alten

Flinten oder Handgranaten, keine großformatigen Poster, nur wenige Bilder. Aber gerade diese minimalistische Präsentation lässt den Besucher verharren. Was haben die Menschen, die 1941 von den Nazis überfallen wurden, angesichts des beginnenden Krieges gedacht und geschrieben? Ist in der Zeitkapsel eine Botschaft versteckt?

„Guten Tag, unsere lieben Kinder! Diesen Brief, ich bin mir nicht sicher, schicke ich Euch, aber ob er sein Ziel erreicht [...], selbst wenn Ihr weit weg seid? Wenn Ihr diesen Brief erhaltet, befolgt ihn und beeilt Euch, alles zu tun, bei uns ist nur noch die Hälfte der Stadt da. Und so bitten wir Euch sehr, dass Ihr uns rettet und sofort alles dafür tut, dass wir von hier wegfahren können. Wir haben kein Geld, und wir müssen hier sterben. Wenn es nur irgendwie möglich ist, treibt ein Auto auf, um zu uns zu fahren und uns aus Kamenez wegzuholen. Gebt so viel, wie man fordert. [...] Möge es nicht zu spät sein. Auf Wiedersehen. Wir küssen Euch innig. Eure Eltern. Manasewitsch.“

Auch ohne Übersetzung sieht man dem Brief die schreiende Not an. Das Schreiben ist in höchster Eile verfasst, die Buchstaben scheinen über das Papier zu fliegen. Der Brief hat nicht geholfen, konnte nicht helfen. Idel und Jeja Manasewitsch und zwei ihrer Töchter mit den Namen Etel und Rosa wurden Ende August 1941

„Wir haben kein Geld, und wir müssen hier sterben“

Idel und Jeja Manasewitsch, 1941

von einer deutschen Polizeieinheit ermordet, so wie die meisten Juden von Kamenez-Podolsk. Vier von 23.600 Getöteten.

Fast 70 Jahre lang lagen die Briefe von Rotarmisten wie Zivilisten aus Kamenez-Podolsk als Raubgut der Nazis in Wien. 2010 wurden sie an das Nationale Museum der Geschichte der Ukraine

übergeben. Dort wurden die Briefe geöffnet und gelesen. Die Mitarbeiter des Museums haben versucht herauszufinden, was aus den Menschen von 1941 geworden ist. Bei vielen heißt es: „Über sein weiteres Schicksal ist nichts bekannt.“ Andere wurden im Krieg getötet oder kamen in Gefangenschaft, wieder andere wie die jüdische Familie Manasewitsch wurden ermordet.

Kamenez-Podolsk, auch Kamjanez-Podilskyj geschrieben, lag damals rund 300 Kilometer östlich der sowjetischen Grenze, als die Wehrmacht ihren Angriff startete. Doch schon Anfang Juli hatten die Deutschen die Kleinstadt erobert. Mitsamt des Postamtes.

Es sind keine Sensationen, die nach 85 Jahren in den Briefen zutage treten. Die Botschaft lautet: Angst. Es ist die nackte Angst um das eigene Leben und um das der Geliebten, der Eltern, der Kinder. Dass diese Angst mehr als begründet war, ist bekannt. Aber auf diese Art und Weise von ihr zu erfahren, von den Lebenden in aus der

Privatheit entrissenen Scheiben, ist etwas anderes, als die Statistiken zu lesen, die von 27 Millionen Toten in der Sowjetunion berichten, davon mehr als die Hälfte Zivilisten.

„2. VII. 41 Liebe Eltern! Zuerst möchte ich Ihnen schreiben, dass ich und Swetlana [die kleine Tochter] noch am Leben und gesund sind. Ich hoffe, Sie auch. Aber was uns erwartet, kann ich Euch noch nicht schreiben. Im Augenblick ist bei uns alles in Aufregung. Kamenez ist bereits an vielen Stellen zerbombt. [...] Ich frage Sie, was Sie mir raten: Wie soll ich mit dem Kind nach Udriwzi kommen? [...] Bei uns sind schon viele Leute tot oder verletzt, 500 Seelen, sagt man, aber genau weiß das keiner.“

Was aus der Autorin dieses Briefs geworden ist, von der nur der Nachname Sewastjanowa bekannt ist, ist unbekannt.

1941 Juni-Briefe. Ungelesene Feldpost aus Kamjanez-Podilskyj. Eine Ausstellung zum 85. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion. Eintritt frei. Bis zum 10. 1. 2027



Briefumschlag eines Briefs von Philip Galusinskyj an seine Frau Pelageja und seine Kinder Foto: Nationales Museum der Geschichte der Ukraine im Zweiten Weltkrieg, Kyjiw

Anzeige

NACH-SPIELZEIT

Die offene Gesellschaft liegt schwer im Rückstand. Wie drehen wir das Ding noch?

Mit: Daniel Cohn-Bendit, Karoline Eichhorn, Alina Frieske, Ruth Fuentes, Dana Giesecke, Maja Göpel, Diana Kinnert, Reinhard Loske, Wolf Lotter, Anna-Verena Nosthoff, Lukas Rietzschel, Hartmut Rosa, Uwe Schneidewind und Harald Welzer

taz FUTUREZWEI

Magazin für Zukunft und Politik
taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



LUISA NEUBAUER
WAS WÄRE, WENN WIR MUTIG SIND?

JETZT ABONNIEREN!
Vier Ausgaben für 38 €
tazfuturzwei.de/abo

mit Abo-Prämie

taz FUTUREZWEI-Abo-Prämie
Was wäre, wenn wir mutig sind?
das neue Buch von Luisa Neubauer



In Bremen ist die Bewegung in der Defensive: Die Wohnungen zweier linker Aktivist:innen wurden durchsucht
Foto: Daniel Vogl/dpa

Verfassungsschutz mit vagem Verdacht

Hausdurchsuchungen nach V-Mann-Affäre: Die Bremer Staatsanwaltschaft hat die Wohnungen zweier Linker wegen eines Überfalls auf rechte Rocker durchsucht. Der Hinweis kam vom Verfassungsschutz

Von Eiken Bruhn

Nach der Durchsuchung von Privatwohnungen zweier linker Bremer Aktivist:innen hat die Anwältin einer der beiden Personen jetzt Beschwerde gegen den Durchsuchungsbeschluss eingelegt. Sie begründet dies damit, dass die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungsmaßnahme auf einen ausgesprochen vagen Hinweis des Bremer Verfassungsschutz stützt.

Zum Hintergrund: Ende Juli berichtete das NDR-Reportageformat „Strg F“, die Bremer Staatsanwaltschaft ermittle gegen zwei Personen wegen des Verdachts auf Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung; im Juni seien infolgedessen ihre Wohnungen durchsucht worden. Dies bestätigte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft der taz. Sie sagte: „Sie gehören mutmaßlich der linksextremistischen

schen Szene an.“

Es geht dabei um einen Vorfall Anfang April 2024 in der Bremer Innenstadt. Dabei sollen nach Angaben der Polizei bis zu 20 teilweise verummte Personen vier Männer zwischen 37 und 56 Jahren angegriffen haben. Zwei von ihnen seien geschlagen und getreten worden. Ein Mann musste laut Polizei im Krankenhaus behandelt werden, weil er Schnittverletzungen durch eine bei der Auseinandersetzung zerstörte Glasscheibe erlitten hatte.

„Die Geschädigten sollen mutmaßlich dem rechten politischen Spektrum zuzuordnen sein“, teilte die Sprecherin der Staatsanwaltschaft mit. Nach einem Bericht des Senders Radio Bremen soll es sich bei ihnen um „Mitglieder eines als rechtsoffen geltenden Rockerklubs aus Sachsen-Anhalt“ handeln. Laut

Polizei hatten sie ihre Motorräder vor einem Kiosk in der Faulenstraße abgestellt, wo sie von der Gruppe angegriffen wurden.

Und was haben die beiden Personen, deren Wohnungen jetzt durchsucht wurden?

Gegen die Beschuldigten wird wegen Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung ermittelt

den, damit zu tun? Sie sollen die vier Männer vor der Tat „verfolgt und den bislang unbekannt gebliebenen Tätern den Standort der Geschädigten mitgeteilt haben“. So sagt es die Bremer Staatsanwaltschaft. Und dass dieser

Anfangsverdacht auf einem Hinweis des Bremer Verfassungsschutzes gründe.

Was allerdings „verfolgt“ bedeutet, über welche Strecke, welche Zeitdauer und mit welchem Fortbewegungsmittel sie die Männer verfolgt haben könnten, will oder kann die Staatsanwaltschaft nicht spezifizieren. Die Ermittlungsakte sei gerade bei der Polizei und daher nicht zugänglich, lautet die Erklärung.

Gab es vielleicht nur eine Sichtung und gar keine Verfolgung? In dem Hinweis des Verfassungsschutzes stehe von einer Verfolgung jedenfalls nichts, sagt die Anwältin. Zudem sei weder klar, auf welche Weise die beiden beschuldigten Personen den Standort übermittelt haben sollen noch woher der Verfassungsschutz überhaupt seine Information hat.

Laut Strg F hatte der im Januar enttarnte Verbindungsmann (kurz V-Mann) des Verfassungsschutz, Dilan S., die Information an die Behörde weitergegeben und diese wiederum nach seinem Auffliegen an die Staatsanwaltschaft. Dies hätten nicht näher benannte „Sicherheitskreise“ mitgeteilt. Eine offizielle Bestätigung gibt es nicht: Der Verfassungsschutz wollte sich zu dem Vorgang nicht äußern.

Strg F berichtet – wiederum mit Berufung auf die anonyme Quelle – auch, dass eine der beiden Personen der Interventionistischen Linken (IL) angehören soll, eine linksradikale Gruppe, die der V-Mann Dilan S. über sieben Jahre für den Verfassungsschutz ausspioniert haben soll.

Ob die Durchsuchungen ihren Verdacht erhärten

konnten, will die Staatsanwaltschaft nicht sagen. „Aus ermittlungstaktischen Gründen“, wie es formelhaft heißt.

Damit die beiden Personen allerdings wegen der Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung angeklagt werden können, müsste ihnen nachgewiesen werden, dass sie wussten oder billigend in Kauf nahmen, dass die vier Personen verprügelt werden sollten.

Sollten sie tatsächlich deren Standort weitergegeben haben, wäre dies an sich nicht strafbar, sagt ihre Anwältin. „Dies sieht auch das Amtsgericht grundsätzlich so, denn es könnte sich ja auch um eine Warnung handeln.“ Das Amtsgericht hat die Durchsuchung auf Antrag der Staatsanwaltschaft angeordnet. Dafür spreche, dass an dem Tag in Chatgruppen vor der Gruppe gewarnt wurde.

Kommentar von Lotta Drügemöller zu den Vorwürfen gegen die Bremer Interventionistische Linke

Munteres Munkeln im Dunkeln

Auweia – ist die Interventionistische Linke (IL) in Bremen doch gefährlicher als gedacht? Der Tatvorwurf „Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung“ steht offenbar gegen eine Person im Raum, eine Hausdurchsuchung bei ihr wurde damit begründet. Das klingt böse.

Durchgestochen wurde der Tatvorwurf an Fernsehreporter des NDR-Formats „Strg F“, die gerade an einem Beitrag zum Bremer V-Mann-Skandal recherchierten. In großen Teilen kreist der Beitrag um die Frage, wie gefährlich die IL nun eigentlich ist. „Wurden durch den V-Mann-Einsatz

am Ende Strukturen aufgedeckt oder Straftaten verhindert?“, heißt es in Minute 27 des 29-minütigen Videobeitrags. „Im Bremer Fall ist noch alles offen.“

Mit so ganz leeren Händen will irgendwer die Reporter offenbar nicht gehen lassen – „aus Sicherheitskreisen“ bekommen sie noch den Hinweis, dass zwei Beschuldigte, eine*r davon auch von der IL, möglicherweise Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung begangen hätten. 2024 gab es in einem Kiosk eine gewaltvolle Auseinandersetzung, offenbar zwischen rechten Rockern und ei-

ner Gruppe von unbekannten Vermummten, möglicherweise Linken.

Die Beihilfe dabei: Die beiden Beschuldigten sollen zuvor den Standort der Rechten gepostet haben.

Eine Information aus anonymen Sicherheitskreisen ist definitiv gefährbt. Nutzen kann man sie natürlich, aber nachfragen muss man. Zum Beispiel, was denn drin stand in der Standortmeldung oder was die Staatsanwaltschaft meint, wenn sie von „verfolgen“ spricht. Als eine taz-Journalistin mehr wissen will, fehlen in der Behörde leider die Akten, um nachzuschauen.

Leider ist dieses Munkel-Muster in der V-Mann-Affäre bekannt: Ein Verdacht wird gestreut, Medien verbreiten ihn. Nachfragen ist kaum möglich, Gründe dafür gibt es immer: Ermittlungstaktische zum Beispiel. Oder fehlende Akten. Oder natürlich: Die Geheimhaltung, es geht ja um den Verfassungsschutz.

Die Anwesenheit eines Anwalts bei der V-Mann-Enttarnung wurde so in ein zweifelhaftes Licht gerückt. Und als im Frühjahr eine Veranstaltung mit dem Verfassungsschutzchef abgesagt wurde, waren angeblich Drohungen von Linksextremen dafür

verantwortlich – dafür gab es nie einen Beleg, aber die Angst ist in der Welt. Im aktuellen NDR-Beitrag färben die Informationsbrocken „aus Sicherheitskreisen“ vom Ende her den ganzen Bericht: Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung, da ist sie ja, die gesuchte Verbindung zwischen IL und Gewalt. Etwas bleibt hängen.

Dabei könnte man die Info anders framen, wenn man wollte: Das strafrechtlich Schlimmste, was man der IL in Bremen nach sieben Jahren V-Mann-Einsatz bisher vorwerfen kann, ist – Stand jetzt – ein geposteter Hinweis auf Nazis in der Stadt.

„Kinder werden dann mehr verwaltet als gefördert“

Vor dem neuen Hamburger Schuljahr: Noch immer wissen viele Eltern nicht, wie viel Schulbegleitung es geben wird, kritisieren zwei Elternsprecherinnen

Interview **Kaija Kutter**

taz: Frau Spallek, in Hamburg beginnt das neue Schuljahr. Wie steht es um die Schulbegleitung? Wissen alle Eltern, welche Unterstützung ihr Kind bekommt?

Marietheres Spallek: Das wissen wir nicht. Wir nehmen an, dass nur ein Bruchteil der Eltern informiert ist. Die Schulbehörde hat zwar in den Sommerferien Fälle überprüft. Aber nach unserem Eindruck sind das vor allem Fälle, in denen Eltern sich beschwerten.

taz: Frau Ecke, warum ist es für Eltern wichtig zu wissen, welche Schulbegleitung ein Kind bekommt?

Kerstin Ecke: Sie wollen wissen, dass ihr Kind verlässlich betreut wird und nicht das Risiko besteht, dass sie angerufen werden, um es abzuholen. Eltern wollen sicher sein, dass ihr Kind keinen Gefahren ausgesetzt ist und beim Bildungsangebot der Schule gut unterstützt wird.

taz: Welche Kinder brauchen die Begleitung?

Spallek: Bei autistischen Kindern zum Beispiel kann es ohne passenden Schulbegleiter zu einem Meltdown, einem innerlichen Zusammenbruch kommen, aus dem sie allein nicht wieder herausfinden. Dann kann ein Kind zum Beispiel aggressiv werden. Sind die begleitenden Menschen im Umgang nicht geschult, kann es zu Überforderungssituationen kommen. Eltern werden dann oft anrufen: „Holen Sie Ihr Kind bitte früher aus der Schule ab.“

Ecke: Es ist auch wichtig, für wie viele Stunden ein Schulbegleiter gestellt wird. Sind es nur zehn pro Woche, steht er dann denn auch zur Verfügung, wenn es eskaliert und ein Kind wegläuft?

taz: Wurde die Schulbegleitung reduziert?

Spallek: Ganz klar ja. Nach unserem Eindruck wurde erheblich reduziert. Gut möglich, dass

der Schulbehörde selbst nicht klar war, zu welchen umfangreichen Kürzungen und Folgen ihre Maßnahmen führen würden. Oft traf es die Falschen.

taz: Die Behörde beteuert, der Etat sei gar nicht gekürzt. Es ging nur in diesem Jahr erstmals jede Entscheidung über ihren Schreibtisch.

Ecke: Die Frage ist: Haben sie dort wirklich jeden Einzelfall angeschaut, oder wurde schulweise entschieden und pauschal gekürzt? Nach dem Motto: Diese Schule hat 1.000 Stunden beantragt, sie kommt auch mit 300 Stunden aus.

Spallek: Das Problem ist, dass die Behörde keine Transparenz schafft. Wir haben nur Zahlen von ein paar Schulen. Auf unsere Fragen, was in welchem Umfang bewilligt wurde, fehlt immer noch die Antwort.

taz: Es gibt auch eine Kürzung in der Qualität. Was sagen Sie dazu, dass das Gros der Arbeit junge Freiwilligendienstler (FSJler) übernehmen sollen, und zwar im „Pool“ für mehrere Kinder?

Spallek: Das wäre eine Katastrophe. Schon in der Vergangenheit fehlten ausreichend FSJler. Sie sind zudem sehr jung und können schnell überfordert werden, wenn sie mehrere schwerbehinderte Kinder gleichzeitig betreuen sollen. Das sehe ich gerade in der Ferienbetreuung meines Sohnes. Um auffällige Kinder wird sich zuerst gekümmert. Diese Aufmerksamkeit fehlt dann bei Kindern, die dringend Unterstützung und Förderung brauchen, aber ruhiger sind. Man muss mit manchen Kindern täglich das Laufen, selbständige Essen oder den Toilettengang trainieren. Nichtsprechende Kinder wie mein Sohn müssen Kommunikation über einen Talker erlernen. Wie beim Erlernen einer Fremdsprache muss hier konsequent geübt werden, damit er sich später auch mit Personen, die ihn nicht kennen, verständigen kann.

taz: Und das passiert nicht?

Spallek: Ich fürchte, die Kinder werden dann mehr verwaltet als gefördert. Doch so erreichen sie ihre Bildungsziele nicht. Es gibt nur einen kurzen Zeitraum, in dem die Kinder Grundlegendes erlernen, um in die Selbstständigkeit zu kommen. Den müssen wir ausschöpfen. Sonst haben wir später viel höhere Folgekosten – in der Eingliederungshilfe und für Familien, wenn Eltern nicht mehr arbeiten können und in die Sozialhilfe abrutschen.

taz: Die Schulsenatorin sagte, es gebe nicht weniger Geld. Stimmt das?

Ecke: Ja, es gibt für 2026/27 vom Haushalt her keine Kürzung. Mit 46 Millionen Euro sind noch mal mehr Mittel als zuletzt vorgesehen. Aber von 2028 bis 2030 sind durchgängig nur noch rund 40 Millionen Euro eingeplant. Bisher haben wir rund 4.500 Schüler mit Schulbegleitung. Laut Senatorin waren noch mal deutlich mehr Schüler angemeldet. Aber die Behörde plant ab 2027 beziehungsweise 2028 weiterhin nur noch mit 3.400 Fällen. Das ist der Plan.

taz: In Hamburg wird die Schulbegleitung von der Stadt organisiert. Ist das von Vorteil?

Spallek: Der Gedanke dahinter war gut. Die Schule nimmt den Eltern das Antragsverfahren ab. Der große Nachteil: Die Eltern bekommen zurzeit keine Mitteilung darüber, was die Schule für ihr Kind beantragt und was bewilligt wurde. Es gibt keinen justiziablen Bescheid. Das erschwerte es, sich zu wehren, wenn sie der Ansicht sind: Das reicht nicht für mein Kind.

taz: Aber die Kinder haben ein Recht auf Schulbegleitung nach dem Bundesteilhabegesetz. Sie geben als Kreiselternrat Tipps, wie Eltern klagen können. Ist das schon passiert?

Spallek: Definitiv. Aber es gibt unseres Wissens nach noch keinen gerichtlichen Beschluss. Im Rahmen eines Eilverfahrens

wird die Behörde um Stellungnahme gebeten. Dann bieten sie oft die ursprünglich beantragte Stundenzahl, aber nur bis zum 31. Januar 2027.

taz: Es sind bundesgesetzliche Leistungen. Das muss Hamburg zahlen?

Spallek: So wie ich die Behörde verstehe, waren die Anfragen so stark gestiegen, dass die Kosten bei über 50 Millionen Euro gelegen hätten. Da muss die Behörde genauer hinschauen. Aber der individuelle Unterstützungsbedarf jedes Kindes muss sichergestellt und bezahlt werden.

Ecke: Diese Eingliederungshilfe trägt dazu bei, dass die Kinder einen Schulabschluss erreichen oder lebenspraktische Dinge erlernen. Spart man hier und die Kinder lernen das nicht, haben sie später ihr Leben lang einen höheren Assistenzbedarf.

taz: Wieso ist der Bedarf an Schulbegleitung gestiegen?

Ecke: Früher, vor 2015, wurden diese Kinder größtenteils in Förderschulen beschult. Heute besucht ein Teil der Kinder die Regelschulen.

Spallek: Das hat mit Inklusion zu tun, auf die Kinder laut UN-Behindertenrechtskonvention ein Recht haben. Hier schlug Hamburg einen guten Weg ein. Nun scheint sich das Meinungsbild etwas zu wandeln. Eine andere Erklärung ist die bessere Diagnostik. Möglicherweise hat man früher die Kinder auch nicht auf diese Bildungsziele bringen wollen und gesagt: Na ja, dann kann er das eben nicht und wohnt später in der Wohngruppe. Da brauchen wir Ursachenforschung.

taz: Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Spallek: Dass man die Eltern mehr einbezieht. Mehr Ehrlichkeit. Und vielleicht auch eine Entschuldigung. Viele Eltern waren über den Sommer sehr verzweifelt. Da wünsche ich mir, dass die Behörde sagt: Wir haben was nicht ganz richtig gemacht.



Osman Engin
Alles getürkt

Der Paketdienst als Weckdienst

Osman, ich hab wirklich keinen Nerv mehr! Es macht überhaupt keinen Spaß, unseren Mehmet morgens, genauer gesagt, spätnachmittags wecken zu müssen“, klagt meine Frau Eminanim verzweifelt.

„Er geht ja auch erst morgens ins Bett, wie soll er ein paar Stunden später wieder aufstehen? So ist nun mal das schwere Studentenleben“, lache ich.

„Deswegen wirst du ihn ab jetzt wecken!“, ruft Eminanim energisch.

„Denkst du, mir wird es großen Spaß machen, einen Halbtoten aufzuwecken?“

In dem Moment klingelt es an der Tür.

„Warte, Eminanim, mach die Tür nicht auf“, stoppe ich sie. „Ich habe eine glänzende Idee: Wir verstecken uns im Badezimmer. Wir lassen Mehmet vom Paketboten aufwecken.“

Es klingelt erneut, und zwar sehr lang. Und noch mal.

Nach einer Weile geht Mehmet's Zimmertür auf und der ewige Student torkelt mit zerzausten Haaren schlaftrunken zur Wohnungstür und macht sie wie ein Roboter auf.

„Guten Tag, würden Sie bitte dieses Paket annehmen?“, fragt der Paketbote höflich.

„Sie haben ein Paket für mich?“, nuschelt Mehmet.

„Nein, das ist für Ihren Nachbarn oben.“ „Für unseren Nachbarn? Wieso geben Sie's dann mir?“, fragt Mehmet irritiert.

„Weil ich das immer so mache“, lächelt der Paketbote.

„Sie geben die Pakete unserer Nachbarn immer bei uns ab? Wollen Sie mich verarschen?“, wird Mehmet patzig.

„Wenn die Nachbarn nicht zu Hause sind, nimmt Ihre Frau Mutter sie netterweise immer gerne an.“

„Die Nachbarn?“

„Nein, die Pakete!“

„Das ist ja echt heftig! Wenn man nicht zu Hause ist, bekommt also der Nachbar mein Paket?“, kratzt Mehmet sich ungläubig am Kopf.

„Darf ich es nun hierlassen?“

„Wenn Sie mir sagen, was da drin ist, dann vielleicht.“

„Wir dürfen die Pakete doch nicht öffnen!“

„Aber was ist, wenn jemand mir eine Bombe geschickt hat, weil der Attentäter ja genau weiß, dass Sie die Pakete der gesamten Nachbarschaft immer bei uns abliefern?“

„Wissen Sie was, ich nehme das Paket wieder mit“, zischt der Mann und knallt die Tür zu.

Mehmet schleppt sich in die Küche, um Kaffee zu kochen. Im Badezimmer strahlt Eminanim regelrecht: „Das war eine tolle Idee, Osman! Heute brauche ich weder Mehmet zu wecken noch den Nachbarn die Pakete hinterherzutragen“, flüstert sie anerkennend.

„Wenn wir das eine Woche konsequent durchziehen, wird Mehmet sich an die neuen Verhältnisse gewöhnen. Er wird früher ins Bett gehen, weil er ja früher aufstehen muss. Aber wir dürfen nichts dem Zufall überlassen“, sage ich, schüre schnell ein Paket zusammen, laufe zur Post und gebe es ab.

Am nächsten Tag reißt Mehmet das Paket völlig benommen auf und wird schlagartig wach, als er sieht, dass jemand ihm seine alten, stinkenden Socken als Expresspaket geschickt hat.

„Sind die Socken für unseren Nachbarn von oben bestimmt?“, fragt er den Paketboten verwirrt.

„Nein, diesmal dürfen Sie das Paket behalten. Aber eine Bombe wäre Ihnen sicherlich lieber, so wie die Socken stinken, nicht wahr“, lacht der Paketbote.

Nach einer Woche gönne ich dem armen Kerl eine Pause und bestelle stattdessen den Klempner.

Am nächsten Tag den Pizzadienst. Danach die Feuerwehr. Und als i-Tüpfelchen für Sonntag die Zeugen Jehovas. Auf diesen Weckdienst freue ich mich am meisten.

Osman Engin ist Satiriker in Bremen. Sein aktuelles Buch ist „Osmans Alltag - Zwischen Köfte und Korinthenkackern“ (WortArt). Er steht für Lesungen zur Verfügung.



Viele Eltern wissen es nicht: Gibt es fürs Kind nun eine Schulbegleitung im neuen Schuljahr oder nicht? Foto: Bernd Wüstneck/dpa

das wird

„Es war nie das Ziel, ein Ziel zu erreichen“

Das Hamburger Gängeviertel hat sich als Freiraum für Kultur, alternatives Wohnen und Stadtgeschichte etabliert. Nun feiert es sein 17-jähriges Bestehen

Interview **Klaus Irler**

taz: Frau Ebeling, als im August 2009 rund 200 Kreative das Hamburger Gängeviertel besetzten, um daraus ein selbst verwaltetes Quartier mit Ateliers, Wohnungen und Veranstaltungszentrum zu machen, haben viele geglaubt: das wird nichts. Nun feiert das Gängeviertel seinen 17. Geburtstag mit einem Festival. Wie hat sich das Projekt in den letzten Jahren entwickelt?

Christine Ebeling: Fantastisch. Wir werden überlaufen von Anfragen für die Fabrique, so nennen wir das Herz des Viertels, unser sozio-kulturelles Zentrum. Wir könnten locker noch eine weitere Fabrique bespielen.

taz: Wer fragt an?

Ebeling: Künstler*innen, die ausstellen und Musiker*innen, die auftreten wollen. Für unseren Seminarraum gibt es zwar viel Bedarf, aber nicht mehr so viel Nachfrage – wir merken, dass mittlerweile Förderung zum Beispiel für Bildungsangebote in anderen Bundesländern, vor allem Berlin, gestrichen wurde. Und leider ist der Raum nach zehn Jahren intensiver Nutzung sehr renovierungsbedürftig. Auch die anderen Räume sind sehr gefragt, aber auch hier muss sehr bald an vielen Stellen Hand angelegt werden.

taz: Hat sich im Laufe der Zeit das Konzept verändert?

Ebeling: Es gibt immer noch regelmäßige Vollversammlungen, mittlerweile nicht mehr jeden Mittwochabend, sondern jeden zweiten. Gerade in den Sommermonaten ist es schwierig, da mit genug Leuten zu sitzen. Das ist ein bisschen schade, weil unsere Entscheidungen immer basisdemokratisch gefällt werden. Aber viele haben zu tun mit ihren Jobs, mit ihren Kindern oder anderen wichtigen Dingen.

taz: Wie viele Menschen aus der Anfangszeit sind noch dabei?

Ebeling: Das Kernteam, das ganz am Anfang alles vorbereitet hat, waren 30 bis 40 Leute. Ich würde sagen, ungefähr die Hälfte ist noch dabei.

taz: Die Arbeit geschieht prinzipiell ehrenamtlich, aber einige bezahlte Kräfte braucht es doch, um den Betrieb zu stemmen. Wie viele Stellen beziehungsweise bezahlte Mitarbeiter*innen gibt es derzeit?

Ebeling: Wir haben gar keine Vollzeitstellen, es gibt aber mittlerweile circa zehn Teilzeitstellen und drei Minijobs, in erster Linie für die Verwaltung und Finanzierung der Genossenschaft und des Vereins und zur Koordination des Ehrenamtes.

taz: Vor welchen Herausforderungen steht das Gängeviertel aktuell?

Ebeling: In der Schierspassage sollen die nächsten zwei Häuser saniert werden. Das zieht sich gerade ein bisschen wegen der Finanzierung und weil wir keine Firmen mit freien Terminen finden. Aber wir retten jetzt schon in Eigenleistung, was zu retten ist. Außerdem müssen die bereits sanierten Häuser, vor allem die Fabrique nach zehn Jahren intensiver kultureller Nutzung, wieder in Stand gesetzt werden. Da werden wir jetzt, zum Geburtstag, eine Spendenkampagne starten, damit wir nächstes Jahr die Volljährigkeit noch erreichen.

taz: Was muss passieren, damit das Gängeviertel-Kollektiv sagt: „Jetzt sind wir am Ziel“?

Ebeling: Es war nie das Ziel, ein Ziel zu erreichen. Das Wichtigste ist, dass dieser Ort immer offen für Neues ist. Das Viertel verjüngt sich jedes Jahr, es kommen viele tolle Menschen, die sich hier engagieren. Wir wollen ein Möglichkeitsort bleiben. Eine Startrampe für junge Leute, die hier anfangen und dann ihr eigenes Ding machen.

taz: Das Gängeviertel wird mittlerweile vom Hamburger Stadtmarketing als Sehenswürdigkeit angepriesen. Wie läuft es mit den Touristen, die ins Gängeviertel kommen?

Ebeling: Es kommen viele, die Rundgänge durch die Neustadt machen. Die Leute gehen in der Regel sehr behutsam und respektvoll mit diesem Ort um. Und wir kriegen eigentlich nur gutes Feedback.

taz: Was macht der gesellschaftliche Rückblick mit dem Gängeviertel?

Ebeling: Schmierereien haben wir tatsächlich schon gehabt. Aber bis jetzt gab es noch keinen Angriff oder sowas.

Will weitermachen als Landrätin: die Osnabrücker Grüne Anna Kebschull
Foto: Guido Kirchner/dpa



Gegen die Gutsherrenart

Seit 2019 ist Anna Kebschull die erste grüne Landrätin Deutschlands – im eigentlich konservativen Landkreis Osnabrück. Jetzt will sie wiedergewählt werden

Von **Harff-Peter Schönherr**

Als Anna Kebschull 2019 Landrätin des Landkreises Osnabrück wurde, war das ein kleines Wunder. Mit 52,2 Prozent der Stimmen schlug sie CDU-Konkurrent Michael Lübbersmann. Damit war sie die erste grüne Landrätin Deutschlands.

Eigentlich ist der Landkreis eine Hochburg der CDU. Seit 1949 hat sie alle Landräte gestellt – sämtlich Männer. Kebschull, seit 2009 Grüne, hat diese Dominanz erschüttert. Durch die Kommunal- und LandrätInnenwahl Mitte September könnte sich das verfestigen: Kebschull tritt überparteilich an, unterstützt durch die Kreistagsfraktion ihrer Partei. Die CDU stellt ihr Thomas Spieker entgegen, ein betont wirtschaftsnaher Kandidat.

Wer Kebschull bittet, ihre Amtszeit zu bilanzieren, braucht viel Zuhörzeit – da hat sie vom Ausbau der Breitbandversorgung auf 85 Prozent bis zur Einwerbung von 350 Millionen Euro Fördermitteln für Zukunftsinvestitionen viel zu berichten. Der Landkreis sei „Boomregion“ bei Unternehmensneugründungen, die Steuereinnahmen seien seit 2019 dynamischer als im niedersächsischen Vergleich. Es gebe mehr Kita-Plätze, mehr Flächen für die Windkraft, mehr Digitalverwaltung. Und, und, und.

Am Beginn ihrer Amtszeit stand der Wunsch, für Transparenz zu sorgen. „Früher wurde hier viel im Hinterzimmer geklärt“, sagt Kebschull der taz. „Nicht alle wurden über alles informiert oder einige später als andere als unvollständiger. Das hat auch uns Grüne betroffen. Insgesamt wurde viel weniger diskutiert, auch in den Ausschüssen.“ Das sei heute anders: „Manche finden das anstrengend. Aber so ist Demokratie nun mal. Aber es braucht eine Vorbedingung dafür: die Bereitschaft aller, sach- und nicht machtorientiert zu sein.“

Die Grünen haben im Kreistag mit knapp 16 Prozent zwar keine starke Hausmacht. Funktioniert hat es trotzdem: „Bei Einzelnen gab es Widerstände, aber insgesamt hat der Kreis-

tag ganz wunderbar gearbeitet!“, sagt Kebschull. „Meine Ziele, für die ich gewählt wurde, sind umgesetzt oder auf einem guten Weg. Wenn man zusammenarbeitet, ist viel möglich.“ Ein neuer politischer Geist war geboren.

Der Gegenwind wächst

Und genau dieser neue Geist ist jetzt in Gefahr. „Seit ich meine erneute Kandidatur angekündigt habe, gibt es einen massiven Backlash“, sagt die Landrätin. „Da werden Vorgänge und Themen ausgebremst, um mir dann anzukreiden, dass es zu langsam geht. Da wird Sperrfeuer geschossen, um meine Wiederwahl zu verhindern. Und weil das über Sachargumente nicht geht, wird skandalisiert, öffentlich diskreditiert.“

Teil der Gegenseite ist die AfD. Kebschulls Bilanz sei „verheerend“, behauptet sie auf ihrer Website. Auch die CDU feuert gegen die Grüne. Sie stellt in Frage, ob bei Kebschulls Social-Media-Kanälen zwischen Amtsführung und Wahlkampf getrennt werde. Und sie behauptet, in Sachen der Geschäftsführerbezüge der Kreismusikschule habe Kebschull eine „Affäre“ zu verantworten. Kebschull ärgert das. „Da wird Unhaltbares in den Raum gestellt und die Schritte zur Klärung werden verhindert.“ Die Strafanzeige zur Kreismusikschule ist inzwischen von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden.

Für Kebschull, als Hoffnungsträgerin gehandelt, waren die letzten sieben Jahre eine Bewährungsprobe: „Es galt, Verkrustungen aufzubrechen, neue Themen zu priorisieren, eine Verwaltung mit über 1.000 Mitarbeitenden und einen Kreistag Schritt für Schritt in die Moderne zu führen“, so Kebschull. „Auffällig war der neue Stil“, findet Matthias Schreiber vom Umweltforum Osnabrücker Land. „Für Umweltverbände war auf einmal die Kreisspitze erreichbar – in den 40 Jahren zuvor dagegen so gut wie nie. War Moorrenaturierung vorher eher eine Privatangelegenheit des Nabu, bekam sie nun großen Schwung – mit Rückende-

ckung aller Parteien übrigens.“ Unerwartet kam, „dass sich ein neues, konstruktives Arbeitsverhältnis mit der Landwirtschaft entwickelte“, so Schreiber. „Erwachsen sind daraus Vereinbarungen zu Stallbauvorhaben, profitiert hat der Moorschutz, es wurde ein gemeinsames Gewässerrandstreifenprogramm umgesetzt“.

Auch Kritik vom VCD

Tobias Demircioglu vom Kreisverband des ökologisch orientierten Verkehrsclub Deutschland blickt in Sachen nachhaltiger Mobilität eher „verhalten“ auf Kebschulls Amtszeit. Der ÖPNV und das Radwegenetz seien „lange vernachlässigt“ worden. Ein angeschobenes ÖPNV-Modellprojekt verdiene indes Lob. Allerdings gehe noch mehr: „Im Rahmen des Nahver-

kehrsplans von Stadt und Landkreis Osnabrück sind zwar Reaktivierungen von Bahnstrecken und Haltepunkten als wünschenswert genannt worden. Aber das schon seit mindestens 15 Jahren und passiert ist bislang noch nicht viel“, sagt Demircioglu. „Hier hätten wir uns mehr Ehrgeiz und verstärkten Druck bei der Landesnahverkehrsgesellschaft gewünscht.“

Mehr noch: „Dass sich Frau Kebschull für eine Direkt-Inlandsflugverbindung vom Flughafen Münster/Osnabrück nach München eingesetzt hat, kritisieren wir scharf“, so Demircioglu. „Mit dieser Initiative hat sie bei uns an Pluspunkten verloren.“

„Mein Verständnis von Politik ist das Wir“, sagt Kebschull. Manchmal verlangt das Kompromisse zwischen Pragmatik und Ideal.

Anzeige

MACHT'S EUCH UNBEQUEM



taz.de/abo

In festen Weltbildern lässt es sich zwar gemütlich einrichten, doch staubt man auch schnell ein. Deshalb Journalismus von links – unbestechlich, unbequem, unabhängig.



10 x wochentaz für nur 10 Euro
Mo – Fr digital, samstags gedruckt



Geburtstagsfestival vom 20. bis 23. August im Gängeviertel in der Hamburger Innenstadt: Konzerte, Ausstellungen und Clubnächte sowie Workshops, Lesungen und Diskussionen von Aktivist*innen für Aktivist*innen. Das Programm gibt es unter <https://17jahre.gaengeviertel.de/>



Foto: C.R. Eißmann

Christine Ebeling, 60, ist Mitglied des Vorstands des Vereins des Gängeviertels e.V. und von Anfang an dabei